Deutscher Bundestag
3. Wahlperiode

Drucksache 650

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
12 — 50103 — 4887/58

Bonn, den 1. Dezember 1958

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich in der Anlage 1 den

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1959 (Haushaltsgesetz 1959)

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Die Entwürfe des Gesamtplans und der Einzelpläne des Haushaltsplans sowie der Nachweis über das Vermögen und die Schulden des Bundes nach dem Stande vom 31. März 1958 liegen diesem Schreiben bei.*)

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

In den Entwürfen für die Einzelpläne 02 — Deutscher Bundestag — und 03 — Bundesrat — sind die Personalanforderungen unverändert nach den vom Vorstand des Deutschen Bundestages und vom Präsidium des Bundesrates beschlossenen Entwürfen aufgenommen worden. Sie entprechen nicht in allen Punkten den Maßstäben, die sonst gegenüber den Bundesressorts auf dem Personalgebiet für den Haushalt 1959 angewendet werden mußten. Für diesen Teil der Vorlage trägt die Bundesregierung keine Verantwortung. Es wurde von einer Doppelvorlage im Sinne des § 21 Abs. 4 der Reichshaushaltsordnung abgesehen.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 28. November 1958 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes zum Gesetzentwurf Stellung genommen. Seine Änderungsvorschläge und Bemerkungen sind zusammen mit der Stellungnahme der Bundesregierung dazu in der Anlage 2 dargelegt.

Im übrigen erhebt er gegen den Entwurf keine Einwendungen.

Adenauer

---

*) *Einzelpläne sowie Nachweis als Sonderdruck verteilt.*

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Telefon 3551

Anlage 1

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1959 (Haushaltsgesetz 1959)

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1959 wird in Einnahme und Ausgabe auf

39 121 826 100 Deutsche Mark

festgestellt, und zwar

im ordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf 35 423 758 600 Deutsche Mark,

im außerordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf 3 698 067 500 Deutsche Mark.

§ 2

(1) Innerhalb der einzelnen Kapitel sind gegenseitig deckungsfähig die Ansätze bei

1. Titel 104 a und b
2. Titel 108 und 217
3. Titel 201 a, b und c
4. Titel 204 und 205
5. Titel 207 a, b und c.

(2) Innerhalb der einzelnen Kapitel können verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit):

1. Einsparungen bei Titel 101 zur Verstärkung der bei Titel 103 und Titel 104 veranschlagten Mittel;
2. Einsparungen bei Titel 103 zur Verstärkung der bei Titel 104 veranschlagten Mittel;
3. Einsparungen bei den Titeln 101 bis 104 zur Verstärkung von Mitteln bei den Titeln 109, 110 und 111;
4. Einsparungen bei Titel 106 zur Verstärkung der bei Titel 107 veranschlagten Mittel.

(3) Innerhalb der Kapitel 33 03, 33 04, 33 06, 33 07 und 33 08 können Einsparungen bei Titel 160 zur Verstärkung der bei Titel 161 veranschlagten Mittel verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit).

(4) Gegenseitig deckungsfähig sind die übertragbaren Mittel folgender Titel, und zwar nach Maßgabe der jeweiligen Haushaltsvermerke:

Kapitel 10 02, Titel 570 a und 570 b

Kapitel 10 02, Titel 590 a und 590 b

Kapitel 12 02, Titel 570 a und 570 b

Kapitel 29 01, Titel 571 a und 571 b

Kapitel 32 05, Titel 680 und 681

Kapitel 32 05, Titel 683 a und 683 b sowie Kapitel 60 04, Titel 315

Kapitel 36 05, Titel 952 und 954

Kapitel 40 03, Titel 308 und 309

Kapitel 60 02, Titel 571 a und 571 b.

(5) Nach Maßgabe der jeweiligen Haushaltsvermerke können von den übertragbaren Mitteln verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit):

1. Einsparungen bei Kapitel 06 29 Titel 300 zur Verstärkung der bei Kapitel 06 29 Titel 215 veranschlagten Mittel;
2. Einsparungen bei Kapitel 06 30 Titel 304 zur Verstärkung der bei Kapitel 06 30 Titel 215 veranschlagten Mittel;
3. Einsparungen bei Kapitel 09 03 Titel 304 zur Verstärkung der bei Kapitel 09 03 Titel 310 veranschlagten Mittel;
4. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 572 b zur Verstärkung der bei Kapitel 10 02 Titel 572 a veranschlagten Mittel;
5. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 573 b zur Verstärkung der bei Kapitel 10 02 Titel 573 a veranschlagten Mittel;
6. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 606 zur Verstärkung der bei Kapitel 10 02 Titel 603 b veranschlagten Mittel;
7. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 615 d zur Verstärkung der bei Kapitel 10 02 Titel 615 c veranschlagten Mittel;
8. Einsparungen bei Kapitel 12 02 Titel 570 c zur Verstärkung der bei Kapitel 12 02 Titel 570 a und Titel 570 b veranschlagten Mittel;
9. Einsparungen bei Kapitel 25 03 Titel 533 zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 25 03 Titel 540 b;
10. Einsparungen bei Kapitel 25 03 Titel 570 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 03 Titel 570 a veranschlagten Mittel;
11. Einsparungen bei Kapitel 25 03 Titel 601 zur Verstärkung der bei Kapitel 25 03 Titel 605 veranschlagten Mittel;
12. Einsparungen bei Kapitel A 25 03 Titel 530 a zur Verstärkung der bei Kapitel 25 03 Titel 620 veranschlagten Mittel;

13. Einsparungen bei Kapitel A 25 03 Titel 830a zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel A 25 03 Titel 830c;
14. Einsparungen bei Kapitel 36 04 Titel 603 zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 36 04 Titel 715;
15. Einsparungen bei Kapitel 36 09 Titel 575b zur Verstärkung der bei Kapitel 36 09 Titel 575a veranschlagten Mittel;
16. Einsparungen bei Kapitel 36 09 Titel 575b zur Verstärkung der bei Kapitel 36 09 Titel 710 veranschlagten Mittel;
17. Einsparungen bei Kapitel 40 03 Titel 308 zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 25 03 Titel 537.

(6) Die Leiter der obersten Bundesbehörden können mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen die Deckungsfähigkeit der Bewilligungen für Sachausgaben innerhalb eines Kapitels anordnen, soweit die Mittel nicht übertragbar sind, der Mehrbedarf des Einzeltitels nicht mehr als 25 vom Hundert beträgt und die Maßnahme wirtschaftlich zweckmäßig erscheint.

(7) Die übertragbaren Ausgabemittel der Kapitel 35 02 bis 35 04 sind nach den besonderen Haushaltsvermerken dieser Kapitel gegenseitig deckungsfähig.

(8) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, die gegenseitige Deckungsfähigkeit der übertragbaren Ausgabemittel der Kapitel 35 11a und 35 11b nach den besonderen Haushaltsvermerken dieser Kapitel anzuordnen.

§ 3

(1) Der Bundesminister der Finanzen kann in Einzelfällen bestimmen, daß § 30 Abs. 3 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung keine Anwendung findet.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für solche Ausgabenansätze, die im Bundeshaushaltsplan nicht ausdrücklich als übertragbar bezeichnet sind, die Übertragbarkeit anzuordnen, soweit Leistungen aus diesen Ausgabenansätzen für bereits bewilligte Maßnahmen noch im folgenden Rechnungsjahr erforderlich sind.

§ 4

(1) Bei Anwendung des § 30a der Reichshaushaltsordnung ist der Betrag von 30 000 Deutsche Mark durch den Betrag von 50 000 Deutsche Mark zu ersetzen.

(2) In den Fällen des § 47 Abs. 3 und 6 der Reichshaushaltsordnung gilt im Rechnungsjahr 1959 als Wertgrenze des § 3 Abs. 2 und des § 5 der Anlage 3 zu § 57 der Reichswirtschaftsbestimmungen der Betrag von 1 000 000 Deutsche Mark.

§ 5

Übersteigt bei einem Einnahmetitel der Betrag der tatsächlichen Einnahmen den Haushaltsansatz und können auf Grund eines Haushaltsvermerks bei einem übertragbaren Ausgabetitel in Höhe dieser Mehreinnahmen Ausgaben geleistet werden, so dürfen, abweichend von § 73 der Reichshaushaltsordnung, die Beträge solcher Mehreinnahmen, die bis zum Schluß des Rechnungsjahres für die Zwecke der Ausgabetitel nicht verwendet worden sind, in der Haushaltsrechnung als Ausgaberest und zugleich als Mehrausgabe nachgewiesen werden.

§ 6

§ 75 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung wird im Rechnungsjahr 1959 nicht angewendet.

§ 7

(1) Über die letzten 10 vom Hundert der Bewilligungen für Sachausgaben und für allgemeine Ausgaben darf nur mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen verfügt werden. Dies gilt nicht für die aus zweckgebundenen Einnahmen zu leistenden Ausgaben, für die Ansätze zur Tilgung und Verzinsung der Bundesschuld, für internationale Zahlungen sowie für die auf rechtlichen Verpflichtungen beruhenden Ausgaben.

(2) Verfügungen über Ausgabemittel, die bei einzelnen Titeln des Haushaltsplans als gesperrt bezeichnet sind, sowie über die Ausgabemittel des außerordentlichen Haushalts bedürfen der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann die Inanspruchnahme von Mitteln für bestimmte Ausgabetitel oder für Gruppen von solchen von seiner Zustimmung abhängig machen, soweit die Entwicklung auf der Einnahme- oder Ausgabeseite es erfordert.

§ 8

Der Bundesminister der Finanzen ist berechtigt, für das Rechnungsjahr 1959 im Benehmen mit dem Bundesminister des Innern und mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in besonderen Fällen eine nichtruhegehaltfähige und widerrufliche Zulage zu gewähren.

§ 9

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen Planstellen umzuwandeln oder zusätzlich zu schaffen, soweit dies gemäß § 18b des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen in der Fassung vom 11. September 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1296) erforderlich ist.

§ 10

(1) Wird ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde bei einer öffentlichen internationalen oder supranationalen Organisation unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstelle des Beamten neu zu besetzen, so

kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Beamten im Einzelplan der abgebenden Dienstbehörde eine Leerstelle der bisherige Besoldungsgruppe des Beamten mit dem Vermerk „künftig wegfallend" ausbringen.

(2) Hat der Bundesminister der Finanzen eine Leerstelle nach Absatz 1 ausgebracht und bleiben die Bezüge des Beamten hinter den Bezügen zurück, die er bei Verwendung im deutschen Auslandsdienst außerhalb des diplomatischen und konsularischen Dienstes in seiner bisherigen Dienststellung erhalten würde, so kann ihm nach näherer Bestimmung des Bundesministers des Innern ein Teil seiner bisherigen Dienstbezüge aus der Leerstelle gezahlt werden.

(3) Wird der Beamte wieder im Dienst des Bundes verwendet, ist er in eine freie oder in die nächste frei werdende Planstelle seiner Besoldungsgruppe bei seiner Verwaltung einzuweisen; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen; solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

(4) Der Bundesminister der Finanzen kann ferner mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages im Einzelplan der zuständigen Dienstbehörde Planstellen für Beamte ausbringen, deren Verwendung demnächst bei einer bestehenden internationalen oder supranationalen Organisation beabsichtigt ist. Für den Fall, daß Ersatz für Beamte gewonnen werden soll, die in Zukunft bei einer bestehenden oder erwarteten Organisation dieser Art verwendet werden sollen oder die durch Teilnahme an internationalen oder supranationalen Konferenzen länger als ein Jahr an der Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben verhindert sind, können auf die gleiche Weise Planstellen ausgebracht werden. Von der Einholung der Zustimmung des Haushaltsausschusses darf nur abgesehen werden, wenn die Maßnahme keinen Aufschub duldet; in diesem Falle ist der Haushaltsausschuß unverzüglich zu unterrichten.

(5) Über den weiteren Verbleib der durch den Bundesminister der Finanzen ausgebrachten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 11

(1) Wird ein planmäßiger Bundesrichter an einem oberen Bundesgericht gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 243) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 21. Juli 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 662) zum Bundesrichter beim Bundesverfassungsgericht gewählt, kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Richter im Einzelplan des abgebenden oberen Bundesgerichts eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Bundesrichters mit dem Vermerk „künftig wegfallend" ausbringen.

(2) Scheidet der Richter aus dem Bundesverfassungsgericht aus und tritt er wieder zu seinem oberen Bundesgericht zurück, ist er in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle derjenigen Besoldungsgruppe bei seinem Gericht einzuweisen, die seinem dortigen Amt als Bundesrichter entspricht; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen. Solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

§ 12

Ersatzbeschaffungen von Kraftfahrzeugen dürfen nur vorgenommen werden, wenn ihre Notwendigkeit durch das Gutachten eines kraftfahrtechnischen Sachverständigen des Bundesministeriums der Finanzen, in den Bereichen des Bundesministers des Innern, des Bundesministers für Verteidigung und des Bundesministers für Verkehr durch das Gutachten des jeweils für den Bereich des betreffenden Ministeriums zuständigen kraftfahrtechnischen Sachverständigen festgestellt ist. Der Bundesminister der Finanzen kann in besonderen Fällen Ausnahmen hiervon zulassen.

§ 13

(1) Die Deutsche Bundespost wird verpflichtet, die im Rechnungsjahr 1959 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse auf Grund von § 10 der Zweiten Durchführungsverordnung (Bankenverordnung) zum Dritten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) gegenüber dem Bund zusteht.

(2) Die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost werden verpflichtet, ein Drittel von den im Rechnungsjahr 1959 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Deutschen Bundesbank auf Grund von § 10 der Zweiten Durchführungsverordnung (Bankenverordnung) zum Dritten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) gegenüber dem Bund zusteht. Das zu übernehmende Drittel wird im Verhältnis 3 : 2 auf die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost aufgeteilt.

(3) Soweit die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost nach den Absätzen 1 und 2 zur Übernahme von Zinsen verpflichtet werden, sind die Zinsverpflichtungen nur aus den Sondervermögen der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost zu erfüllen.

§ 14

Bei der Übertragung von Aufgaben aus dem Geschäftsbereich eines Verwaltungszweiges in den Geschäftsbereich eines anderen können mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen die Mittel und Planstellen auf die neu zuständige Haushaltsstelle übertragen werden. Dem Haushaltsausschuß

des Deutschen Bundestages ist dies mitzuteilen. § 36a der Reichshaushaltsordnung bleibt unberührt.

§ 15

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Bundeshauptkasse Geldmittel im Wege des Kredits zu beschaffen, dessen Höhe den Betrag von 4 500 000 000 Deutsche Mark nicht überschreiten darf.

§ 16

(1) Die dem Bundesminister der Finanzen durch § 18 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes 1958 vom 24. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. II S. 234) erteilte Ermächtigung zur Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1958 bleibt bis zum 31. März 1960 wirksam.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1959 Geldmittel im Wege des Kredits beschaffen, dessen Höhe den Betrag von 3 698 067 500 Deutsche Mark nicht überschreiten darf.

§ 17

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, für besonders förderungswürdige Kapitalanlagen im Ausland, insbesondere zur Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit Entwicklungsländern, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zur Absicherung politischer Risiken zu übernehmen, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem betreffenden Land eine Vereinbarung über die Behandlung der Kapitalanlage getroffen worden ist. Die Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen für Kapitalanlagen im Ausland werden zu Bedingungen übernommen, die in Richtlinien vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister des Auswärtigen festgelegt werden.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zum Zwecke der Umschuldung durch den Bund gedeckter Forderungen deutscher Ausführer Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zu übernehmen. Dabei können die Selbstbeteiligungen ermäßigt werden sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für bisher ungesicherte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können. Die Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen können auch Dritten gegenüber übernommen werden, soweit diese die Umschuldungsmaßnahmen vornehmen oder an ihnen beteiligt sind.

(3) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zugunsten deutscher Ausführer für Ausfuhrgeschäfte zu übernehmen, an deren Durchführung ein besonderes staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht.

(4) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Kreditgewährungen an das Ausland zu übernehmen, sofern die Kreditgewährung für die Finanzierung besonders förderungswürdiger Aufbauvorhaben mit Rücksicht auf die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zum Ausland unumgänglich erforderlich ist.

(5) Der Gesamtbetrag der Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen wird auf eine Milliarde Deutsche Mark begrenzt. Dabei sind Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen in ausländischer Währung zu dem Mittelkurs anzurechnen, der vor Ausfertigung der Urkunden zuletzt amtlich festgestellt worden ist.

(6) Die Ermächtigungen zur Übernahme der Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen gelten nach Ablauf des Rechnungsjahres im Rahmen des Artikels 111 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland weiter.

(7) Die dem Bundesminister der Finanzen durch § 19 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes 1958 vom 24. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. II S. 234) erteilten Ermächtigungen bleiben im Rechnungsjahr 1959 insoweit in Kraft, als sie im Rechnungsjahr 1958 nicht ausgenutzt wurden.

(8) Der Bundesminister der Finanzen hat dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages vierteljährlich über den Stand der übernommenen Verpflichtungen Bericht zu erstatten.

§ 18

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften oder sonstige Gewährleistungen bis zum Betrage von 250 Millionen Deutsche Mark zu übernehmen,

a) für Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 565) — Grüner Plan,

b) zum Ausbau des Verkehrswesens,

c) zur Behebung von Notständen.

(2) Bürgschaften oder sonstige Gewährleistungen dürfen auf Grund der Ermächtigung nach Absatz 1 nur übernommen werden, wenn ohne sie die Maßnahmen nicht durchgeführt werden können und an der Durchführung ein erhebliches volkswirtschaftliches oder sozialpolitisches Interesse besteht.

(3) Über den Stand der übernommenen Verpflichtungen ist dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages vierteljährlich Bericht zu erstatten.

§ 19

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr bei der Durchführung des Straßenbauplans 1959 eine Gesellschaft des privaten Rechts vertraglich mit der Finanzierung des Baues von Bundesfernstraßen zu beauftragen.

§ 20

Das Mehraufkommen an Mineralölsteuer aus einem Straßenbaufinanzierungsgesetz für die Bundesfernstraßen darf im Rechnungsjahr 1959 zu Mehrausgaben für die Bundesfernstraßen über den im Haushaltsplan veranschlagten Betrag von 1 075 150 000 Deutsche Mark hinaus verwendet werden. Die Verwendung des Mehraufkommens für bestimmte Straßenbaumaßnahmen bedarf der Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

§ 21

Den Krankenkassen werden im Rechnungsjahr 1959 die Aufwendungen für Heilbehandlung im Rahmen des § 19 des Bundesversorgungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 1. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 661) auch für die Zeit nach dem 30. September 1958 erstattet.

§ 22

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages kann im Namen des Deutschen Bundestages den Präsidenten des Bundesrechnungshofs als Bundesbeauftragten für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung um die Erstattung von Gutachten ersuchen.

§ 23

Der Bundesminister der Finanzen kann Verwaltungsvorschriften zur Durchführung dieses Gesetzes erlassen.

§ 24

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 25

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1959 in Kraft.

Begründung

Der Entwurf des Bundeshaushaltsgesetzes 1959 entspricht im wesentlichen den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes 1958.

Zu § 1

§ 1 enthält die Zahlen des Gesamtabschlusses.

Zu § 2

Die Vorschrift enthält die Fälle der gegenseitigen und der einseitigen Deckungsfähigkeit von Haushaltsmitteln. Sie ist gegenüber dem Vorjahr im wesentlichen unverändert geblieben.

Die Aufzählung der übertragbaren Mittel in den Nr. 4, 5 und 7, deren einseitige und gegenseitige Deckungsfähigkeit gemäß § 31 RHO durch das jeweilige Haushaltsgesetz zuzulassen ist, ist gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig verändert.

Zu §§ 3 bis 5

Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 6

Im Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1959 läßt sich — wie in den Vorjahren — mit Rücksicht auf den durch Artikel 110 des Grundgesetzes gebotenen Haushaltsausgleich der rechnungsmäßige Fehlbetrag der Vorjahre nicht berücksichtigen. Der Bundesregierung erscheint es vertretbar, die Vorschrift des § 75 RHO für ein weiteres Rechnungsjahr außer Kraft zu setzen.

Zu § 7

Als Absatz 1 wird an die Stelle der in § 8 des vorjährigen Haushaltsgesetzes zur Herbeiführung des Ausgleichs des Bundeshaushalts 1958 notwendig gewesenen allgemeinen Sperrbestimmung von 6 v. H. für 1959 wieder die in den früheren Jahren gültige Sperre der letzten 10 v. H. der Bewilligungen für Sachausgaben und für allgemeine Ausgaben aufgenommen. Diese Bestimmung ist in Anbetracht des mit gewissen Risiken belasteten Haushaltsausgleichs notwendig.

Die Absätze 2 und 3 (im Vorjahr Absätze 1 und 2) sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu §§ 8 bis 11 (im Vorjahr §§ 9 bis 12)

Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu §§ 12 bis 16 (im Vorjahr §§ 14 bis 18)

Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 17

Es ist ein besonderes Anliegen der Bundesregierung, im Rahmen ihrer Möglichkeiten den wirtschaftlichen Aufbau auch im Ausland, insbesondere in den sogenannten Entwicklungsländern, zu fördern. In Anbetracht dieser Aufgabe schlägt die Bundesregierung die in den Bestimmungen des § 17 niedergelegten Maßnahmen vor, um entsprechend der Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik, insbeson-

dere auf privatwirtschaftlicher Grundlage, den wirtschaftlichen Bedürfnissen der einzelnen Länder entsprechende Hilfen zu ermöglichen.

Es handelt sich im einzelnen um die Ermächtigung zur Übernahme von Bundesdeckungen:

a) Für Kapitalanlagen im Ausland zur Absicherung gegen politische Risiken;

b) für Umschuldungsmaßnahmen in Fortführung der Vorschrift des § 19 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes 1958;

c) für Ausfuhrgeschäfte, bei denen das staatliche Interesse in den Vordergrund tritt;

d) für Kreditgewährungen an das Ausland, die im Interesse der Bundesrepublik unumgänglich erforderlich erscheinen.

Für diese Maßnahmen sollen im Rechnungsjahr 1959 Bürgschaftsverpflichtungen bis zu 1 Milliarde DM eingegangen werden können. Zusätzlich sollen hierzu im Rahmen der Ermächtigung des § 19 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes 1958 die im Rechnungsjahr 1958 nicht ausgenutzten Beträge dieser Ermächtigung treten.

Um den Anschluß der Maßnahmen an das Haushaltsgesetz 1960 auch für den Fall einer verspäteten Verabschiedung dieses Gesetzes zu ermöglichen, wurde in Anbetracht der Grundsätze des Artikels 115 GG in Verbindung mit Artikel 111 GG die Vorschrift des Absatzes 6 vorgesehen.

Zu § 18 (im Vorjahr § 19)

Die Veränderungen ergeben sich aus der Einfügung des neuen § 17.

Zu § 19

Die Ermächtigung soll ermöglichen, erforderlichenfalls Fremdmittel für den Bundesfernstraßenbau aufzunehmen.

Zu § 20

Die Ermächtigung soll ermöglichen, bis zur Höhe des nach dem Straßenbaufinanzierungsgesetz für die Bundesfernstraßen zweckgebundenen Mehraufkommens an Mineralölsteuer Ausgaben zu leisten.

Zu § 21 (im Vorjahr § 20)

Den Krankenkassen werden die Kosten der Heilbehandlung für Kriegsbeschädigte nach § 19 Bundesversorgungsgesetz für die Dauer von 8 Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes (1. Oktober 1950) vom Bund erstattet. Diese Frist endete am 30. September 1958. Die Frage, bis zu welchem Zeitpunkt den Krankenkassen weiterhin Ersatz dieser Aufwendungen geleistet werden soll, konnte bisher nicht entschieden werden. Bis zu einer endgültigen Regelung ist es jedoch erforderlich, den Krankenkassen Ersatz für diese Aufwendungen im bisherigen Umfange zu leisten. Eine gleichlautende Bestimmung enthält das Haushaltsgesetz 1958.

Zu §§ 22 bis 24 (im Vorjahr §§ 21 bis 23)

Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 25

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Gesamtplan

zum Entwurf

des Bundeshaushaltsplans

1959

Diesem Gesamtplan, der nach dem sogenannten Ministerial- oder Institutionsprinzip gegliedert ist und sämtliche Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne enthält, ist ein Funktionenplan (Gliederung des Bundeshaushaltsplans nach Aufgabenbereichen) mit Haushaltsquerschnitt und Titelübersicht beigefügt. Der Funktionenplan wird von der Bundesregierung nicht förmlich beschlossen; er hat somit nur nachrichtliche Bedeutung.

Gesamtplan **Ordentlicher Haushalt**

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1959 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1959 DM	Personalausgaben 1958 DM
1	2	3	4	5	6
	01				
	Bundespräsident und Bundespräsidialamt				
01 01	Bundespräsident	—	—	**216 700**	200 000
01 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
01 03	Bundespräsidialamt	**11 100**	+ 1 400	**846 000**	866 100
01 04	Amtssitz des Bundespräsidenten in Berlin, Schloß Bellevue	**3 000**	+ 3 000	**58 500**	—
	Zusammen	**14 100**	+ 4 400	**1 121 200**	1 066 100
	02				
	Deutscher Bundestag				
02 01	Deutscher Bundestag	**188 100**	— 2 700	**7 352 700**	7 295 200
02 03	Der Wehrbeauftragte des Bundestages	—	—	**205 900**	208 100
02 04	Bundesversammlung	—	—	—	—
	Zusammen	**188 100**	— 2 700	**7 558 600**	7 503 300
	03				
	Bundesrat				
03 01	Bundesrat	**25 700**	— 6 700	**1 119 600**	1 058 900
	04				
	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt				
04 01	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	**9 600**	+ 2 800	**2 516 600**	2 442 100
04 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
04 03	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	**152 100**	+ 128 300	**5 482 800**	5 339 900
04 04	Bundesnachrichtendienst	—	—	—	—
	Zusammen	**161 700**	+ 131 100	**7 999 400**	7 782 000
	05				
	Auswärtiges Amt				
05 01	Auswärtiges Amt	**516 300**	+ 329 500	**18 712 900**	17 845 200
05 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
05 03	Vertretungen des Bundes im Ausland	**3 825 000**	— 97 000	**125 907 700**	120 796 100
05 04	Angelegenheiten des Europarates und verwandte Gebiete	—	—	—	—
	Zusammen	**4 341 300**	+ 232 500	**144 620 600**	138 641 300
	06				
	Bundesminister des Innern				
06 01	Bundesministerium des Innern	**180 200**	— 83 500	**13 018 500**	13 046 500
06 02	Allgemeine Bewilligungen	**1 451 000**	— 447 500	—	—
06 03	Bundesverwaltungsgericht	**122 300**	+ 19 800	**3 245 000**	3 143 400
06 04	Der Oberbundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht	**100**	— 1 200	**280 400**	200 700
06 05	Bundesdisziplinarhof	**700**	—	**1 085 000**	1 101 000
06 06	Der Bundesdisziplinaranwalt beim Bundesdisziplinarhof	**100**	— 200	**257 300**	253 800

Ordentlicher Haushalt — Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		**Ordentliche Ausgaben**		Kap.
1959	1958	**1959**	1958	**1959**	1958	**1959**	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
118 000	110 000	**330 000**	330 000	—	—	**664 700**	+ 24 700	01 01
— **5 000**	—	—	—	—	—	— **5 000**	— 5 000	01 02
424 000	393 000	**300 000**	473 000	**179 700**	5 000	**1 749 700**	+ 12 600	01 03
237 100	—	—	—	**186 700**	—	**482 300**	+ 482 300	01 04
774 100	503 000	**630 000**	803 000	**366 400**	5 000	**2 891 700**	+ 514 600	
3 913 300	3 931 100	**21 375 000**	21 387 000	**105 300**	527 000	**32 746 300**	— 394 000	02 01
10 000	10 000	**5 000**	5 000	—	12 000	**220 900**	— 14 200	02 03
—	—	—	—	**680 000**	—	**680 000**	+ 680 000	02 04
3 923 300	3 941 100	**21 380 000**	21 392 000	**785 300**	539 000	**33 647 200**	+ 271 800	
489 200	442 300	**196 000**	215 000	**25 400**	—	**1 830 200**	+ 114 000	03 01
599 000	504 800	**700 000**	700 000	**22 700**	54 000	**3 838 300**	+ 137 400	04 01
— **9 000 000**	— 9 000 000	—	—	—	—	— **9 000 000**	—	04 02
1 431 900	1 296 000	**29 140 700**	28 012 700	**109 900**	114 900	**36 165 300**	+ 1 401 800	04 03
—	—	**44 245 200**	41 489 100	—	—	**44 245 200**	+ 2 756 100	04 04
— **6 969 100**	— 7 199 200	**74 085 900**	70 201 800	**132 600**	168 900	**75 248 800**	+ 4 295 300	
12 114 000	13 062 400	**85 000**	90 000	**52 008 700**	2 561 100	**82 920 600**	+ 49 361 900	05 01
— **8 343 100**	— 8 901 600	**90 463 400**	87 307 200	—	—	**82 120 300**	+ 3 714 700	05 02
22 612 000	22 555 300	**1 920 000**	2 020 000	**9 322 500**	22 437 000	**159 762 200**	— 8 046 200	05 03
—	—	**2 104 400**	2 014 400	—	—	**2 104 400**	+ 90 000	05 04
26 382 900	26 716 100	**94 572 800**	91 431 600	**61 331 200**	24 998 100	**326 907 500**	+ 45 120 400	
1 886 900	1 804 100	**382 000**	511 000	**101 200**	97 600	**15 388 600**	— 70 600	06 01
— **296 000**	— 296 000	**316 453 300**	233 164 100	**6 055 000**	14 430 000	**322 212 300**	+ 74 914 200	06 02
441 100	440 500	—	—	**50 900**	145 400	**3 737 000**	+ 7 700	06 03
35 100	29 400	—	—	**4 600**	12 200	**320 100**	+ 77 800	06 04
272 200	264 000	—	—	**2 500**	120 200	**1 359 700**	— 125 500	06 05
51 100	48 100	—	—	—	—	**308 400**	+ 6 500	06 06

Gesamtplan **Ordentlicher Haushalt**

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1959 DM	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1959 DM	1958 DM
1	2	3	4	5	6
	06				
06 07	Bundesdisziplinarkammern	**11 000**	+ 2 000	**390 100**	382 800
06 08	Statistisches Bundesamt	**297 300**	+ 45 400	**19 356 300**	19 515 000
06 09	Bundesamt für Verfassungsschutz	**34 200**	— 3 400	—	5 201 900
06 10	Bundeskriminalamt	**120 600**	— 16 100	**7 036 300**	6 345 200
06 11	Bundesgesundheitsamt	**345 700**	+ 2 900	**5 383 300**	5 168 500
06 13	Bundesarchiv	**75 400**	+ 25 800	**1 509 400**	1 326 900
06 14	Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung	**246 800**	+ 190 800	**1 100 400**	417 600
06 15	Bundesstelle für Verwaltungsangelegenheiten des Bundesministers des Innern sowie Bundesamt für Auswanderung	**73 900**	+ 10 000	**2 712 000**	2 738 600
06 16	Institut für Angewandte Geodäsie, Kartographie und Photogrammetrie	**487 300**	— 406 000	**3 625 200**	3 724 900
06 17	Bundesanstalt für Landeskunde	—	—	—	651 700
06 19	Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz	**15 100**	+ 8 000	**7 740 800**	6 964 700
06 20	Allgemeine Bewilligungen für Zwecke des zivilen Bevölkerungsschutzes (jetzt zum Teil Kap. 06 19 und Kap. 36 04)	—	— 44 000	—	—
06 24	Beschaffungen für die Bereitschaftspolizeien der Länder	**69 200**	— 40 500	—	—
06 25	Bundesgrenzschutz	**563 000**	+ 700	**109 431 000**	89 084 600
06 26	Beschaffungsstelle des Bundesministers des Innern	**50 200**	+ 7 000	**1 559 200**	1 615 500
06 29	Deutsches Archäologisches Institut	**66 100**	+ 4 800	**2 917 100**	2 563 900
06 30	Deutsches Historisches Institut	**600**	—	**317 600**	321 100
06 31	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften	**1 000**	—	**50 600**	50 300
06 33	Bundesdienststelle für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge	**200**	—	**667 800**	522 800
06 35	Bundeszentrale für Heimatdienst	**2 000**	—	**577 900**	566 800
	Zusammen	**4 214 000**	— 725 200	**182 261 200**	164 908 200
	07				
	Bundesminister der Justiz				
07 01	Bundesministerium der Justiz	**1 885 200**	+ 9 300	**5 400 600**	5 309 300
07 04	Bundesgerichtshof	**2 017 600**	+ 201 300	**7 731 200**	7 801 000
07 05	Deutsches Patentamt	**37 573 400**	+ 5 016 100	**23 150 000**	22 985 300
07 06	Oberstes Rückerstattungsgericht	**6 400**	— 700	**1 458 100**	1 521 900
	Zusammen	**41 482 600**	+ 5 226 000	**37 739 900**	37 617 500
	08				
	Bundesminister der Finanzen				
08 01	Bundesministerium der Finanzen	**246 300**	+ 24 100	**28 220 800**	27 768 400
08 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
08 03	Bundesfinanzhof	**6 800**	+ 900	**2 023 300**	1 975 500
08 04	Bundesfinanzverwaltung	**41 350 300**	— 9 275 300	**360 614 700**	367 602 400
08 05	Bundesausgleichsamt	**8 200**	+ 1 500	**2 481 300**	2 480 400
08 07	Amt für Wertpapierbereinigung zugleich Bundesamt für äußere Restitutionen	**455 500**	— 800	**987 600**	913 800
08 08	Bundeshauptkasse	—	—	**756 100**	815 400
08 09	Bundesmonopolverwaltung für Branntwein	—	—	—	—
08 10	Verwaltungsamt für innere Restitutionen	**100**	—	**223 700**	240 300
	Zusammen	**42 067 200**	— 9 249 600	**395 307 500**	401 796 200

Ordentlicher Haushalt — Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1959 DM	1958 DM	1959 DM	1958 DM	1959 DM	1958 DM	1959 DM	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—) DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
179 800	188 300	—	—	—	—	**569 900**	— 1 200	06 07
3 639 100	3 688 400	**1 602 500**	1 202 500	**1 040 100**	606 600	**25 638 000**	+ 335 500	06 08
—	860 300	**11 080 600**	4 423 200	—	170 700	**11 080 600**	+ 424 500	06 09
1 208 600	1 093 300	**2 285 100**	2 647 800	**101 200**	148 900	**10 631 200**	+ 391 000	06 10
1 027 200	922 600	**988 000**	944 000	**4 074 400**	5 013 800	**11 472 900**	— 576 000	06 11
301 400	318 800	**491 500**	494 100	**288 400**	129 200	**2 590 700**	+ 321 700	06 13
397 900	169 900	**272 300**	176 000	**11 000**	3 000	**1 781 600**	— 53 800	06 14
534 200	540 100	**32 480 700**	35 172 600	**32 000**	45 800	**35 758 900**	— 2 738 200	06 15
611 300	625 700	**475 000**	523 000	**1 420 600**	760 500	**6 132 100**	+ 498 000	06 16
—	103 300	—	232 900	—	90 000	—	—	06 17
2 089 400	2 352 500	**19 780 700**	4 001 600	**12 736 300**	21 896 300	**42 347 200**	+ 7 132 100	06 19
—	—	—	22 900 000	—	53 840 000	—	— 76 740 000	06 20
—	—	**945 000**	945 000	**4 866 000**	7 319 900	**5 811 000**	— 2 453 900	06 24
14 020 800	11 746 900	**28 761 200**	32 705 400	**128 289 800**	84 370 700	**280 502 800**	+ 62 595 200	06 25
305 000	320 600	**45 500**	49 500	**98 500**	91 500	**2 008 200**	— 68 900	06 26
896 700	757 900	**1 109 600**	1 107 500	**2 342 700**	211 800	**7 266 100**	+ 2 625 000	06 29
81 300	83 900	**45 900**	42 300	**5 000**	5 000	**449 800**	— 2 500	06 30
27 400	23 100	**2 500**	2 500	—	—	**80 500**	— 400	06 31
67 200	61 700	—	—	—	—	**735 000**	+ 150 500	06 33
193 800	204 100	**7 200 000**	7 300 000	**73 500**	287 700	**8 045 200**	— 313 400	06 35
27 971 500	26 352 500	**424 401 400**	348 545 000	**161 593 700**	190 086 800	**796 227 800**	+ 66 335 300	
776 600	736 100	**480 300**	535 000	**468 400**	544 400	**7 125 900**	+ 1 100	07 01
725 600	915 000	**309 500**	309 500	**1 526 600**	251 800	**10 292 900**	+ 1 015 600	07 04
2 739 900	2 584 900	**4 412 000**	4 112 000	**161 500**	1 536 100	**30 463 400**	— 754 900	07 05
286 100	326 800	**762 400**	769 100	—	—	**2 506 600**	— 111 200	07 06
4 528 200	4 562 800	**5 964 200**	5 725 600	**2 156 500**	2 332 300	**50 388 800**	+ 150 600	
2 764 000	2 879 400	—	—	**52 500**	247 700	**31 037 300**	+ 141 800	08 01
— 6 041 200	— 6 412 800	**170 843 900**	190 931 200	—	—	**164 802 700**	— 19 715 700	08 02
215 800	181 200	—	—	**2 400**	46 000	**2 241 500**	+ 38 800	08 03
110 948 300	113 516 000	**1 016 000**	843 300	**20 970 900**	41 049 000	**493 549 900**	— 29 460 800	08 04
331 700	326 200	**15 000**	15 000	**9 800**	7 300	**2 837 800**	+ 8 900	08 05
387 700	407 100	**282 100**	307 000	**6 500**	—	**1 663 900**	+ 36 000	08 07
—	—	—	—	—	—	**756 100**	— 59 300	08 08
—	—	—	—	—	—	—	—	08 09
45 300	53 300	—	—	—	—	**269 000**	— 24 600	08 10
108 651 600	110 950 400	**172 157 000**	192 096 500	**21 042 100**	41 350 000	**697 158 200**	— 49 034 900	

Gesamtplan **Ordentlicher Haushalt**

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1959 DM	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1959 DM	1958 DM
1	2	3	4	5	6
	09				
	Bundesminister für Wirtschaft				
09 01	Bundesministerium für Wirtschaft	**675 300**	+ 31 400	**23 289 600**	22 189 600
09 02	Allgemeine Bewilligungen	**55 100**	+ 49 100	—	—
09 03	Physikalisch-Technische Bundesanstalt	**3 536 100**	+ 207 000	**9 217 000**	8 416 100
09 04	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bauspar-wesen	**3 804 700**	+ 61 200	**3 250 500**	3 184 800
09 05	Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft	**40 500**	+ 800	**4 411 000**	4 227 600
09 06	Bundesstelle für Außenhandelsinformation	**4 300**	—	**1 388 000**	1 336 900
09 07	Bundesanstalt für Materialprüfung	**650 700**	+ 1 900	**4 215 200**	3 846 900
09 08	Bundeskartellamt	**560 400**	—	**2 490 200**	1 809 400
09 09	Bundesanstalt für Bodenforschung	**1 502 500**	—	**1 198 900**	1 123 100
	Zusammen	**10 829 600**	+ 351 400	**49 460 400**	46 134 400
	10				
	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
10 01	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	**226 500**	— 4 200	**12 015 700**	10 627 800
10 02	Allgemeine Bewilligungen	**443 180 000**	— 68 155 000	—	—
10 03	Außenhandelsstelle für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft	**5 018 000**	+ 172 700	**3 404 200**	3 270 700
10 04	Bundessortenamt	**602 900**	+ 8 000	**1 006 200**	934 100
10 10	Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft	**533 600**	+ 30 800	**3 842 700**	3 538 600
10 11	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft	**244 300**	— 125 100	**1 795 500**	1 751 700
10 12	Bundesforschungsanstalt für Fischerei	**75 400**	— 5 500	**1 288 400**	1 239 000
10 13	Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft	**147 900**	+ 16 700	**1 281 300**	1 213 300
10 14	Bundesforschungsanstalt für Kleintierzucht	**56 400**	— 700	**612 900**	573 600
10 15	Bundesforschungsanstalt für Getreideverarbeitung	**148 900**	+ 15 500	**940 000**	890 000
10 16	Bundesforschungsanstalt für Fleischwirtschaft	**156 900**	+ 10 000	**537 000**	530 400
10 17	Bundesforschungsanstalt für Lebensmittelfrischhaltung	**12 400**	+ 8 000	**645 300**	587 400
10 18	Bundesanstalt für Qualitätsforschung pflanzlicher Erzeugnisse	**38 400**	— 4 200	**263 100**	245 200
10 19	Bundesanstalt für Tabakforschung	**74 900**	— 8 800	**485 100**	451 400
10 20	Bundesforschungsanstalt für Hauswirtschaft	**29 500**	— 20 000	**468 700**	428 000
10 21	Bundesanstalt für Naturschutz und Landschaftspflege	**3 400**	—	**97 500**	95 400
10 22	Bundesanstalt für Vegetationskartierung	**45 100**	— 13 200	**321 200**	293 500
10 23	Bundesforschungsanstalt für Rebenzüchtung	**125 800**	+ 9 200	**638 900**	583 200
10 24	Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere	**12 000**	+ 2 300	**1 228 100**	1 142 800
	Zusammen	**450 732 300**	— 68 063 500	**30 871 800**	28 396 100
	11				
	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung				
11 01	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	**80 400**	+ 11 500	**8 033 000**	7 685 800
11 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
11 03	Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung	**32 500**	+ 500	**1 439 300**	1 364 100
11 04	Bundesinstitut für Arbeitsschutz	**5 500**	—	**298 200**	277 100
11 05	Bundesarbeitsgericht	**51 900**	+ 16 500	**1 138 200**	1 120 700
11 06	Bundesversicherungsamt	**2 900**	+ 2 500	**1 613 600**	1 557 800
11 07	Bundessozialgericht	**70 500**	+ 9 900	**2 458 100**	2 424 400

Ordentlicher Haushalt — Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		**Ordentliche Ausgaben**		Kap.
1959	1958	**1959**	1958	**1959**	1958	**1959**	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
4 054 500	3 973 600	**1 039 000**	1 163 500	**846 800**	1 478 400	**29 229 900**	+ 424 800	09 01
— 1 692 300	— 1 269 800	**25 564 600**	25 789 900	**16 600 000**	22 017 200	**40 472 300**	— 6 065 000	09 02
1 703 600	1 852 200	**2 072 500**	1 819 800	**3 957 900**	5 952 300	**16 951 000**	— 1 089 400	09 03
454 800	458 900	**40 000**	36 000	**—**	—	**3 745 300**	+ 65 600	09 04
1 189 700	1 196 700	**—**	—	**13 000**	6 300	**5 613 700**	+ 183 100	09 05
317 300	324 800	**990 000**	1 090 000	**14 300**	13 600	**2 709 600**	— 55 700	09 06
872 800	802 600	**375 000**	345 000	**1 286 800**	2 685 300	**6 749 800**	— 930 000	09 07
561 800	759 000	**20 000**	20 000	**55 700**	137 300	**3 127 700**	+ 402 000	09 08
224 700	209 900	**1 700 000**	1 690 000	**105 500**	99 400	**3 229 100**	+ 106 700	09 09
7 686 900	8 307 900	**31 801 100**	31 954 200	**22 880 000**	32 389 800	**111 828 400**	— 6 957 900	
2 005 300	1 709 100	**2 891 400**	2 935 600	**67 100**	117 700	**16 979 500**	+ 1 589 300	10 01
—	—	**559 201 900**	1 290 477 100	**1 642 486 000**	1 061 940 000	**2 201 687 900**	— 150 729 200	10 02
1 617 400	1 578 800	**—**	—	**15 000**	20 000	**5 036 600**	+ 167 100	10 03
195 400	166 100	**778 000**	738 800	**41 700**	333 300	**2 021 300**	— 151 000	10 04
653 200	619 600	**673 400**	642 900	**1 007 600**	1 466 700	**6 176 900**	— 90 900	10 10
360 000	325 700	**454 800**	630 700	**158 300**	420 400	**2 768 600**	— 359 900	10 11
263 000	247 900	**161 000**	156 000	**359 500**	960 100	**2 071 900**	— 531 100	10 12
240 400	219 000	**270 500**	251 500	**50 500**	563 500	**1 842 700**	— 404 600	10 13
135 400	124 700	**93 200**	93 200	**25 900**	17 300	**867 400**	+ 58 600	10 14
202 200	191 000	**150 300**	133 400	**234 300**	251 000	**1 526 800**	+ 61 400	10 15
98 900	90 700	**190 700**	174 700	**19 000**	26 100	**845 600**	+ 23 700	10 16
121 600	98 800	**75 700**	68 200	**812 500**	705 500	**1 655 100**	+ 195 200	10 17
69 900	50 000	**60 400**	60 400	**15 500**	25 200	**408 900**	+ 28 100	10 18
91 700	73 100	**173 000**	193 000	**—**	1 000	**749 800**	+ 31 300	10 19
123 000	88 300	**63 400**	83 400	**—**	—	**655 100**	+ 55 400	10 20
20 700	17 800	**13 100**	12 500	**—**	1 000	**131 300**	+ 4 600	10 21
63 500	71 200	**29 400**	26 400	**14 300**	—	**428 400**	+ 37 300	10 22
128 200	105 100	**171 500**	159 300	**750 000**	37 000	**1 688 600**	+ 804 000	10 23
428 500	416 500	**288 300**	298 300	**506 700**	800 000	**2 451 600**	— 206 000	10 24
6 818 300	6 193 400	**565 740 000**	1 297 135 400	**1 646 563 900**	1 067 685 800	**2 249 994 000**	— 149 416 700	
1 658 700	1 557 100	**1 590 000**	4 075 000	**33 300**	128 700	**11 315 000**	— 2 131 600	11 01
— 100 000	— 400 000	**11 220 400**	—	**—**	—	**11 120 400**	+ 11 520 400	11 02
188 500	182 200	**—**	—	**—**	—	**1 627 800**	+ 81 500	11 03
106 500	113 500	**19 000**	19 200	**12 000**	20 000	**435 700**	+ 5 900	11 04
138 000	129 900	**50 000**	40 000	**9 800**	15 000	**1 336 000**	+ 30 400	11 05
371 400	347 900	**—**	—	**9 700**	—	**1 994 700**	+ 89 000	11 06
226 400	229 600	**37 000**	37 000	**—**	—	**2 721 500**	+ 30 500	11 07

Gesamtplan **Ordentlicher Haushalt**

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1959 DM	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1959 DM	1958 DM
1	2	3	4	5	6
	11				
11 09	Sozialreform	—	—	**1 197 500**	1 211 900
11 10	Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen	**22 350 000**	+ 2 320 000	—	—
11 11	Arbeitslosenhilfe	**10 030 500**	+ 450 000	—	—
11 12	Betriebliche Arbeitsfürsorge	—	—	—	—
11 13	Sozialversicherung	**6 691 000**	+ 2 000	—	—
	Zusammen	**39 315 200**	+ 2 812 900	**16 177 900**	15 641 800
	12				
	Bundesminister für Verkehr				
12 01	Bundesminister für Verkehr	**204 400**	— 223 600	**15 165 200**	14 222 200
12 02	Allgemeine Bewilligungen	**126 613 300**	+ 30 989 000	—	—
12 03	Bundeswasser- und Schiffahrtsverwaltung	**59 737 500**	+ 632 500	**54 376 300**	48 514 300
12 04	Staatswerft in Rendsburg-Saatsee	—	—	—	—
12 05	Bundesschleppbetrieb in Münster (Westf.)	—	—	—	—
12 06	Bundesanstalt für Wasserbau in Karlsruhe	**164 400**	+ 59 000	**863 200**	737 400
12 07	Bundesanstalt für Gewässerkunde in Koblenz	**10 900**	—	**672 100**	621 200
12 08	Bundesamt für Schiffsvermessung in Hamburg	**720 600**	—	**445 900**	401 800
12 09	Deutsches Hydrographisches Institut in Hamburg	**1 529 400**	+ 19 200	**5 876 400**	5 466 100
12 10	Bundesfernstraßen	**9 200 000**	— 1 200 000	—	—
12 11	Bundesanstalt für Straßenbau in Köln	**290 000**	+ 51 600	**636 900**	546 800
12 12	Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg-Mürwik	**11 015 500**	+ 1 677 400	**5 051 200**	4 154 900
12 13	Oberprüfungsamt für die höheren technischen Verwaltungsbeamten in Frankfurt (Main)	**20 000**	+ 1 500	**102 100**	94 500
12 14	Deutscher Wetterdienst in Offenbach (Main)	**1 359 700**	— 31 400	**21 501 900**	19 248 600
12 15	Bundesanstalt für Flugsicherung in Frankfurt (Main)	**329 400**	+ 111 000	**18 409 000**	15 350 000
12 16	Luftfahrt-Bundesamt in Braunschweig	**31 300**	+ 11 300	**593 200**	573 900
	Zusammen	**211 226 400**	+ 34 497 500	**123 693 400**	109 931 700
	13				
	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen				
13 01	Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen	—	—	**73 500**	74 500
13 03	Bundesdruckerei	**3 069 300**	+ 254 000	—	—
	Zusammen	**3 069 300**	+ 254 000	**73 500**	74 500
	14				
	Bundesminister für Verteidigung				
14 01	Bundesministerium für Verteidigung	**145 200**	+ 59 300	**43 262 900**	38 528 200
14 02	Allgemeine Bewilligungen	**110 000**	+ 110 000	—	—
14 03	Kommandobehörden, Truppen usw.	**303 200**	+ 200 000	**1 074 753 700**	1 010 864 800
14 04	Bundeswehrverwaltung	**135 000**	+ 115 000	**529 688 600**	405 447 700
14 05	Bildungswesen	—	—	—	—
14 06	Seelsorge	**1 000**	+ 1 000	**4 487 300**	4 044 300
14 07	Rechtspflege	**7 000**	—	**2 220 300**	1 916 900
14 08	Sanitätswesen	**562 000**	+ 391 000	—	—
14 10	Verpflegung	**10 000**	+ 10 000	—	—
14 11	Dienstbekleidung	**2 209 000**	+ 2 179 000	—	—
14 12	Unterbringung	**12 332 000**	+ 2 470 000	—	—
14 13	Pionierwesen	**2 000**	—	—	—
14 14	Fernmeldewesen	**10 625 300**	+ 7 453 300	—	—
14 15	Feldzeugwesen	**419 500**	+ 218 500	—	—
14 16	ABC-Schutz	**2 000**	—	—	—
14 17	Quartiermeisterwesen	**119 000**	+ 3 000	—	—
14 18	Indienst- und Instandhaltung von Schiffen	**8 000**	—	—	—
14 19	Indienst- und Instandhaltung von Flugzeugen	**5 628 800**	+ 1 261 600	—	—
14 21	Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung	**9 615 900**	+ 86 800	**30 811 600**	26 007 900
14 22	Wehrersatzwesen	—	—	**25 190 700**	14 741 500
14 23	Fürsorge	—	—	**88 747 700**	48 771 800
	Zusammen	**42 234 900**	+ 14 558 500	**1 799 162 800**	1 550 323 100

Ordentlicher Haushalt — Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1959	1958	1959	1958	1959	1958	1959	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
172 000	215 000	**90 000**	110 000	—	—	**1 459 500**	— 77 400	11 09
—	—	**3 336 100 000**	3 574 550 000	—	120 000	**3 336 100 000**	— 238 570 000	11 10
—	—	**368 388 700**	381 950 000	—	—	**368 388 700**	— 13 561 300	11 11
—	—	—	5 000 000	—	—	—	— 5 000 000	11 12
—	—	**5 199 097 000**	4 843 297 000	**8 880 000**	—	**5 207 977 000**	+ 364 680 000	11 13
2 761 500	2 375 200	**8 916 592 100**	8 809 078 200	**8 944 800**	283 700	**8 944 476 300**	+ 117 097 400	
3 220 400	2 938 400	—	—	**316 400**	173 600	**18 702 000**	+ 1 367 800	12 01
— 15 015 000	— 2 754 600	**706 734 900**	696 319 500	**47 575 800**	44 441 000	**739 295 700**	+ 1 289 800	12 02
8 702 600	8 767 000	**124 833 200**	121 216 200	**106 219 200**	148 383 500	**294 131 300**	— 32 749 700	12 03
—	—	—	—	—	—	—	—	12 04
—	—	—	—	—	—	—	—	12 05
166 600	152 000	**53 900**	53 900	**293 200**	214 000	**1 376 900**	+ 219 600	12 06
99 300	99 300	**67 300**	71 800	**102 000**	124 800	**940 700**	+ 23 600	12 07
59 500	59 300	—	—	**8 000**	7 000	**513 400**	+ 45 300	12 08
688 900	620 300	**1 447 000**	1 437 200	**316 000**	681 400	**8 328 300**	+ 123 300	12 09
—	—	**6 31 150 000**	282 012 500	**226 000 000**	567 987 500	**857 150 000**	— 7 150 000	12 10
120 600	114 500	**33 000**	33 000	**91 200**	15 000	**881 700**	+ 172 400	12 11
1 790 000	1 609 200	**3 180 000**	2 750 000	**252 300**	506 000	**10 273 500**	+ 1 253 400	12 12
30 300	87 200	**78 900**	—	—	—	**211 300**	+ 29 600	12 13
1 757 500	1 785 300	**5 722 800**	5 650 200	**1 208 000**	1 322 900	**30 190 200**	+ 2 183 200	12 14
1 879 900	1 839 900	**8 071 000**	7 742 200	**7 012 900**	8 641 500	**35 372 800**	+ 1 799 200	12 15
166 800	162 700	**156 000**	180 000	—	3 400	**916 000**	— 4 000	12 16
3 667 400	15 480 500	**1 481 528 000**	1 117 466 500	**389 395 000**	772 501 600	**1 998 283 800**	— 17 096 500	
—	—	—	—	—	—	**73 500**	— 1 000	13 01
—	—	—	—	**2 329 700**	784 200	**2 329 700**	+ 1 545 500	13 03
—	—	—	—	**2 329 700**	784 200	**2 403 200**	+ 1 544 500	
8 248 000	8 953 000	**4 396 800**	4 825 000	**415 300**	1 789 900	**56 323 000**	+ 2 226 900	14 01
236 163 800	75 936 000	**3 745 688 900**	571 816 900	**10 000 000**	165 105 000	**3 991 852 700**	+ 3 178 994 800	14 02
61 394 700	49 509 100	**77 163 200**	69 185 200	**749 400**	19 969 700	**1 214 061 000**	+ 64 532 200	14 03
23 649 100	19 465 000	**5 323 400**	9 887 000	**4 774 000**	14 385 600	**563 435 100**	+ 114 249 800	14 04
—	—	**11 088 300**	9 059 800	**2 604 000**	2 459 900	**13 692 300**	+ 2 172 600	14 05
1 001 400	787 100	**468 500**	394 600	**347 200**	391 100	**6 304 400**	+ 687 300	14 06
155 000	141 900	**80 000**	120 000	**22 000**	52 100	**2 477 300**	+ 246 400	14 07
—	—	**22 424 000**	16 925 000	**36 300 000**	11 181 000	**58 724 000**	+ 30 618 000	14 08
—	—	**81 920 500**	50 468 500	**34 262 500**	—	**116 183 000**	+ 65 714 500	14 10
—	—	**162 841 700**	145 272 000	**82 000 000**	123 369 000	**244 841 700**	— 23 799 300	14 11
234 784 000	205 760 000	**44 460 000**	116 900 000	**120 719 900**	2 365 930 100	**399 963 900**	— 2 288 626 200	14 12
—	—	**3 788 000**	21 167 900	—	145 491 900	**3 788 000**	— 162 871 800	14 13
—	—	**76 331 600**	114 868 300	**51 500 000**	272 798 300	**127 831 600**	— 259 835 000	14 14
—	—	**240 412 700**	293 814 200	**1 727 002 200**	1 269 920 200	**1 967 414 900**	+ 403 680 500	14 15
—	—	**1 313 000**	5 528 500	**38 754 000**	15 784 000	**40 067 000**	+ 18 754 500	14 16
—	—	**392 133 500**	436 897 700	—	53 060 100	**392 133 500**	— 97 824 300	14 17
—	—	**56 249 600**	35 550 000	**71 649 000**	465 933 700	**127 898 600**	— 373 585 100	14 18
—	—	**144 183 600**	281 053 400	**840 405 000**	956 910 000	**984 588 600**	— 253 374 800	14 19
3 069 700	3 187 500	**6 364 000**	3 781 900	**825 000**	354 100	**41 070 300**	+ 7 738 900	14 21
4 946 800	2 781 000	**25 420 900**	7 163 700	**39 400**	1 672 400	**55 597 800**	+ 29 239 200	14 22
—	—	**3 003 600**	1 918 600	—	—	**91 751 300**	+ 41 060 900	14 23
573 412 500	366 520 600	**5 105 055 800**	2 196 598 200	**3 022 368 900**	5 886 558 100	**10 500 000 000**	+ 500 000 000	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1959 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1959 DM	Personalausgaben 1958 DM
1	2	3	4	5	6
	19				
	Bundesverfassungsgericht				
19 01	Bundesverfassungsgericht	**6 900**	— 3 000	**1 982 500**	2 001 800
	20				
	Bundesrechnungshof				
20 01	Bundesrechnungshof	**13 900**	+ 6 200	**7 884 900**	7 426 800
	24				
	Bundesminister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes				
24 01	Bundesministerium für wirtschaftlichen Besitz des Bundes	**30 500**	— 5 800	**5 239 600**	4 761 700
24 02	Allgemeine Bewilligungen	**111 923 400**	+ 2 877 500	—	—
24 03	Bundesvermögens- und Bauverwaltung	**162 082 800**	— 3 299 500	—	—
24 04	Bundesbaudirektion Berlin	**210 600**	+ 194 600	**4 492 100**	4 101 700
	Zusammen	**274 247 300**	— 233 200	**9 731 700**	8 863 400
	25				
	Bundesminister für Wohnungsbau				
25 01	Bundesministerium für Wohnungsbau	**23 100**	+ 6 500	**4 512 200**	4 157 400
25 02	Allgemeine Bewilligungen	**1 901 500**	+ 436 000	—	—
25 03	Förderung des Wohnungsbaues	**107 052 600**	+ 28 046 400	—	—
25 04	Baulicher Luftschutz (ab Rj. 1959: Kap. 36 09)	—	— 4 000	—	—
	Zusammen	**108 977 200**	+ 28 484 900	**4 512 200**	4 157 400
	26				
	Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte				
26 01	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	**6 800**	+ 800	**3 480 100**	3 345 200
26 02	Allgemeine Bewilligungen	**1 751 000**	+ 1 151 000	—	—
26 03	Dienststellen des Notaufnahmeverfahrens in Berlin, Gießen und Uelzen	**2 000**	—	**5 309 600**	5 336 300
	*) Davon 385 500 000 DM bei Kap. 40 10. Zusammen	**1 759 800**	+ 1 151 800	**8 789 700**	8 681 500
	27				
	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen				
27 01	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen	**73 100**	— 18 200	**3 869 200**	3 773 800
	28				
	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder				
28 01	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	**2 700**	— 300	**590 500**	588 900
	29				
	Bundesminister für Familien- und Jugendfragen				
29 01	Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen	**2 028 200**	+ 24 700	**1 439 800**	1 313 100
	31				
	Bundesminister für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft				
31 01	Bundesministerium für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft	**4 300**	+ 1 800	**2 873 200**	2 560 500
31 02	Allgemeine Bewilligungen	**133 000**	+ 103 000	—	—
	Zusammen	**137 300**	+ 104 800	**2 873 200**	2 560 500

Ordentlicher Haushalt — Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1959	1958	1959	1958	1959	1958	1959	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
344 700	334 700	**4 000**	4 000	**4 000**	20 000	**2 335 200**	— 25 300	19 01
1 079 800	1 062 800	**100 000**	—	**48 800**	20 500	**9 113 500**	+ 603 400	20 01
997 700	1 178 400	—	—	**43 900**	92 800	**6 281 200**	+ 248 300	24 01
— 111 229 100	— 26 577 000	**150 000**	220 000	**74 000 000**	60 360 800	**— 37 079 100**	— 71 082 900	24 02
167 700 000	55 700 000	**78 022 200**	80 695 900	**31 273 200**	42 403 000	**276 995 400**	+ 98 196 500	24 03
1 196 300	1 838 500	—	—	**53 100**	102 100	**5 741 500**	— 300 800	24 04
58 664 900	32 139 900	**78 172 200**	80 915 900	**105 370 200**	102 958 700	**251 939 000**	+ 27 061 100	
738 200	712 800	**90 000**	100 000	**35 400**	29 800	**5 375 800**	+ 375 800	25 01
— 195 400	— 92 400	**15 088 900**	17 193 900	**4 800 000**	19 000 000	**19 693 500**	— 16 408 000	25 02
—	—	**351 717 100**	720 761 100	**8 900 000**	8 020 000	**360 617 100**	— 368 164 000	25 03
—	—	**—**	6 180 000	**—**	500 000	**—**	— 6 680 000	25 04
542 800	620 400	**366 896 000**	744 235 000	**13 735 400**	27 549 800	**385 686 400**	— 390 876 200	
505 700	551 700	**—**	—	**14 700**	—	**4 000 500**	+ 103 600	26 01
—	—	**105 610 000**	415 192 500*)	**2 000 000**	2 290 000	**107 610 000**	— 309 872 500	26 02
720 500	753 400	**5 000**	6 000	**—**	—	**6 035 100**	— 60 600	26 03
1 226 200	1 305 100	**105 615 000**	415 198 500*)	**2 014 700**	2 290 000	**117 645 600**	— 309 829 500	
1 113 800	1 152 000	**96 222 000**	113 722 000	**1 725 600**	1 000 000	**102 930 600**	— 16 717 200	27 01
115 100	119 900	**—**	—	**—**	23 800	**705 600**	— 27 000	28 01
417 700	259 700	**52 130 000**	62 415 000	**236 300**	58 700	**54 223 800**	— 9 822 700	29 01
1 047 600	717 600	**520 000**	420 000	**178 200**	342 400	**4 619 000**	+ 578 500	31 01
—	—	**45 377 500**	33 121 000	**86 200 000**	104 350 000	**131 577 500**	— 5 893 500	31 02
1 047 600	717 600	**45 897 500**	33 541 000	**86 378 200**	104 692 400	**136 196 500**	— 5 315 000	

Gesamtplan **Ordentlicher Haushalt**

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1959 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1959 DM	Personalausgaben 1958 DM
1	2	3	4	5	6
	32				
	Bundesschuld				
32 03	Bundesschuldenverwaltung	**1 008 600**	— 11 500	**7 640 800**	8 024 900
32 05	Verzinsung und Tilgung	—	—	—	—
32 07	Zum Ankauf von Schuldenurkunden des Bundes	—	—	—	—
32 08	Inanspruchnahme aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen	—	—	—	—
32 09	Schulden des Bundes, die nicht der Bundesschuldenverwaltung unterliegen	**1 550 000**	+ 154 000	—	—
	Zusammen	**2 558 600**	+ 142 500	**7 640 800**	8 024 900
	33				
	Versorgung				
33 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
33 03	Versorgung der Bundesbeamten	—	—	**63 599 000**	51 149 000
33 04	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr	—	—	**79 633 000**	14 497 000
33 06	Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Überleitungsgesetz vom 21. August 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 774) vom Bund übernommen worden sind	—	—	**77 375 000**	90 350 000
33 07	Versorgung der verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienststellen sowie ihrer Hinterbliebenen	**10 000 000**	— 19 649 000	**1 029 705 000**	1 106 205 000
33 08	Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen	**350 000**	+ 150 000	**483 223 000**	574 250 000
	Zusammen	**10 350 000**	— 19 499 000	**1 733 535 000**	1 835 451 000
	35				
	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte				
35 02	Besatzungskosten in Berlin	**3 000 000**	—	—	—
35 03	Auftragsausgaben Klasse I in Berlin	**10 000**	— 40 000	—	—
35 04	Auftragsausgaben Klasse II in Berlin	**10 000**	—	—	—
35 11a	Verteidigungsaufwand, der im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte im Geltungsbereich des Grundgesetzes entsteht	**44 500 000**	+ 2 500 000	—	—
35 11b	Besatzungsfolgekosten in Berlin	**94 000**	— 21 000	—	—
	Zusammen	**47 614 000**	+ 2 439 000	—	—
	36				
	Zivile Notstandsplanung				
36 04	Notstandsmaßnahmen im Aufgabenbereich des Bundesministers des Innern	**39 000**	+ 39 000	—	—
36 05	Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Versorgung	—	—	—	—
36 06	Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet der Ernährung	—	—	—	—
36 07	Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet des Verkehrs	—	—	—	—
36 08	Maßnahmen zur Sicherung der Nachrichtenverbindungen für leitende Dienststellen	—	—	—	—
36 09	Maßnahmen des baulichen Luftschutzes zum Schutze der Zivilbevölkerung	**4 000**	+ 4 000	—	—
	Zusammen	**43 000**	+ 43 000	—	—

*) Vorjahresansatz teilweise bei Kap. 06 20.
**) Vorjahresansatz bei Kap. 25 04.

Ordentlicher Haushalt — Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1959	1958	**1959**	1958	**1959**	1958	**1959**	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
1 915 700	2 059 400	**168 584 600**	98 097 500	—	6 900	**178 141 100**	+ 69 952 400	32 03
—	—	**1 400 595 100**	1 275 938 000	—	—	**1 400 595 100**	+ 124 657 100	32 05
—	—	**20 850 000**	2 300 000	—	—	**20 850 000**	+ 18 550 000	32 07
—	—	**220 000 000**	200 000 000	—	—	**220 000 000**	+ 20 000 000	32 08
—	—	**354 845 500**	418 652 500	—	—	**354 845 500**	— 63 807 000	32 09
1 915 700	2 059 400	**2 164 875 200**	1 994 988 000	—	6 900	**2 174 431 700**	+ 169 352 500	
— 79 633 000	— 14 497 000	—	—	—	—	**— 79 633 000**	— 65 136 000	33 02
—	—	—	—	—	—	**63 599 000**	+ 12 450 000	33 03
—	—	—	—	—	—	**79 633 000**	+ 65 136 000	33 04
—	—	—	—	—	—	**77 375 000**	— 12 975 000	33 06
—	—	—	—	—	—	**1 029 705 000**	— 76 500 000	33 07
—	—	—	—	—	—	**483 223 000**	— 91 027 000	33 08
— 79 633 000	— 14 497 000	—	—	—	—	**1 653 902 000**	— 168 052 000	
—	—	**151 605 700**	155 436 800	—	—	**151 605 700**	— 3 831 100	35 02
—	—	**2 641 900**	5 194 100	—	—	**2 641 900**	— 2 552 200	35 03
—	—	**50 156 500**	33 618 800	—	—	**50 156 500**	+ 16 537 700	35 04
—	—	**193 990 000**	203 627 000	**162 000 000**	277 373 000	**355 990 000**	— 125 010 000	35 11 a
—	—	**12 127 000**	10 130 000	**6 000 000**	16 980 000	**18 127 000**	— 8 983 000	35 11 b
—	—	**410 521 100**	408 006 700	**168 000 000**	294 353 000	**578 521 100**	— 123 838 600	
—	—	**22 820 000**	3 600 000*)	**94 754 000**	22 665 000*)	**117 574 000**	+ 91 309 000	36 04
—	—	—	—	**16 000 000**	20 000 000	**16 000 000**	— 4 000 000	36 05
—	—	**48 340 000**	7 290 000	—	40 800 000	**48 340 000**	+ 250 000	36 06
—	—	**3 700 000**	2 400 000	**28 730 000**	14 050 000	**32 430 000**	+ 15 980 000	36 07
—	—	—	—	**43 600 000**	12 500 000	**43 600 000**	+ 31 100 000	36 08
—	—	**4 400 000**	— **)	**500 000**	— **)	**4 900 000**	+ 4 900 000	36 09
—	—	**79 260 000**	13 290 000	**183 584 000**	110 015 000	**262 844 000**	+ 139 539 000	

Gesamtplan **Ordentlicher Haushalt**

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1959 DM	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1959 DM	1958 DM
1	2	3	4	5	6
	40				
	Soziale Kriegsfolgeleistungen				
40 03	Kriegsfolgenhilfe	**28 096 000**	+ 263 000	—	—
40 04	Umsiedlung und Auswanderung	**3 000**	—	—	—
40 05	Abführung der Ausgleichsabgaben an den Lastenausgleichsfonds	—	—	—	—
40 06	Leistungen des Bundes an den Lastenausgleichsfonds	—	—	—	—
	Zusammen	**28 099 000**	+ 263 000	—	—
	*) Außerdem 385 500 000 DM (Kap. 40 10) jetzt bei Kap. 26 02.				
	60				
	Allgemeine Finanzverwaltung				
60 01	Steuern und Abgaben				
	Besitz- und Verkehrsteuer	**14 550 000 000**	— 30 000 000		
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	**6 390 000 000**	+ 340 000 000		
	Zölle und Verbrauchsteuer	**9 170 000 000**	+ 276 000 000		
	Abgaben	**212 000 000**	— 95 000 000		
	Lastenausgleich	**1 910 000 000**	— 23 000 000		
	Zusammen	**32 232 000 000**	+ 468 000 000	—	—
60 02*)	Allgemeine Bewilligungen	**1 865 745 200**	— 1 868 424 300		—
60 04*)	Sonderleistungen des Bundes	**200 000**	+ 200 000	**2 300 000**	1 800 000
60 05*)	Bundeshilfe für Berlin	—	—		—
60 06*)	Angelegenheiten der europäischen wirtschaftlichen Zusammenschlüsse	—	—		—
	Zusammen	**34 097 945 200**	— 1 400 224 300	**2 300 000**	1 800 000

Die mit *) gekennzeichneten Kapitel haben einen außerordentlichen Haushalt (Sp. 26—28).

Ordentlicher Haushalt — Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1959	1958	**1959**	1958	**1959**	1958	**1959**	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
—	—	**665 511 700**	668 320 700	**4 000 000**	3 000 000	**669 511 700**	— 1 809 000	40 03
—	—	**20 006 100**	21 000 800	—	—	**20 006 100**	— 994 700	40 04
—	—	**1 910 000 000**	1 933 000 000	—	—	**1 910 000 000**	— 23 000 000	40 05
—	—	**387 200 100**	241 667 000	—	—	**387 200 100**	+ 145 533 100	40 06
—	—	**2 982 717 900**	2 863 988 500*)	**4 000 000**	3 000 000	**2 986 717 900**	+ 119 729 400	
—	—	—	—	—	—	—	—	60 01
1 930 000	1 840 500	**— 1 808 170 600**	450 167 700	—	—	**— 1 806 240 600**	— 1 357 913 400	60 02*)
—	—	**1 649 100 000**	1 689 100 000	—	17 200 000	**1 651 400 000**	— 56 700 000	60 04*)
—	—	**840 000 000**	875 000 000	—	—	**840 000 000**	— 35 000 000	60 05*)
—	—	**230 120 400**	132 524 300	—	—	**230 120 400**	+ 97 596 100	60 06*)
1 930 000	1 840 500	**911 049 800**	2 246 456 600	—	17 200 000	**915 279 800**	— 1 352 017 300	

Gesamtplan **Außerordentlicher Haushalt**

Kap.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen 1959 DM	Außerordentliche Einnahmen gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—) DM	Außerordentliche Ausgaben 1959 DM	Außerordentliche Ausgaben gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—) DM
16	17	18	19	20	21
	10				
	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
A 10 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	**150 000 000**	+ 150 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**150 000 000**	+ 150 000 000
	12				
	Bundesminister für Verkehr				
A 12 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	**290 400 000**	+ 25 400 000
A 12 03	Bundeswasser- und Schiffahrtsverwaltung	—	—	**51 000 000**	+ 48 600 000
A 12 10	Bundesfernstraßen	—	—	**218 000 000**	— 7 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**559 400 000**	+ 67 000 000
	14				
	Bundesminister für Verteidigung				
A 14 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	**300 000 000**	+ 300 000 000
A 14 12	Unterbringung	—	—	**200 000 000**	+ 200 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**500 000 000**	+ 500 000 000
	24				
	Bundesminister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes				
A 24 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	**44 621 100**	+ 44 621 100
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**44 621 100**	+ 44 621 100
	25				
	Bundesminister für Wohnungsbau				
A 25 03	Förderung des Wohnungsbaues	—	—	**1 345 000 000**	+ 596 821 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**1 345 000 000**	+ 596 821 000
	32				
	Bundesschuld				
A 32 01	Einnahmen aus Anleihen	**3 698 067 500**	+ 1 805 380 700	—	—
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	**3 698 067 500**	+ 1 805 380 700	—	—
	60				
	Allgemeine Finanzverwaltung				
A 60 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	**820 886 400**	+ 611 898 600
A 60 04	Sonderleistungen des Bundes	—	—	**50 000 000**	— 90 640 000
A 60 05	Bundeshilfe für Berlin	—	—	**100 000 000**	— 85 000 000
A 60 06	Angelegenheiten der europäischen wirtschaftlichen Zusammenschlüsse	—	—	**128 160 000**	+ 60 680 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne a.o.H.				
	Zusammen	—	—	**1 099 046 400**	+ 496 938 600

Gesamtabschluß — Gesamtplan

Gesamteinnahmen			Gesamtausgaben			Kap.
1959 DM	1958 DM	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—) DM	1959 DM	1958 DM	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—) DM	
22	23	24	25	26	27	28
443 180 000	511 335 000	— 68 155 000	**2 351 687 900**	2 352 417 100	— 729 200	10 02
7 552 300	7 460 800	+ 91 500	**48 306 100**	46 993 600	+ 1 312 500	
450 732 300	518 795 800	— 68 063 500	**2 399 994 000**	2 399 410 700	+ 583 300	
126 613 300	95 624 300	+ 30 989 000	**1 029 695 700**	1 003 005 900	+ 26 689 800	12 02
59 737 500	59 105 000	+ 632 500	**345 131 300**	329 281 000	+ 15 850 300	12 03
9 200 000	8 000 000	+ 1 200 000	**1 075 150 000**	1 075 000 000	+ 150 000	12 10
15 675 600	13 999 600	+ 1 676 000	**107 706 800**	100 493 400	+ 7 213 400	
211 226 400	176 728 900	+ 34 497 500	**2 557 683 800**	2 507 780 300	+ 49 903 500	
110 000	—	+ 110 000	**4 291 852 700**	812 857 900	+ 3 478 994 800	14 02
12 332 000	9 862 000	+ 2 470 000	**599 963 900**	2 688 590 100	— 2 088 626 200	14 12
29 792 900	17 814 400	+ 11 978 500	**6 108 183 400**	6 498 552 000	— 390 368 600	
42 234 900	27 676 400	+ 14 558 500	**11 000 000 000**	10 000 000 000	+ 1 000 000 000	
111 923 400	109 045 900	+ 2 877 500	**7 542 000**	34 003 800	— 26 461 800	24 02
162 323 900	165 434 600	— 3 110 700	**289 018 100**	190 874 100	+ 98 144 000	
274 247 300	274 480 500	— 233 200	**296 560 100**	224 877 900	+ 71 682 200	
107 052 600	79 006 200	+ 28 046 400	**1 705 617 100**	1 476 960 100	+ 228 657 000	25 03
1 924 600	1 486 100	+ 438 500	**25 069 300**	47 731 500	— 22 712 200	
108 977 200	80 492 300	+ 28 484 900	**1 730 686 400**	1 524 741 600	+ 205 944 800	
3 698 067 500	1 892 686 000	+ 1 805 381 500	—	—	—	32 01
2 558 600	2 416 100	+ 142 500	**2 174 431 700**	2 005 079 200	+ 169 352 500	
3 700 626 100	1 895 102 100	+ 1 805 524 000	**2 174 431 700**	2 005 079 200	+ 169 352 500	
1 865 745 200	3 734 169 500	— 1 868 424 300	**— 985 354 200**	— 239 339 400	— 746 014 800	60 02
200 000	—	+ 200 000	**1 701 400 000**	1 848 740 000	— 147 340 000	60 04
—	—	—	**940 000 000**	1 060 000 000	— 120 000 000	60 05
—	—	—	**358 280 400**	200 004 300	+ 158 276 100	60 06
32 232 000 000	31 764 000 000	+ 468 000	—	—	—	
34 097 945 200	35 498 169 500	— 1 400 224 300	**2 014 326 200**	2 869 404 900	— 855 078 700	

Gesamtplan **Ordentlicher Haushalt** **Zusammen**

E.Pl.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1959 DM	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1959 DM	1958 DM
1	2	3	4	5	6
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	**14 100**	+ 4 400	**1 121 200**	1 066 100
02	Deutscher Bundestag	**188 100**	— 2 700	**7 558 600**	7 503 300
03	Bundesrat	**25 700**	— 6 700	**1 119 600**	1 058 900
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	**161 700**	+ 131 100	**7 999 400**	7 782 000
05	Auswärtiges Amt	**4 341 300**	+ 232 500	**144 620 600**	138 641 300
06	Bundesminister des Innern	**4 214 000**	— 725 200	**182 261 200**	164 908 200
07	Bundesminister der Justiz	**41 482 600**	+ 5 226 000	**37 739 900**	37 617 500
08	Bundesminister der Finanzen	**42 067 200**	— 9 249 600	**395 307 500**	401 796 200
09	Bundesminister für Wirtschaft	**10 829 600**	+ 351 400	**49 460 400**	46 134 400
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	**450 732 300**	— 68 063 500	**30 871 800**	28 396 100
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	**39 315 200**	+ 2 812 900	**16 177 900**	15 641 800
12	Bundesminister für Verkehr	**211 226 400**	+ 34 497 500	**123 693 400**	109 931 700
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	**3 069 300**	+ 254 000	**73 500**	74 500
14	Bundesminister für Verteidigung	**42 234 900**	+ 14 558 500	**1 799 162 800**	1 550 323 100
19	Bundesverfassungsgericht	**6 900**	— 3 000	**1 982 500**	2 001 800
20	Bundesrechnungshof	**13 900**	+ 6 200	**7 884 900**	7 426 800
24	Bundesminister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes	**274 247 300**	— 233 200	**9 731 700**	8 863 400
25	Bundesminister für Wohnungsbau	**108 977 200**	+ 28 484 900	**4 512 200**	4 157 400
26	Bundesminister für Vertriebene	**1 759 800**	+ 1 151 800	**8 789 700**	8 681 500
27	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	**73 100**	— 18 200	**3 869 200**	3 773 800
28	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	**2 700**	— 300	**590 500**	588 900
29	Bundesminister für Familien- und Jugendfragen	**2 028 200**	+ 24 700	**1 439 800**	1 313 100
31	Bundesminister für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft	**137 300**	+ 104 800	**2 873 200**	2 560 500
32	Bundesschuld	**2 558 600**	+ 142 500	**7 640 800**	8 024 900
33	Versorgung	**10 350 000**	— 19 499 000	**1 733 535 000**	1 836 451 000
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	**47 614 000**	+ 2 439 000	—	—
36	Zivile Notstandsplanung	**43 000**	+ 43 000	—	—
40	Soziale Kriegsfolgeleistungen	**28 099 000**	+ 263 000	—	—
60	Allgemeine Finanzverwaltung	**34 097 945 200**	— 1 400 224 300	**2 300 000**	1 800 000
	Insgesamt	**35 423 758 600**	— 1 407 297 500	**4 582 317 300**	4 396 518 200

Außerordentlicher Haushalt

E.Pl.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen 1959 DM	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—) DM	Außerordentliche Ausgaben 1959 DM	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—) DM
16	17	18	19	20	21
05	Auswärtiges Amt	—	—	—	— 50 000 000
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	—	—	**150 000 000**	+ 150 000 000
12	Bundesminister für Verkehr	—	—	**559 400 000**	+ 67 000 000
14	Bundesminister für Verteidigung	—	—	**500 000 000**	+ 500 000 000
24	Bundesminister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes	—	—	**44 621 100**	+ 44 621 100
25	Bundesminister für Wohnungsbau	—	—	**1 345 000 000**	+ 596 821 000
32	Bundesschuld	**3 698 067 500**	+ 1 805 380 700	—	—
60	Allgemeine Finanzverwaltung	—	—	**1 099 046 400**	+ 496 938 600
	Übrige Einzelpläne ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Insgesamt	**3 698 067 500**	+ 1 805 380 700	**3 698 067 500**	+ 1 805 380 700

stellung — Ordentlicher Haushalt — Gesamtplan

Sachausgaben 1959 DM 7	Sachausgaben 1958 DM 8	Allgemeine Ausgaben 1959 DM 9	Allgemeine Ausgaben 1958 DM 10	Einmalige Ausgaben 1959 DM 11	Einmalige Ausgaben 1958 DM 12	Ordentliche Ausgaben 1959 DM 13	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—) DM 14	E.Pl. 15
774 100	503 000	**630 000**	803 000	**366 400**	5 000	**2 891 700**	+ 514 600	01
3 923 300	3 941 100	**21 380 000**	21 392 000	**785 300**	539 000	**33 647 200**	+ 271 800	02
489 200	442 300	**196 000**	215 000	**25 400**	—	**1 830 200**	+ 114 000	03
— 6 969 100	— 7 199 200	**74 085 900**	70 201 800	**132 600**	168 900	**75 248 800**	+ 4 295 300	04
26 382 900	26 716 100	**94 572 800**	91 431 600	**61 331 200**	24 998 100	**326 907 500**	+ 45 120 400	05
27 971 500	26 352 500	**424 401 400**	348 545 000	**161 593 700**	190 086 800	**796 227 800**	+ 66 335 300	06
4 528 200	4 562 800	**5 964 200**	5 725 600	**2 156 500**	2 332 300	**50 388 800**	+ 150 600	07
108 651 600	110 950 400	**172 157 000**	192 096 500	**21 042 100**	41 350 000	**697 158 200**	— 49 034 900	08
7 686 900	8 307 900	**31 801 100**	31 954 200	**22 880 000**	32 389 800	**111 828 400**	— 6 957 900	09
6 818 300	6 193 400	**565 740 000**	1 297 135 400	**1 646 563 900**	1 067 685 800	**2 249 994 000**	— 149 416 700	10
2 761 500	2 375 200	**8 916 592 100**	8 809 078 200	**8 944 800**	283 700	**8 944 476 300**	+ 117 097 400	11
3 667 400	15 480 500	**1 481 528 000**	1 117 466 500	**389 395 000**	772 501 600	**1 998 283 800**	— 17 096 500	12
—	—	—	—	**2 329 700**	784 200	**2 403 200**	+ 1 544 500	13
573 412 500	366 520 600	**5 105 055 800**	2 196 598 200	**3 022 368 900**	5 886 558 100	**10 500 000 000**	+ 500 000 000	14
344 700	334 700	**4 000**	4 000	**4 000**	20 000	**2 335 200**	— 25 300	19
1 079 800	1 062 800	**100 000**	—	**48 800**	20 500	**9 113 500**	+ 603 400	20
58 664 900	32 139 900	**78 172 200**	80 915 900	**105 370 200**	102 958 700	**251 939 000**	+ 27 061 100	24
542 800	620 400	**366 896 000**	744 235 000	**13 735 400**	27 549 800	**385 686 400**	— 390 876 200	25
1 226 200	1 305 100	**105 615 000**	415 198 500	**2 014 700**	2 290 000	**117 645 600**	— 309 829 500	26
1 113 800	1 152 000	**96 222 000**	113 722 000	**1 725 600**	1 000 000	**102 930 600**	— 16 717 200	27
115 100	119 900	—	—	—	23 800	**705 600**	— 27 000	28
417 700	259 700	**52 130 000**	62 415 000	**236 300**	58 700	**54 223 800**	— 9 822 700	29
1 047 600	717 600	**45 897 500**	33 541 000	**86 378 200**	104 692 400	**136 196 500**	— 5 315 000	31
1 915 700	2 059 400	**2 164 875 200**	1 994 988 000	—	6 900	**2 174 431 700**	+ 169 352 500	32
— 79 633 000	— 14 497 000	—	—	—	—	**1 653 902 000**	— 168 052 000	33
—	—	**410 521 100**	408 006 700	**168 000 000**	294 353 000	**578 521 100**	— 123 838 600	35
—	—	**79 260 000**	13 290 000	**183 584 000**	110 015 000	**262 844 000**	+ 139 539 000	36
—	—	**2 982 717 900**	2 863 988 500	**4 000 000**	3 000 000	**2 986 717 900**	+ 119 729 400	40
1 930 000	1 840 500	**911 049 800**	2 246 456 600	—	17 200 000	**915 279 800**	— 1 352 017 300	60
748 863 600	592 261 600	**24 187 565 000**	23 159 404 200	**5 905 012 700**	8 682 872 100	**35 423 758 600**	— 1 407 297 500	

Gesamtabschluß

Gesamteinnahmen 1959 DM 22	Gesamteinnahmen 1958 DM 23	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—) DM 24	Gesamtausgaben 1959 DM 25	Gesamtausgaben 1958 DM 26	gegenüber 1958 mehr (+) weniger (—) DM 27	E.Pl. 28
4 341 300	4 108 800	+ 232 500	**326 907 500**	331 787 100	— 4 879 600	05
450 732 300	518 795 800	— 68 063 500	**2 399 994 000**	2 399 410 700	+ 583 300	10
211 226 400	176 728 900	+ 34 497 500	**2 557 683 800**	2 507 780 300	+ 49 903 500	12
42 234 900	27 676 400	+ 14 558 500	**11 000 000 000**	10 000 000 000	+ 1 000 000 000	14
274 247 300	274 480 500	— 233 200	**296 560 100**	224 877 900	+ 71 682 200	24
108 977 200	80 492 300	+ 28 484 900	**1 730 686 400**	1 524 741 600	+ 205 944 800	25
3 700 626 100	1 895 102 100	+ 1 805 524 000	**2 174 431 700**	2 005 079 200	+ 169 352 500	32
34 097 945 200	35 498 169 500	— 1 400 224 300	**2 014 326 200**	2 869 404 900	— 855 078 700	60
231 495 400	248 188 600	— 16 693 200	**16 621 236 400**	16 860 661 200	— 239 424 800	
39 121 826 100	38 723 742 900	+ 398 083 200	**39 121 826 100**	38 723 742 900	+ 398 083 200	

Bundesdruckerei Bonn 10 405 11. 58

Deutscher Bundestag — 3. Wahlperiode **Drucksache 650**

November 1958

Funktionenplan

(Gliederung des Bundeshaushaltsplans nach Aufgabenbereichen)

mit

Haushaltsquerschnitt

Der Funktionenplan wird von der Bundesregierung nicht förmlich beschlossen, vom Haushaltsgesetz nicht ergriffen und im Bundesgesetzblatt nicht abgedruckt. Der Plan hat demgemäß nur nachrichtliche Bedeutung.

Vorwort

Der nachfolgende Funktionenplan für das Rechnungsjahr 1959 entspricht in seinem systematischen Aufbau — abgesehen von unwesentlichen Änderungen — dem Funktionenplan für das Rechnungsjahr 1958. Er ergänzt den nach den Verantwortlichkeiten geordneten Haushaltsplan, der als Gesetzesgrundlage beibehalten werden muß, durch nachrichtliche Angaben über die Funktionen des Bundes, denen die Titel bzw. Kapitel zugeordnet sind. Der Überblick nach organisch zusammengehörigen Aufgabenbereichen ist bis zu den finanzwirtschaftlich ins Gewicht fallenden konkreten Einzelaufgaben des Bundes herunter aufgegliedert. Seine Grundsystematik ist aber so aufgebaut, daß sich ihr zugleich die speziellen Aufgabengebiete der Länder und auch der Gemeinden und Gemeindeverbände zuordnen lassen. Damit eröffnet die Grundsystematik die Möglichkeit sachgemäßer Haushaltsvergleiche und -zusammenfassungen und überbrückt organisatorische und verwaltungstechnische Abweichungen, die zwischen den traditionell gegliederten Haushalten der Länder hinsichtlich der Zuordnung der Einzelaufgaben bestehen.

Der Funktionenplan ist durch einen Haushaltsquerschnitt ergänzt. Der Haushaltsquerschnitt gibt für die einzelnen Aufgabengebiete des Funktionenplans, gegliedert nach Einnahmen- und Ausgabenarten (Titelgruppen) einen Gesamtüberblick des Haushalts 1959. Diese Gliederung lehnt sich an die Systematik des »Vorläufigen Eingliederungsplans« an, um den Zusammenhang mit den im Haushalt nachgewiesenen Endsummen zu wahren und einer Neufassung des Eingliederungsplans im Rahmen der Haushaltsreform nicht vorzugreifen.

Funktionenplan

(Zusammenfassung)

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958
		— 1 000 DM —	
A	**Bundespräsident, Gesetzgebung, Bundesregierung**		
1	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	3 002	2 309
2	Gesetzgebung	35 202	34 614
3	Bundesregierung und Ministerien	240 809	233 416
	Summe A	279 013	270 339
B	**Auswärtige Angelegenheiten**		
1	Vertretung des Bundes im Ausland	156 242	164 261
2	Einzelne auswärtige Angelegenheiten	37 757	33 040
	Summe B	193 999	197 301
C	**Verteidigung**		
1	Deutsche Verteidigungsstreitkräfte	10 943 679	9 945 911
2	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt fremder Streitkräfte	578 521	702 360
3	Zivile Verteidigung	302 736	239 185
	Summe C	11 824 936	10 887 456
D	**Öffentliche Sicherheit**		
1	Verfassungsschutz	11 081	10 656
2	Grenzschutz	282 511	219 985
3	Polizei	16 492	18 555
	Summe D	310 084	249 196
E	**Rechtsschutz**		
1	Verfassungsgerichtsbarkeit	2 335	2 361
2	Ordentliche Gerichtsbarkeit	10 293	9 277
3	Arbeitsgerichtsbarkeit	1 336	1 306
4	Sozialgerichtsbarkeit	2 722	2 691
5	Verwaltungsgerichtsbarkeit	6 564	6 590
6	Finanzgerichtsbarkeit	2 242	2 203
7	Strafvollzug	52	55
9	Allgemeine Rechtsschutzaufgaben	1 451	1 420
	Summe E	26 995	25 903

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958
		— 1 000 DM —	
F	**Innere Verwaltung und allgemeine Staatsaufgaben**		
1	Allgemeine innere Verwaltung	4 487	4 444
2	Wahlen, Referenden	20	199
3	Personalwesen	3 699	3 477
4	Information	73 610	69 052
5	Förderung des Staatsgedankens	10 187	10 703
6	Statistik	26 201	25 791
7	Auswanderung	135	135
8	Verhütung und Beseitigung von Notfällen	501	501
	Summe F	118 840	114 302
G	**Finanzverwaltung**		
1	Steuer-, Zoll-, Vermögens- und Bauverwaltung	485 194	514 251
2	Kassen- und Schuldenverwaltung	178 637	108 737
3	Finanzschulen	100	739
4	Rechnungsprüfung	9 114	8 510
9	Einzelne Leistungen	94 955	54 950
	Summe G	768 000	687 187
H	**Schulen**		
9	Sonstiges Schulwesen	48 615	42 645
	Summe H	48 615	42 645
J	**Wissenschaft und Forschung**		
1	Wissenschaftliche Hochschulen	51 277	48 497
3	Wissenschaftliche Forschung	260 655*)	246 345
4	Allgemeine Förderungsmaßnahmen und Forschungsaufträge	147 219	113 959
5	Bibliotheks- und Archivwesen	3 250	2 732
6	Förderung wissenschaftlicher Sammlungen	986	851
	Summe J	463 387*)	412 384
K	**Kunst, Volksbildung, Heimatpflege und kirchliche Angelegenheiten**		
1	Theater, Film und Musik	1 840	2 340
3	Heimatpflege	1 148	1 144
4	Einzelne kulturelle Aufgaben	18 637	15 037
5	Kirchliche Angelegenheiten	7 160	7 765
	Summe K	28 785	26 286

*) Der »Grüne Plan« ist global veranschlagt und wird erst später aufgeteilt. Ein Vergleich der Abschnittssummen ist somit zunächst nicht möglich

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958
		— 1 000 DM —	
L	**Soziale Sicherung**		
1	Arbeitsschutz und Arbeitsbeschaffung	37 576	49 295
2	Versicherungswesen	5 246 245	4 899 617
3	Fürsorge	1 086 370	1 100 319
4	Lastenausgleich	560 314	434 965
5	Kriegsopferversorgung	3 326 680	3 566 270
6	Sonstige soziale Kriegsfolgeleistungen	1 663 909	2 138 147
	Summe L	11 921 094	12 188 613
M	**Gesundheit, Sport und Jugendpflege**		
1	Gesundheit	15 961	19 799
2	Sport und Leibesübungen	7 040	7 193
3	Jugendpflege	55 641	66 281
	Summe M	78 642	93 273
N	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**		
1	Ernährung und Landwirtschaft	1 983 072*)	1 579 753
2	Tierzucht	10 368*)	30 538
3	Forsten	9 536	9 950
4	Jagd und Fischerei	13 806	13 953
5	Ländliches Siedlungswesen	245 100*)	240 000
6	Agrarstrukturelle Maßnahmen, Flurbereinigung	10*)	294 010
	Summe N	2 261 892*)	2 168 204
O	**Wasser- und Kulturbau, Wasserversorgung**		
1	Allgemeine wasserwirtschaftliche Maßnahmen	69 200*)	104 200
2	Erschließung des Emslandes	30 600	25 600
6	Talsperren	—	—
7	Wasserversorgung	*)	30 037
8	Küstenschutz, Dünenwesen	400	500
9	Sonstige Aufgaben	3	3
	Summe O	100 203*)	160 340

*) Der »Grüne Plan« ist global veranschlagt und wird erst später aufgeteilt. Ein Vergleich der Abschnittssummen ist somit zunächst nicht möglich.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958
		— 1 000 DM —	
P	**Wirtschaft**		
1	Allgemeine Förderung	382 794	420 886
2	Bergbau	123 946	91 140
3	Elektrizitätsversorgung	· *)	5 000
4	Gasversorgung	—	—
5	Atomkraft	92 000	72 615
6	Gewerbe und Handel	104 962	107 268
7	Bank- und Kreditwesen	129 283	166 164
8	Münzwesen	17 500	12 000
	Summe P	850 485*)	875 073
Q	**Verkehr**		
1	Allgemeine Verkehrsmaßnahmen	9 305	8 860
2	Straßenverkehr	10 076	8 887
3	Schienenverkehr	898 350	883 966
4	Schiffahrt	71 698	72 071
5	Luftfahrt	98 560	87 296
6	Post- und Fernmeldewesen	14 000	—
7	Fremdenverkehr	5 300	5 300
9	Sonstige Aufgaben	50	50
	Summe Q	1 107 339	1 066 430
R	**Bau- und Wohnungswesen**		
1	Allgemeine Maßnahmen des Bauwesens	26 895	12 541
2	Bauverwaltung	4 378	4 847
3	Vermessung und Landesplanung	—	—
4	Straßenwesen	1 078 176*)	1 129 394
5	Bundeswasserstraßen, Häfen	341 445	323 828
6	Wohnungsbau	1 683 712	1 483 715
8	Wiederaufbau, Kriegsschädenbeseitigung	5 517	7 515
9	Sonstige Baumaßnahmen	5 799	10 033
	Summe R	3 145 922*)	2 971 873

*) Der »Grüne Plan« ist global veranschlagt und wird erst später aufgeteilt. Ein Vergleich der Abschnittssummen ist somit zunächst nicht möglich.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958
		— 1 000 DM —	
S	**Allgemeines Finanzwesen**		
1	Steuern, Zölle, Monopole, Finanzzuweisungen	2 934 000	3 079 000
2	Versorgung	140 974	141 499
3	Schuldendienst	1 682 291	1 596 700
4	Vermögen	99 738	106 965
5	Besondere Kriegsfolgelasten	2 736 604	2 051 004
6	Allgemeine Rücklagen	—	—
7	Nichtaufteilbare Posten	– 2 000 000	– 688 200
8	Abwicklung der Vorjahre	—	—
9	Beitrag an den außerordentlichen Haushalt	—	—
	Summe S	5 593 607	6 286 968
	Gesamtausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts:	39 121 826	38 723 743

Funktionenplan

(Einzelgliederung)

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
A	**Bundespräsident, Gesetzgebung, Bundesregierung**			
A 1	**Bundespräsident und Bundespräsidialamt**			
11	**Bundespräsident**	335	310	0101.100—299
12	**Bundespräsidialamt**	1 355	1 169	0103.100—219, 298, 299, 850, 870
13	**Amtssitz des Bundespräsidenten in Berlin (Schloß Bellevue)**	482	—	0104
19	**Patenschaften u. a.**			
	Patenschaften, Ehrengeschenke und besondere Zuweisungen	330	330	0101.300
	Ehrensolde, Unterstützungen, Beihilfen (Verfügungsmittel des Bundespräsidenten)	500	500	6002.662
	Summe A 1	3 002	2 309	
A 2	**Gesetzgebung**			
21	**Bundestag**			
	Personal und Ausstattung	11 371	11 551	0201.100—299, 850—872, 880, 881
	Aufwandsentschädigungen, Fahrkosten und Tagegelder	17 820	17 820	0201.300, 302
	Zuschüsse an die Fraktionen	1 405	1 405	0201.301
	Verfügungsfonds des Präsidenten	60	60	0201.305
	Besondere Veranstaltungen des Deutschen Bundestages (u. a. Sitzungen in Berlin)	225	225	0201.306
	Versicherung für die Abgeordneten	615	602	0201.307
	Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages	221	235	0203
	Bundesversammlung	680	—	0204
	Summe A 21	32 397	31 898	
22	**Bundesrat**			
	Personal und Ausstattung	1 634	1 501	0301.100—299, 850, 880
	Tagegelder und Fahrkosten, Aufwendungen für Plenar- und Ausschußsitzungen	171	190	0301.300, 301
29	**Kongresse, Wettbewerbe u. a.**			
	Parlamentarische Kongresse und Gesellschaften	1 000	1 025	0201.309
	Summe A 2	35 202	34 614	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrats (siehe A 3)	(706)	(733)	2801
A 3	**Bundesregierung und Ministerien**			
31	**Bundesregierung**	239 399	231 884	siehe auch nachrichtliche Angaben auf Seite 79
	Verstärkung der Verfügungsfonds der Leiter oberster Bundesbehörden	—	45	(6002.240)
35	**Sozialreform**	1 400	1 477	1109.100—299, 300
39	**Sonstiges**			
	Anteil des Bundes an den Kosten der Bewirtschaftung des Gästehauses (La Redoute)	10	10	0501.330
	Summe A 3	240 809	233 416	
	Summe A	279 013	270 339	
	Hinweis:			
	Bundeskanzler und Bundeskanzlei (siehe A 3)	(3 638)	(3 501)	0401.100—299, 301, 850, 870, 880

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
B	**Auswärtige Angelegenheiten**			
B 1	**Vertretung des Bundes im Ausland**			
11	**Auslandsvertretungen**	157 842	165 788	0503.100—299, 700, 710—780, 830, 850, 870—873, 880
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222)	— 3 595	— 3 627	
19	**Paßstellen, Wahlkonsulate u. a.**			
	Besondere Aufgaben bei bestimmten Auslandsvertretungen auf Grund von Schutzmachtverträgen	1 300	1 500	0503.325
	Wahlkonsulate	500	400	0503.322
	Bewilligungen für dienstunfähig gewordene Angestellte und sonstiges Hilfspersonal	120	120	0503.326
	Sonderaufträge	75	80	0501.326
	Summe B 1	156 242	164 261	
B 2	**Einzelne auswärtige Angelegenheiten**			
21	**Förderung der europäischen Einigung**			
	Teilnahme an Tagungen und Ausschußsitzungen des Europarates	10	20	0504.300
	Beitrag des Bundes an den Europarat	1 855	1 755	0504.675
	Zuschüsse an den Deutschen Rat der Europäischen Bewegung, Europa Kolleg Brügge	139	139	0504.609, 611
	Verhandlungen über europäische Einigung	700	700	0501.957
	Ausbildung der Beamten und Angestellten zur Verwendung bei internationalen Organisationen	120	40	0502.312
	Westeuropäische Union, Beitrag des Bundes	1 030	1 030	0502.678
	Veranstaltungen und Lehrgänge für Angehörige der Mitgliedsstaaten der Westeuropäischen Union	50	80	0602.312
	Summe B 21	3 904	3 764	
29	**Sonstiges**			
	Geheime Ausgaben	3 000	3 000	0502.301
	Pflege kultureller, humanitärer und wissenschaftlicher Beziehungen zum Ausland	28 000	23 200	0502.302
	Außenpolitische Ausarbeitungen (Ost-Europa)	200	200	0501.970
	Förderung der Herausgabe außenpolitischer Dokumente und völkerrechtlicher Arbeiten	180	170	0502.309
	Zuschüsse an internationale und deutsche Gesellschaften	393	393	0502.603, 604, 605, 610, 612, 667
	Staatsbesuche des Bundespräsidenten im Ausland	300	473	0103.301
	Übrige Angelegenheiten des auswärtigen Dienstes (Kommissionen, internationale Kongresse und sonstige Dienstleistungen)	1 780	1 840	0502.306, 307, 399, 6002.241
	Summe B 29	33 853	29 276	
	Summe B 2	37 757	33 040	
	Summe B	193 999	197 301	
	Hinweis:			
	Auswärtiges Amt (siehe A 3)	(30 989)	(31 645)	0501.100—299, 850, 870—872, 951
	Beitrag des Bundes zum zivilen Teil des Haushalts der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (siehe C 1)	(4 705)	(5 236)	0502.673

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
C	**Verteidigung**			
C 1	**Deutsche Verteidigungsstreitkräfte**			
11	**Truppenführung, Truppenverwaltung**			
	Kommandobehörden, Truppen usw.	1 214 061	1 149 529	1403
	Bundeswehrverwaltung	563 435	449 185	1404
	Rüstungsamt	41 070	33 331	1421
	Wehrersatzwesen	55 598	26 359	1422
	Summe C 11	1 874 164	1 658 404	
12	**Bekleidung**	244 842	268 641	1411
13	**Verpflegung**	116 183	50 469	1410
14	**Truppenbetreuung**			
	Bildungswesen	13 692	11 520	1405
	Seelsorge	6 304	5 617	1406
	Rechtspflege	2 477	2 231	1407
	Sanitätswesen	58 724	28 106	1408
	Fürsorge	91 751	50 690	1423
	Summe C 14	172 948	98 164	
15	**Ausrüstung** (Betrieb, Unterhaltung, Anschaffungen)			
	Pionierwesen	3 788	166 660	1413
	Fernmeldewesen	127 832	387 667	1414
	Feldzeugwesen	1 967 415	1 563 734	1415
	ABC-Schutz	40 067	21 313	1416
	Quartiermeisterwesen	392 134	489 958	1417
	Indienst- und Instandhaltung von			
	Schiffen	127 899	501 484	1418
	Flugzeugen	984 589	1 237 963	1419
	Summe C 15	3 643 724	4 368 779	
16	**Unterbringung**	599 964	2 688 590	1412/A 1412
17	**Versorgung der Soldaten der Bundeswehr**	(79 633)	(14 497)	3304
	erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222), siehe unter C 19			
	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	(100)	(400)	1110.301
	erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222), siehe unter C 19			
19	**Allgemeine Verteidigungsaufgaben**			
	Zur Neudeckung von Ausgaberesten aus Vorjahren	4 000 000	—	1402.300/A 1402.300
	Nachwuchswerbung	9 000	4 600	1402.302
	Ausbildungshilfe, Kosten der Außenhilfe, Abnahme- und Transportkosten	100	95 542	1402.303
	Militärgeschichtliche und -politische Arbeiten	150	150	1402.307
	Wehrtechnische Forschung (Teilbetrag)	100	46 108	1402.308
	Wehrtechnische Entwicklung (Teilbetrag)	1 670	220 182	1402.309
	Wehrtechnische Erprobung (Teilbetrag)	6 226	27 383	1402.310
	Internationale Versuche und Übungen, Gastlandkosten, Internationale Tagungen und Lehrgänge	1 941	1 055	1402.311

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
noch: C 19				
	Beteiligung an den Kosten von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und Vergütung für Erfindungen	110	310	1402.312, 313
	NATO-Beitrag	25 561	20 678	1402.600
	NATO-Infrastruktur (Kostenanteil des Bundes)	—	150 000	(1402.601)
	NATO-Ersatzteil-Versorgungssystem (Kostenanteil des Bundes)	371	353	1402.610
	Beitrag zum Betriebsfonds der zentraleuropäischen Betriebsstoffernleitungen (Pipelines)	—	105	(1402.951)
	Betreuung ausländischer Besucher	315	309	1402.399
	Zuschuß an das Sprachwissenschaftliche Institut der Universität Bonn, Beiträge an Vereine und internationale Organisationen und andere Zuschüsse	146	5 148	1402, 603, 675
	Transport- und Nebenkosten, Einfuhrabgaben für Materiallieferungen aus dem Ausland	10 000	165 000	1402.995
	Kosten des Personalgutachterausschusses	·	5	(0103.950)
	Zuwendungen, Abgeltung von Schadenersatzansprüchen, Verfügungsmittel, Sprachausbildung	4 689	5 730	1402.223, 230, 240, 260
	Erstattungen an andere Bundesbehörden	231 475	70 206	1402.222
	Kosten des Personalgutachterausschusses (01 03), Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen (04 03), Aufwendungen für Militärattachés (05 03), Beitrag zu den gemeinsamen Ausgaben der NATO (05 02), Durchführung militärischer Bauaufgaben (08 04, 12 01, 12 03, 24 01, 24 04), Mittel für den Wehrdienstsenat beim Bundesdisziplinarhof (06 05), Versorgung der Soldaten (33 04), Sonstige Ausgaben für Durchführung von Verteidigungsausgaben (09 01, 09 07, 11 10, 12 02, 12 08, 12 14, 25 01)			
	Summe C 19	4 291 854	812 864	
	Summe C 1	10 943 679	9 945 911	
			—	6002.300
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Verteidigung (siehe A 3)	(56 323)	(54 096)	1401
C 2	**Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt fremder Streitkräfte**			
21	**Stationierung ausländischer Streitkräfte**			
	Aufwendungen auf Grund besonderer Vereinbarungen mit den Regierungen der Entsendestaaten	—	—	(3505)
	Besatzungskosten in Berlin	151 606	155 437	3502
	Auftragsausgaben in Berlin I. und II. Klasse	52 798	38 813	3503/3504
25	**Besatzungs- und Stationierungsfolgekosten**	374 117	508 110	3511 a/b
	Summe C 2	578 521	702 360	
C 3	**Zivile Verteidigung**			
31	**Ziviler Bevölkerungsschutz** (Bundesanstalt)	15 388	14 777	0619.100—311, 315—403, 711, 850—952
32	**Luftschutzwarndienst**			
	Bau von Luftschutzwarnämtern	1 600	5 433	0619.712, 715
	Bau von Betriebsräumen für Rundspruchsender	6 000	1 000	0619.717
	Fernmeldetechnische Einrichtungen für den Luftschutzwarndienst	4 504	14 100	0619.953—957, 3604.952
	Kosten des örtlichen Alarmdienstes	7 320	9 230	3604.605
	Summe C 32	19 424	29 763	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
34	**Sicherung der öffentlichen Versorgung**			
	Schutzanlagen für das Personal von Versorgungsbetrieben	4 000	4 000	3605.950
	Schutzanlagen für die wichtigsten Einrichtungen der öffentlichen Versorgung und der Abwasserbehandlung	3 000	3 000	3605.951
	Schaffung zusätzlicher Lagermöglichkeiten für Ersatzteile, Geräte, Betriebsmittel, Rohstoffe u. dgl.	2 000	1 000	3605.952
	Schaffung, Instandsetzung und Unterhaltung von Versorgungsanlagen für Notzeiten	3 000	6 000	3605.953
	Vorratsbeschaffung und Vorratshaltung	4 000	6 000	3605.954
	Summe C 34	16 000	20 000	
35	**Sicherung der Ernährung**			
	Förderung des Baues von zusätzlichem Lagerraum	7 290	7 290	3606.570
	Anlegung und Haltung von Notstandsvorräten in Lebens- und Futtermitteln	41 000	40 800	3606.620, 621
	Planung und Vorbereitung einer Nostandsbevorratung in den Haushaltungen	50	—	3606.622
	Summe C 35	48 340	48 090	
36	**Sicherung des Verkehrs (einschließlich Nachrichtenwesens)**			
	Zuwendungen an die Länder zur Anpassung ihrer Fernmeldenetze der Polizei und ZB-Führung an die Erfordernisse der zivilen Verteidigung	2 000	800	3604.601
	Fernmeldetechnische Einrichtungen in Sonderbauten	700	650	3604.880
	Zuwendungen zum Ausbau von Häfen	1 250	1 000	3607.570
	Baumaßnahmen zum Schutz des Bundespersonals der Flugsicherung und des Deutschen Wetterdienstes auf vorhandenen Flugplätzen	400	700	3607.571
	Zuwendungen an Länder und Gemeinden zum Ausbau von Straßenanschlüssen	1 500	700	3607.572
	Baumaßnahmen zum Schutz des Betriebspersonals und der Anlagen der Bundesverkehrsverwaltung einschließlich der Deutschen Bundesbahn	1 360	780	3607.710
	Ausbau von bundeseigenen Straßenanschlüssen	1 000	500	3607.712
	Elektrifizierung von Ausweichstrecken	4 000	—	3607.713
	Wiederherstellung von außerhalb großer Knoten liegenden Bahnbetriebswerken	1 000	—	3607.714
	Entwicklung, Erprobung und Beschaffung von Brückenbaugerät	2 000	315	3604.877
	Neuschaffung und Vergrößerung von Lagerräumen für Betriebs- und Vorratsstoffe der Bundesverkehrsverwaltung	1 500	1 000	3607.716
	Hafen- und Schiffahrtsstraßenausrüstung	2 000	1 000	3607.950
	Anschluß des Flugsicherungsdienstes an den Flugmeldedienst	100	100	3607.951
	Erhöhung der Betriebssicherheit der Fernsprechnetze der Bundesverkehrsverwaltung	2 200	1 270	3607.952
	Bevorratung von Ersatzteilen für Signal- und Fernmeldeeinrichtungen der Bundesverkehrsverwaltung	2 100	1 000	3607.953
	Bevorratung von Ergänzungsmaterial für Behelfsbrücken der Bundesverkehrsverwaltung	5 000	3 700	3607.954
	Anschluß der Dienststellen der Bundesverkehrsverwaltung an den Luftschutzwarndienst	1 220	800	3607.955
	Bevorratung von Betriebsstoffen für die Bundesverkehrsverwaltung	2 500	—	3607.956
	Verstärkung der Ausrüstung des Feuerlöschdienstes der Bundesverkehrsverwaltung	500	500	3607.957
	Beschaffung von 20-t-Autokränen für den Einbau von Hilfsbrücken des Bundesbahnnetzes	—	400	(3607.960)
	Bevorratung von Geräten für die elektrische Zugförderung	2 250	2 250	3607.961

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
noch: C 36				
	Bevorratung von Engpaß- und Ausweichbaustoffen für die Bundesverkehrsverwaltung	1 500	750	3607.963
	Instandsetzung vorhandener Räumgeräte für Binnenschiffahrtsstraßen	250	—	3607.305
	Verbesserung der Leistungsfähigkeit bei Binnenschiffahrtsstraßen	200	—	3607.400
	Beschaffung von Ersatzfähren	500	—	3607.958
	Errichtung und Erwerb von Ausweichlagerstätten	3 500	1 000	3608.710
	Bewegliche und bewegbare Fernmeldeeinrichtungen	12 100	5 000	3608.950
	Umgehungs- und Vermaschungsanlagen	25 000	4 000	3608.951
	Ausbau der Fernmeldeeinrichtungen im Nahverkehrsamt für leitende Dienststellen des Bundes	2 500	2 500	3608.952
	Erwerb von Grundstücken und Errichtung von Unterstellräumen für Fernmeldeeinrichtungen	500	—	3608.712
	Summe C 36	80 630	30 715	
39	**Sonstige Maßnahmen**			
	Zuschüsse zur Beschaffung von Luftschutzgerät, Luftschutzhilfsdienst, Instandsetzung und Bau von Luftschutzanlagen	44 000	20 000	3604.603, 714, 950
	Kosten für den Schutz von Kulturgut im Rahmen der Maßnahmen des zivilen Luftschutzes	30	10	3604.953
	Darlehen und Zuschüsse zur Vorbereitung und Errichtung von Erprobungsbauten und sonstige Luftschutzzwecke	4 750	6 430	3609.575, 642, 710
	Zuschüsse an zentrale Hilfsorganisationen (5 900 Tsd. DM) und Bundesluftschutzverband e. V. Köln (13 650 Tsd. DM)	19 550	15 900	0619.602/3604.602
	Ausrüstung für polizeiliche Hilfskräfte	1 000	—	3604, 954
	Ausbildungswesen	1 600	800	3604.300
	Zuwendungen an Rundfunkanstalten für die Verbunkerung von Rundfunkanlagen	2 000	2 000	3604.600
	Sonderbauten	—	1 950	(3604.710)
	Errichtung von Lagern und Ausbildungsstätten	300	250	3604.711
	Bauliche Herrichtung von Gebäuden zur Aufnahme von Ausweichkrankenhäusern	3 500	2 000	3604.712
	Einrichtung und Ausrüstung von Hilfskrankenhäusern	1 500	1 000	3604.878
	Kennzeichnung der Zivilkrankenhäuser und ihres Personals	224	—	3604.955
	Beschaffung und Verwaltung der Arzneimittelreserve, Sicherstellung der ärztlichen Versorgung	44 500	45 500	3607.604, 879
	Summe C 39	122 954	95 840	
	Summe C 3	302 736	239 185	
	Summe C	11 824 936	10 887 456	
D	**Öffentliche Sicherheit**			
D 1	**Verfassungsschutz**			
	(Bundesamt)	11 081	10 656	0609
D 2	**Grenzschutz**			
21	**Bundesgrenzschutz** (Betrieb und Beschaffungsstelle)	282 511	219 985	0625/0626
D 3	**Polizei**			
32	**Kriminalpolizei**			
	Nachrichten und Unterlagen zur Verbrechensbekämpfung (Bundeskriminalamt)	10 631	10 240	0610
	Beitrag zur Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission	50	50	0602.675 f
	Ausstattung für die Bereitschaftspolizei der Länder	5 811	8 265	0624
	Summe D 3	16 492	18 555	
	Summe D	310 084	249 196	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
E	**Rechtsschutz**			
E 1	**Verfassungsgerichtsbarkeit**			
11	**Rechtsprechung in Verfassungsfragen**			
	(Bundesverfassungsgericht)	2 335	2 361	1901
E 2	**Ordentliche Gerichtsbarkeit**			
21	**Rechtsprechung in bürgerlichen Rechtsverfahren**			
	(Bundesgerichtshof)	10 293	9 277	0704
E 3	**Arbeitsgerichtsbarkeit**			
31	**Rechtsprechung in arbeitsrechtlichen Verfahren**			
	(Bundesarbeitsgericht)	1 336	1 306	1105
E 4	**Sozialgerichtsbarkeit**			
41	**Rechtsprechung für das Gebiet der Sozialgerichtsbarkeit**			
	(Bundessozialgericht)	2 722	2 691	1107
E 5	**Verwaltungsgerichtsbarkeit**			
51	**Rechtsprechung in allgemeinen Verwaltungsverfahren**			
	(Bundesverwaltungsgericht, Oberbundesanwalt)	4 057	3 972	0603/0604
52	**Rechtsprechung in Rückerstattungsverfahren**			
	(Oberstes Rückerstattungsgericht)	2 507	2 618	0706
	Summe E 5	6 564	6 590	
E 6	**Finanzgerichtsbarkeit**			
61	**Rechtsprechung für das Gebiet der Finanzgerichtsbarkeit**			
	(Bundesfinanzhof)	2 242	2 203	0803
E 7	**Strafvollzug**			
	Zuschüsse für überregionale Förderungsmaßnahmen, Bewährungshilfe	52	55	0701.601
E 9	**Allgemeine Rechtsschutzaufgaben** (Schiedsgerichte, Ausschüsse, Rechtsreform u. a.)			
	Prozeß- und Anwaltskosten für nach Artikel III des deutsch-amerikanischen Staatsvertrages vom 1. April 1953 (Bundesgesetzbl. II S. 301) zu führenden Rechtsstreitigkeiten	100	50	0807.304
	Beteiligung am Schiedsgerichtshof (Londoner Abkommen)	104	104	0501.967
	Ständiger Schiedshof in Den Haag (Beitrag des Bundes)	5	5	0502.677
	Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (Sonderausschuß, Prüfungen)	289	207	0701.951, 952/0501.965
	Kommission für gewerblichen Rechtsschutz	—	7	(0701.302)
	Richterwahlausschuß	5	5	0701.303
	Vorbereitung von Reformen auf den Rechtsgebieten	227	293	0701.308—312
	Beiträge an internationale Organisationen	79	51	0701.675
	Sammlung und Sichtung des Bundesrechts	200	220	0701.950

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
noch: E 9				
	Anteil an den Kosten am Gemischten deutsch-französischen Gerichtshof in Saarbrücken	80	127	0701.954
	Kosten der Tagung des Rechtsausschusses der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation	62	—	0701.955
	Anteil an den Kosten des Kongresses der International Bar Association	—	45	(0701.956)
	Beitrag der Bundesrepublik am Schiedsgericht in Saarbrücken (zur Regelung der Saarfrage)	195	195	0501.973
	Anteil an den Kosten der Paritätischen Kommission und der Schiedsstelle zur Liquidation des deutsch-schweizerischen Verrechnungsverkehrs	5	11	0501.975
	Beteiligung an den Kosten am Schlichtungsausschuß und Schiedsgericht zur Regelung der deutsch-österreichischen vermögensrechtlichen Beziehungen	100	100	0501.974
	Summe E 9	1 451	1 420	
	Summe E	26 995	25 903	
	Hinweis: Bundesministerium der Justiz (siehe A 3)	(6 214)	(6 064)	0701.100—299, 850, 870—872, 880
F	**Innere Verwaltung und allgemeine Staatsaufgaben**			
F 1	**Allgemeine innere Verwaltung**			
11	**Verwaltungsangelegenheiten**			
	Staatsangehörigkeit, Ausländerzentralregister, Entschädigungsfragen, Auswanderung (Bundesstelle für Verwaltungsangelegenheiten)	3 322	3 374	0615.100—299, 300, 303, 870, 871
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222)	— 40	— 40	
	Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung	—	100	(6002.218)
	Förderung des Vorschlagswesens in der Bundesverwaltung	30	—	6002.270
19	**Sonstiges**			
	Beitrag zur internationalen Kommission für das Zivilstandswesen in Den Haag	10	10	0602.675 g
	Neuvermarkung an der Bundesaußengrenze	50	—	0602.976
	Internationaler Gemeindekongreß 1959	115	—	0602.977
	Aufwand für den zivilen Ersatzdienst	1 000	1 000	1101.302
	Summe F 1	4 487	4 444	
F 2	**Wahlen, Referenden**			
	Bundestagswahlen	—	100	(0602.300)
	Durchführung von Volksbegehren (gem. Art. 29 GG)	—	—	(0602.302)
	Beteiligung an den Kosten zur Durchführung der Wahlen zu den Organen der Sozialversicherung	20	99	1101.223
	Summe F 2	20	199	
F 3	**Personalwesen**			
31	**Disziplinarangelegenheiten**			
	(Bundesdisziplinarhof, Bundesdiziplinaranwalt, Bundesdisziplinarkammern)	2 238	2 357	0605/0606/0607
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222)	— 256	— 256	
32	**Prüfungswesen**			
	(Oberprüfungsamt für den höheren technischen Verwaltungsdienst)	211	182	1213

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1958
		— 1 000 DM —		
39	**Verwaltungsakademien, einzelne Aufgaben**			
	Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, Bundesverband deutscher Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien, Mittelrheinische Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Bonn/Zuschüsse	169	129	0602.610, 612
	Ausgleich überhöhter Fahrkosten im Verkehr mit Berlin, Verschickung von Kindern Bundesbediensteter	282	214	0601.304, 307
	Verwaltungskostenanteile für Versicherte der Bundesdienststellen (Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder)	950	746	6002.220
	Fremdsprachlicher Unterricht	100	100	6002.260
	Stipendien für Studienreisen	5	5	1202.308
	Summe F 39	1 506	1 194	
	Summe F 3	3 699	3 477	
F 4	**Information**			
41	**Presse- und Informationsdienst**	11 059	10 925	0403.100—299, 303, 305—308, 310, 850—873
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222)	— 679	— 677	
42	**Nachrichtendienst**	44 245	41 489	0404
49	**Sonstiges Informationswesen**			
	Verfügungsfonds des Bundeskanzlers	13 200	12 400	0401.300/0403.300
	Veröffentlichungen der Bundesregierung	2 335	1 965	0403.301, 302, 311, 313, 314
	Erforschung der öffentlichen Meinung	200	200	0403.304
	Aufklärung der Bevölkerung über Sinn und Zweck steuerlicher Maßnahmen	200	100	0802.301
	Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen erstattet aus dem Verteidigungshaushalt, siehe unter C 19	(8 321)	(8 323)	0403.309
	Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals der ehemaligen deutschen Bevölkerung in den Vertreibungsgebieten	2 000	2 000	2602.950
	Informationsreisen fremder Staatsangehöriger	1 050	650	0502.304/0403.312
	Summe F 49	18 985	17 315	
	Summe F 4	73 610	69 052	
F 5	**Förderung des Staatsgedankens**			
51	**Förderung des demokratischen Gedankens**			
	(Bundeszentrale für Heimatdienst)	8 045	8 359	0635
59	**Einzelne Förderungsmaßnahmen**			
	Orden und Ehrenzeichen	90	90	0103.250
	Einführung in die Arbeit der Volksvertretung und des Bundesrates	275	470	0201.308, 874/0301.303 (0201.308/0301.303)
	Tag der Deutschen Einheit (17. Juni)	10	10	0602.303
	Stiftung »Hilfswerk 20. Juli« (Zuschuß)	360	360	0602.613
	Schaffung und Unterhaltung von Grab- und Gedächtnisstätten verdienter deutscher Staatsmänner	1	8	0602.616 (9)
	Hilfsarbeit von Flüchtlingsorganisationen	446	446	2701.601
	Bekämpfung des Rassenhasses (Zuschuß)	160	160	0602.642
	Zuschuß an INTER NATIONES e. V.	800	800	0403.600
	Summe F 5	10 187	10 703	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
F 6	**Statistik**			
61	**Statistischer Dienst** (Statistisches Bundesamt)	25 638	25 303	0608
69	**Sonstige Aufgaben, Beiträge**			
	Kosten der Krankheitsarten- und Todesursachenstatistik (Zuschuß an die Rentenversicherung)	200	200	1102.603
	Bereitstellung statistischer Unterlagen für Bilanzen und Berichte der Bundesregierung nach den Rentenversicherungsneuregelungsgesetzen (Beteiligung an den Kosten)	160	150	1101.305
	Durchführung einer Statistik der Güterbewegung mit Kraftfahrzeugen auf Straßen	56	56	1212.954
	Durchführung einer Statistik der Kraftfahrzeugleistungen	145	80	1212.955
	Beitrag an das Internationale Statistische Institut	2	2	0602.675 a
	Summe F 6	26 201	25 791	
F 7	**Auswanderung**			
71	**Vorbereitung und Überwachung der Auswanderung** (Bundesamt für Auswanderung, siehe unter F 11)			
79	**Förderungsmaßnahmen**			
	Zuschüsse für gemeinnützige Einrichtungen ..... vgl. ferner L 65.	135	135	0602.570 c (5)
	Summe F 7	135	135	
F 8	**Verhütung und Beseitigung von Notfällen**			
89	**Hilfsmaßnahmen**			
	Hilfsmaßnahmen bei Katastrophen im Ausland	500	500	6002.679
	Beitrag an die Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes e. V.	1	1	2502.675 (1)
	Summe F 8	501	501	
	Summe F	118 840	114 302	
	Hinweis:			
	Bundesministerium des Innern (siehe A 3)	(15 007)	(15 045)	0601.100—299, 850, 870, 880
	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (siehe A 3)	(5 059)	(4 925)	2701.100—299, 850—871, 880
	Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen (siehe A 3)	(2 104)	(1 641)	2901.100—299, 300, 712, 850, 870, 880
G	**Finanzverwaltung**			
G 1	**Steuer-, Zoll-, Vermögens- und Bauverwaltung**			
	Bundesfinanzverwaltung	491 235	520 664	0804.100—299 (ohne 220), 300—302, 530, 700—744 (ohne 734 [5, 6], 737 [3], 738 [4], 740 [1], 742 [5], 820, 850—880)
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222)	— 6 041	— 6 413	
G 2	**Kassen- und Schuldenverwaltung**			
21	**Kassenverwaltung (Bundeshauptkasse)**	756	815	0808
22	**Schuldenverwaltung**	177 881	107 922	3203.100—299, 300, 301, 303, 304
	Summe G 2	178 637	108 737	
G 3	**Finanzschulen**			
	Umbau des Flugplatzgebäudes Lodenheide als Dienstgebäude für die Zollehranstalt Münster i. Westf.	—	499	(0804.734 (3))
	Ausbau und Instandsetzung der Zollschule Sigmaringen	100	240	0804.740 (1)
	Summe G 3	100	739	
G 4	**Rechnungsprüfung**			
	(Rechnungshof)	9 114	8 510	2001

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
G 9	**Einzelne Leistungen**			
	Leistungen auf Grund der §§ 7 und 8 des 2. Überleitungsgesetzes	—	—	(0804.351)
	Umsatzsteuerpauschale	1 200	1 200	6002.395
	Verwaltungskostenerstattungen und Entschädigungen an die Länder: 160,9 Mill. DM an Dritte: 0,2 Mill. DM	161 100	49 100	0804.220, 2403.220
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222)	— 108 000	— 24 000	
	Erstattungen von Verwaltungsaufwand in Einzelfällen	40 000	28 000	6002.302
	Drucklegung des(r) Bundeshaushaltsplanes, (-rechnung)	500	500	6002.200
	Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens in Brüssel (Anteil des Bundes)	155	150	0802.675
	Summe G 9	94 955	54 950	
	Summe G	768 000	687 187	
	Hinweis:			
	Bundesministerium der Finanzen (siehe A 3)	(31 037)	(30 896)	0801
	Bundesministerium für wirtschaftl. Besitz des Bundes (siehe A 3)	(4 415)	(4 651)	2401
H	**Schulen**			
H 9	**Sonstiges Schulwesen**			
	(Einzelne Förderungsmaßnahmen)			
	Förderung des deutschen Schulwesens im Ausland sowie Pflege der Beziehungen zum Ausland	33 600	27 000	0502.303
	Zuschuß für den deutschen Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen	60	50	0602.616 (3)
	Förderung kultureller Maßnahmen im Raum Bonn (Schulbauten)	2 400	—	6002.625
	Zuschüsse zur Förderung von Schulbauten in gefährdeten Grenzgebieten und im Zonenrandgebiet	9 320	9 320	2701.602 a
	Zuschuß zur Unterhaltung einer Bauernhochschule	35	35	1002.603 (I, 5)
	Zuschüsse an die UNESCO-Institute für Pädagogik und Sozialwissenschaft	180	220	0602.644
	Beitrag des Bundes zum Bureau International d'Education	20	20	0502.608
	Zuschüsse zur Förderung der Kernphysik, Kernchemie und Kerntechnik an höheren Schulen	3 000	6 000	3102.952
	Summe H 9	48 615	42 645	
	Summe H	48 615	42 645	
J	**Wissenschaft und Forschung**			
J 1	**Wissenschaftliche Hochschulen**			
	Förderung von gesamtdeutschen und internationalen Aufgaben der wissenschaftlichen Hochschulen	5 630	3 600	0602.614 c
	Studienbeihilfen	45 297	44 497	0602.615 a
	Förderung der ideellen Bestrebungen der deutschen Studentenschaft (Studentenaustausch)	350	400	0602.615 b
	Summe J 1	51 277	48 497	
J 3	**Wissenschaftliche Forschung**			
31	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**			
	Eigene Forschung (Forschungsanstalten)			
	Fleischwirtschaft	846	822	1016
	Milchwirtschaft	2 769	3 129	1011
	Lebensmittelfrischhaltung	1 655	1 460	1017
	Pflanzenschutz und Schädlingsbekämpfung	6 177	6 268	1010
	Forstpflanzenbau und Züchtung	1 843	2 247	1013
	Getreideverarbeitung	1 527	1 465	1015
	Qualitätsforschung	409	381	1018

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
noch: J 31				
	Tabakforschung	750	719	1019
	Vegetationskartierung	428	391	1022
	Rebenzüchtung	1 689	885	1023
	Forschungsaufträge			
	Agrarsoziologische und -soziale Maßnahmen (Untersuchungen im kleinbäuerlichen Bereich; Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie)	295	295	1002.601 (IV)
	Einzelne Förderungsmaßnahmen			
	Land- und forstwissenschaftlicher Forschungsrat	85	75	1002.601 (I, 7)
	Förderung der landwirtschaftlichen Forschung (Grüner Plan)	*)	3 000	1002.606
	Durchführung milchwirtschaftlicher Forschungsaufgaben	300	300	1002.601 (II, 2)
	Zuschüsse an:			
	ernährungswirtschaftliche Forschungseinrichtungen und Institute	1 190	1 150	1002.601 (II, 3—8), 634
	Forschungsanstalt für Landwirtschaft	5 974	5 318	1002.602
	Hochschulinstitut für ausländische Landwirtschaft	100	100	1002.601 (I, 9)
	Summe J 31	26 037*)	28 005	
32	**Tierzucht und Fischerei**			
	Eigene Forschung (Forschungsanstalten)			
	Kleintierzucht	867	809	1014
	Erforschung und Bekämpfung von Viruskrankheiten	2 452	2 658	1024
	Fischereiwesen und Fischverarbeitung, Meeresforschung	2 072	2 603	1012
	Forschungsaufträge			
	Kommission für Meeresforschung	150	160	1002.585 b 1
	Internationaler Rat für Meeresforschung	24	24	1002.675 (6)
	Durchführung von Forschungsaufträgen	120	120	1002.615 b 3
	Einzelne Förderungsmaßnahmen			
	Betrieb des Fischereiforschungsschiffes	790	797	1001.401
	Summe J 32	6 475	7 171	
33	**Wirtschaft und Verkehr**			
	Forschungsaufträge			
	Straßenwesen	600	450	1210.310 (140)
	Luftfahrt	15 840	1 500	1202.303, 617
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222)	—	12 272	
	Bau- und betriebstechnische Fachgebiete der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung	120	90	1203.308
	Sonderaufträge an wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute (Pauschbeträge)	1 600	1 500	0902.305
	Einzelne Förderungsmaßnahmen			
	Zuschüsse an:			
	Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen, Institut für Luftrecht, wissenschaftliche Gesellschaft für Luftfahrt, Lilienthalgesellschaft, Akademie für Luftfahrtforschung, Finanzwissenschaftliches Institut Köln	148	143	0802.600/1202.608 (5), 607 b—d, 675 (teilw.)
	Förderung			
	der Industrieforschung	6 000	6 000	0902.605
	wissenschaftlicher Zwecke auf den Fachgebieten der Verkehrsverwaltung	80	25	1202.620 (2, 3)
	Summe J 33	12 116	9 708	

*) Der »Grüne Plan« ist global veranschlagt und wird erst später aufgeteilt. Ein Vergleich der Abschnittssummen ist somit zunächst nicht möglich.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
34	**Kernforschung**			
	Deutsche Atomkommission	100	100	3101.225 (teilw.)
	Wissenschaftliche Forschung und Nachwuchsausbildung	6 740	6 740	3102.600
	Ausbildungsstätten für Ingenieure und Techniker	2 150	2 150	3102.601
	Zuschuß zum Betrieb einer zentralen Tierversuchsanstalt der Strahlenforschung	1 200	—	3102.632, 710
	Zuschüsse für das wissenschaftliche Berichtswesen auf dem Gebiete der Atomenergie	320	120	3102.605
	Förderung der Entwicklung der Atomtechnik und der Strahlennutzung	3 500	2 500	3102.620
	Entwicklung der Atomtechnik	8 000	3 350	3102.610
	Entwicklung von Strahlenschutzmaßnahmen	3 200	3 200	3102.630, 631
	Beiträge an internationale Organisationen sowie deutsche Vereine (10 Tsd. DM), zur Europäischen Organisation für kernphysikalische Forschung (10 550 Tsd. DM) und zur intern. Atomenergieorganisation (958 Tsd. DM)	11 518	10 561	3102.675, 676, 677
	Anteil an den Betriebskosten sowie Zuschüsse und Beteiligungen an der Gesellschaft für Atomforschung mbH in Karlsruhe (Karlsruhe II)	12 400	—	3102.641, 895, 896
	Zuschüsse an wissenschaftliche Institute und Einrichtungen	44 000	59 850	3102.950
	Zuschüsse für die Modernisierung und Erweiterung von Ausbildungsstätten für Ingenieure und technische Hilfskräfte zur Förderung der Atomtechnik	7 000	5 000	3102.951
	Bau eines Hochenergie-Elektronen-Synchrotons in Hamburg	5 250	2 500	3102.955
	Förderung von Versuchsanlagen für Atomtechnik	3 000	3 000	3102.893
	Summe J 34	108 378	99 071	
	Hinweis:			
	Einrichtung von Versuchsreaktoren (siehe P 5)	(16 800)	(29 135)	3102.640, 890—892
	Förderung des Abbaues und der Aufbereitung von Uran (siehe P 2)	(3 500)	(3 500)	3102.611
35	**Wasserwirtschaft, Energie und Bauwesen**			
	Forschungsaufträge			
	Forschung auf dem Gebiet des Wohnungs-, Bau- und Siedlungswesens	405	405	2503.601
	Forschung auf dem Gebiet des baulichen Luftschutzes	150	250	3609.640
36	**Raum- und Bodenforschung**			
	Eigene Forschung (Forschungsanstalten)			
	Landeskunde und Raumforschung	1 782	1 835	0614
	Geodäsie	6 132	5 634	0616
	Bodenforschungsanstalt Hannover	3 229	3 122	0909
	Förderungsmaßnahmen			
	Beitrag an die Europäische Organisation für photogrammetrische experimentelle Untersuchungen	6	6	0602.675 c

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
39	**Sonstige wissenschaftliche Forschung**			
	Eigene Forschung (Forschungsanstalten)			
	Wetterdienst	30 190	28 007	1214
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222)	— 414	— 111	
	Hauswirtschaft	655	600	1020
	Geschichte	450	452	0630
	Archäologie	7 266	4 641	0629
	Forschungsaufträge			
	Forschung auf dem Gebiet der Sozialreform	50	50	1109.600
	Sozialwissenschaftliche Forschung	260	200	1102.602
	Forschung, Entwicklung und Erprobung auf dem Gebiete des Luftschutzes	2 205	2 505	0619.311
	Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Notstandsplanungen auf dem Gebiet des Verkehrs	100	—	3607.303
	Einzelne Förderungsmaßnahmen			
	Förderung der Osteuropa-Institute	626	480	0602.614 b (4)
	Zuschüsse an/zur:			
	Förderung überregionaler rechtswissenschaftlicher Vereinigungen, Forschungsinstitute und Veröffentlichungen im allgemeinen deutschen Interesse	94	100	0701.600
	Kunsthistorisches Institut in Florenz	238	210	0602.614 b (5)
	Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde und an die Südost-Europa-Gesellschaft	235	235	0502.600, 601
	Asieninstitut	120	120	0502.606
	Deutsche Afrika-Gesellschaft	150	150	0502.607
	Institut für Zeitgeschichte	243	190	0602.614 b (3)
	Zuschuß an das Seminar für orientalische Sprachen in Bonn	95	95	0602.614 b (7)
	Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien	168	125	0602.614 b (6)
	Forschungsinstitute für kulturelle und volkspolitische Zwecke	44 556	44 556	2701.600 teilw.
	Max-Planck-Gesellschaft, Göttingen	8 315	8 315	0602.614 b (1)
	Beitrag für das Institut für Mittelstandsforschung	200	200	0902.614
	Beitrag an das Internationale Institut für Verwaltungswissenschaft in Brüssel	143	18	0602.675 b, 978
	Summe J 39	95 945	91 138	
	Summe J 3	260 655*)	246 345	
J 4	**Allgemeine Förderungsmaßnahmen und Forschungsaufträge**			
	Allgemeine Förderung der Wissenschaft	122 210	96 950	0602.614 a, 614 b (8)
	Förderung von Forschungsinstituten von überregionaler Bedeutung	25 000	17 000	0602.614 b (2)
	Aufenthalt eingeladener ausländischer Rechtswissenschaftler	9	9	0701.301
	Summe J 4	147 219	113 959	

*) Der »Grüne Plan« ist global veranschlagt und wird erst später aufgeteilt. Ein Vergleich der Abschnittssummen ist somit zunächst nicht möglich.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
J 5	**Bibliotheks- und Archivwesen**			
51	**Bibliothekswesen**			
	Deutsche Bibliothek	577	380	0602.616 (7)
	Internationaler amtlicher Schriftentausch für die BRD	32	32	0602.306
52	**Archivwesen**			
	Bundesarchiv in Koblenz	2 591	2 270	0613
	Deutsches Literaturarchiv (Zuschuß)	50	50	0602.616 aus (6)
	Summe J 5	3 250	2 732	
J 6	**Förderung wissenschaftlicher Sammlungen** (Zuschüsse und Beiträge)			
	Deutsches Gesundheitsmuseum, Köln	164	164	0602.646 (1)
	Freies Deutsches Hochstift	60	60	0602.616 (5)
	Stiftung »Preußischer Kulturbesitz«	25	25	0602.311
	Rhein-Museum, Koblenz	2	2	1202.600 b
	Deutsches Museum in München	175	200	0602.950 c
	Zuschuß für den 2. Bauabschnitt des Wiederaufbaus der kriegszerstörten Teile des Germanischen National-Museums in Nürnberg und des Römisch-Germanischen Zentralmuseums in Mainz	350	150	0602.950 a, b
	Für die Inbetriebnahme, Einrichtung und Zwischenverwaltung der drei deutschen Kunstinstitute in Rom und Olevano	160	200	0602.970
	Deutsche Schiller-Gesellschaft (Zuschuß)	50	50	0602.616 aus (6)
	Summe J 6	986	851	
	Summe J	463 387*)	412 384	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Atomfragen (siehe A 3)	(4 249)	(3 685)	3101.100—299 (ohne 225 [1]), 301 (1), 850, 870—872, 880
K	**Kunst, Volksbildung, Heimatpflege und kirchliche Angelegenheiten**			
K 1	**Theater, Film und Musik**			
19	**Einzelne Aufgaben**			
	Errichtung einer Beethovenhalle in Bonn (Zuschuß)	—	500	(0602.962)
	Auszeichnungen bester Jahresleistungen und sonstige fördernde Maßnahmen auf dem Gebiete des Filmwesens	1 840	1 840	0602.635
	Summe K 1	1 840	2 340	
K 3	**Heimatpflege**			
31	**Naturschutz und Landschaftspflege**			
	Bundesanstalt	131	127	1021
	Beitrag zur Internationalen Naturschutzvereinigung	17	17	1002.675(17)
39	**Einzelne Aufgaben**			
	Verein Naturschutzpark e. V. (Zuschuß)	1 000	1 000	1002.604
	Summe K 3	1 148	1 144	
K 4	**Einzelne kulturelle Aufgaben**			
	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Beitrag)	2 145	2 000	0502.675
	Verwaltungsausgaben des Europäischen Kulturzentrums in Genf (Zuschuß)	20	20	0502.609

*) Der »Grüne Plan« ist global veranschlagt und wird erst später aufgeteilt. Ein Vergleich der Abschnittssummen ist somit zunächst nicht möglich.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
noch: K 4				
	Errichtung einer Kongreßhalle in Saarbrücken	1 000	—	2701.710
	Förderung zentraler Arbeiten im Interesse der Frau	70	70	0602.604
	Beitrag des Bundes zum Europäischen Kulturfonds	100	100	0504.676
	Förderung zentraler Maßnahmen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung	340	340	0602.616 (4)
	Förderung des europäischen Gedankens auf kulturellem Gebiet	472	472	0602.616 (2)
	Erhaltung und Wiederaufbau von Kulturbauten mit besonderer nationaler Bedeutung (Zuschüsse)	650	500	0602.616 (8)
	Zuschüsse an deutsche Familienorganisationen	115	100	2901.660
	Zur Durchführung der Europaausstellung 1958 in der Bundesrepublik Deutschland	—	150	(0602.972)
	Union internationale des Organismes Familiaux (Beitrag)	5	5	2901.675
	Förderung der Arbeit der deutschen UNESCO-Kommission in Köln	220	180	0602.636
	Förderung der kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen von internationaler Bedeutung	2 000	2 000	0602.616 (1)
	Fortführung der Bauarbeiten an der St. Marienkirche in Lübeck	—	100	(0602.951)
	Kulturpolitische Maßnahmen gesamtdeutschen Charakters in Berlin	7 000	5 000	2701.607
	Erhaltung und Auswertung des kulturellen Heimaterbes der Heimatvertriebenen und zur Förderung der kulturellen Bestrebungen der Flüchtlinge (Zuschüsse)	1 000	1 000	2602.601
	Förderung kultureller Maßnahmen gesamtdeutschen Charakters im Zonenrandgebiet	3 500	3 000	2701.602 b
	Summe K 4	18 637	15 037	
K 5	**Kirchliche Angelegenheiten**			
	Versorgung heimatvertriebener Seelsorger, Kirchenbeamten, Kirchenangestellten sowie ihrer Hinterbliebenen, Zuschuß an die evangelische und katholische Kirche sowie an Freikirchen	6 900	7 005	0602.608
	Zuschuß an den Bischof von Hildesheim und die braunschweigische ev.-luth. Landeskirche, Beseitigung von Kirchennotständen im Salzgittergebiet	—	500	(6002.621)
	Dotationen des Bundes für die derzeitigen bischöflichen Verwaltungen der ostdeutschen Diözesen jenseits der Oder und Neiße	260	260	0602.634
	Summe K 5	7 160	7 765	
	Summe K	28 785	26 286	
L	**Soziale Sicherung**			
L 1	**Arbeitsschutz und Arbeitsbeschaffung**			
11	**Arbeitsschutz, Gewerbeaufsicht**			
	Unfallverhütung und Gewerbehygiene (Bundesinstitut)	436	430	1104
	Einzelne Förderungsmaßnahmen			
	Durchführung von Studien und Studienreisen	40	30	1101.600
	Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Gesundheitsverhältnisse von Arbeitnehmern sowie zur Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten	200	200	1102.601
	Zuschüsse:			
	a) an den Deutschen Arbeitsring für Lärmbekämpfung (25 Tsd. DM) und b) an die Fachgruppen Staubtechnik des VdI (45 Tsd. DM)	70	70	1102.604
	Beiträge an deutsche und internationale Arbeitsorganisationen	1 580	1 515	1102.675
	Summe L 11	2 326	2 245	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
12	**Arbeitsbeschaffung**			
	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Grund- und verstärkte Förderung)			
	Darlehen:			
	a) an Gebietskörperschaften	5 800	10 000	1111.530
	b) an Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist	—	—	(1111.531, 532)
	c) an Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts	2 250	4 000	1111.533
	Zuschüsse:			
	a) an Gebietskörperschaften	18 800	24 800	1111.600, 610
	b) an Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist	—	—	(1111.601, 602)
	c) an Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts	3 850	5 200	1111.603, 613
	Darlehen für Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsaufnahme für Arbeitslosenfürsorgeunterstützungsempfänger (1,5 Mill. DM) und für Heimkehrer (50 Tsd. DM)	1 550	2 050	1111.535, 536
	Summe L 12	32 250	46 050	
15	**Europäischer Sozialfonds**			
	Beitrag zum Europäischen Sozialfonds	3 000	1 000	6006.621
	Summe L 1	37 576	49 295	
L 2	**Versicherungswesen**			
21	**Versicherungsaufsicht**			
	Versicherungsunternehmen und Bausparkassen (Bundesaufsichtsamt)	3 745	3 680	0904
	Sozialversicherung (Bundesversicherungsamt)	1 995	1 906	1106
22	**Sozialversicherung**			
	Rentenversicherung			
	Zuschüsse des Bundes auf Grund der Rentenversicherungsneuregelungsgesetze	3 833 300	3 618 000	1113.600
	Rentenversicherung der Arbeiter 3 066,6 Mill. DM Rentenversicherung der Angestellten 766,7 Mill. DM			
	Erstattung der Mindestzuschläge an die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten	272 075	293 375	1113.612
	Zusammen	4 105 375	3 911 375	
	Knappschaftsversicherung			
	Zuschuß des Bundes an die knappschaftliche Rentenversicherung auf Grund des Knappschaftsrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes	900 000	737 000	1113.602
	Zuschüsse an die Knappschafts-Krankenversicherung	37 000	33 000	1113.603
	Zusammen	937 000	770 000	
	Unfallversicherung (Bund als Versicherungsträger)			
	Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung	1 628	1 546	1103
	Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung für ehem. Reichsbetriebe, Betriebe der britischen Zone und des VWG, BAfAVuAV und Unfallversicherung der Arbeitslosen	18 000	18 000	1113.609
	Fremdrenten	18 700	15 900	1113.605
	Erstattung des Mehraufwandes der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung an Verfolgte des Nationalsozialismus	20	20	1113.604
	Zusammen	38 348	35 466	
	Krankenversicherung			
	Erstattung der Leistungen auf Grund des Mutterschutzgesetzes	90 000	65 000	1113.610

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
noch: L 22				
	Sonstige Leistungen			
	Erstattungen der Aufwendungen der Heimkehrer-Krankenhilfe	4 000	7 000	1113.606
	von Ausgleichsbeträgen an die im Bundesgebiet wohnenden Berechtigten saarländischer Sozialversicherungsträger	2	2	1113.614
	Leistungen nach dem Kindergeldergänzungsgesetz	5 000	5 000	1113.621
	Tuberkulosebekämpfung (Zuschuß)	50 000	50 000	1113.608/0602.570 a (1)
	Bundesanteil an der Zahlung an das Königreich der Niederlande auf Grund des Gesetzes zur Vierten Zusatzvereinbarung zum deutsch-niederländischen Abkommen über Sozialversicherung	8 880	—	1113.952
	Leistungen des Bundes auf Ansprüche der Rentenversicherungsträger für die Zeit vor dem Inkrafttreten der Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetze	1 000	1 000	1113.622
	Zuschuß an die Betriebskrankenkasse des Bundesverkehrsministeriums	—	300	(1203.601)
	Summe L 22	5 239 605	4 845 143	
29	**Einzelne Leistungen**			
	Zusätzliche Versicherung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	900	900	6002.322
	Darlehen an den Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen	—	47 988	(A 6002.551)
	Summe L 2	5 246 245	4 899 617	
L 3	**Fürsorge**			
31	**Arbeitslosenhilfe**			
	Arbeitslosenfürsorgeunterstützung	307 000	307 000	1111.300
	Förderung der Arbeitsaufnahme, Berufsbildungsmaßnahmen (Zuschüsse)	8 000	6 000	1111.301
	Unterstützung und Berufsfürsorge für Heimkehrer	4 825	5 700	1111.302
	Durchführung der Arbeitslosenfürsorge (Verwaltungskostenpauschale an BAfAVuAV)	15 654	16 200	1111.303
	Zuschüsse zur Arbeits- und Berufsförderung für geistig und körperlich behinderte Alfu-Empfänger	660	1 000	1111.305
	Summe L 31	336 139	335 900	
32	**Kriegsfolgenhilfe / Allgemeine Fürsorge**			
	Individuelle Fürsorge (Pauschale)	314 989	334 676	4003.300
	Individuelle Fürsorge für Zugewanderte aus der sowj. Besatzungszone und der Stadt Berlin	70 000	75 000	4003.305
	Individuelle Fürsorge der Flüchtlinge aus Ungarn	1 000	100	4003.308
	Soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene (126 Mill. DM) und Darlehen im Rahmen der Berufsfürsorge (3 Mill. DM)	129 000	101 000	4003.306, 531
	Fürsorge im Ausland	13 400	5 900	4003.307
	Leistungen des Bundes zur Abgeltung von Mietbeihilfen	1 589	6 422	4003.320
	Kosten der Kriegsfolgenhilfe aus der Zeit vor dem 1. April 1955	1 500	2 000	4003.960
	Unterstützungen und Beihilfen für Deutsche im Ausland	400	600	0502.305
	Summe L 32	531 878	525 698	
33	**Allgemeine Fürsorge / Einrichtungen**			
	Notaufnahmeverfahren (Dienststellen)	6 035	6 096	2603
	Grenzdurchgangs- und Notaufnahmelager (Pauschale)	34 773	36 946	4003.301
	Sonstige Durchgangs- und Wohnlager (Pauschale)	98 690	104 858	4003.302
	Unterbringung von Flüchtlingen aus Ungarn in Lagern	800	800	4003.309
	Marburger Blindenstudienanstalt und andere Einrichtungen der Blinden-, Schwerbeschädigten- und Körperbehindertenfürsorge	464	464	0602.570 c (4)
	Summe L 33	140 762	149 164	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
34	**Jugendhilfe**			
	Förderung der überregionalen Tätigkeit der Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe e. V. (Zuschuß)	14	15	0701.602
35	**Jugendhilfe / Einrichtungen**			
	Schiffsjungenheime und Schifferkinderheime der Binnenschiffahrt (Beihilfen für —)	72	72	1202.603
36	**Förderung der freien Wohlfahrtspflege**			
	Weltkinderhilfswerk UNICEF (Beitrag)	2 200	2 000	0502.668
	Unterstützung und Förderung der Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes (Zuschuß)	300	300	0602.645
	Ausstattung der Heime des Müttergenesungswerkes (Zuschuß)	2 000	2 000	0602.570 c (2)
	Organisation und Verbände der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten (Zuschuß)	350	350	2602.600
	Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege			
	Darlehen	10 000	10 000	0602.570 b
	Zinszuschuß	—	220	(0602.530 b)
	Transportkosten für Liebesgabensendungen	6 000	6 000	0602.570 a (3)
	Zuschüsse an in Deutschland tätige ausländische Wohlfahrtsorganisationen	153	153	0602.574 a (4)
	Summe L 36	21 003	21 023	
39	**Allgemeine soziale Aufgaben**			
	Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (Bundesdienststelle/Nürnberg)	735	585	0633
	Zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet der Fürsorge, Zuschuß für Familienferienheime	28 107	21 007	0602.570 c (1, 3)
	Betreuung von Besuchern aus der Sowjetzone, Förderung des Interzonenreiseverkehrs	20 000	40 000	2701.603
	Betreuung der heimatlosen Ausländer (Zuschüsse und Darlehen)	350	300	2602.603
	Zuschuß zu den Aufwendungen für die Unterstützung hilfsbedürftiger Deutscher in der Schweiz	2 620	2 620	0602.570 a (2)
	Wirtschaftliche Sicherung früher außerhalb des Bundesgebietes tätiger deutscher Gelehrter im Ausland	50	35	0602.618
	Gesellschaft für sozialen Fortschritt/Bonn	10	10	1109.601
	Förderung deutscher Hilfsvereine im Ausland	250	250	0502.314
	Beitrag zum Flüchtlingsfonds der Vereinten Nationen	880	1 840	0502.674 a
	Förderung des Hilfsprogramms der Vereinten Nationen für arabische Flüchtlinge aus Palästina	1 000	800	0502.674 b
	Neubau eines Sammellagers für asylsuchende Ausländer (Ersatz für Valka-Lager)	1 500	—	4003.710
	Darlehen zur Errichtung von Wohnungen und zum Existenzaufbau für heimatlose Ausländer	1 000	1 000	4003.951
	Summe L 39	56 502	68 447	
	Summe L 3	1 086 370	1 100 319	
L 4	**Lastenausgleich**			
41	**Verwaltung** (Bundesausgleichsamt)	173 114	193 298	0805/0802.310, 311
42	**Leistungen**			
	Zuschuß an den Ausgleichsfonds	287 200	141 667	4006.600
	Verstärkung des Härtefonds	—	100 000	4006.601
	Summe L 4	560 314	434 965	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
L 5	**Kriegsopferversorgung**			
51	**Verwaltung**			
	Versorgungsbauten	—	120	(1110.762)
52	**Leistungen**			
	Versorgungsbezüge	3 064 870	3 309 800	1110.300
	Einmalige Unterstützungen	10 000	11 000	1110.302
	Heilbehandlung	251 200	244 500	1110.303, 304
59	**Fachliche Fortbildung, Vereine u. a.**			
	Fachliche Fortbildung im Versorgungswesen (Zuschüsse)	200	350	1110.652, 653
	Stiftung »Invalidenhaus Berlin« (Zuschuß)	60	100	1102.651
	Zuschüsse an Anstalten und Einrichtungen	350	400	1102.650
	Summe L 5	3 326 680	3 566 270	
L 6	**Sonstige soziale Kriegsfolgeleistungen**			
61	**Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von Kriegsgefangenen**	730	1 000	1110.305
62	**Leistungen an ehem. Kriegsgefangene und politische Häftlinge**			
	Entschädigungen an ehemalige Kriegsgefangene	30 000	318 000	2602.307
	Entschädigungen an ehemalige politische Häftlinge	1 200	7 500	2602.308
	Existenzaufbau, Beschaffung von Wohnraum (Darlehen)	40 000	50 000	2602.530
	Beihilfen zur Beschaffung von Hausrat	7 500	10 000	2602.605
63	**Versorgung der verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes**	1 029 705	1 106 205	3307
64	**Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht**	483 223	574 250	3308
65	**Umsiedlung und Auswanderung**			
	Umsiedlung von Heimatvertriebenen (Pauschale)	13 299	14 130	4004.300
	Rückführung von Evakuierten (Pauschale)	1 271	1 319	4003.304, 310
	Auswanderung von Kriegsfolgehilfeempfängern (Pauschale)	2 618	2 781	4004.301
	Zwischenstaatliches Komitee für Europäische Auswanderung/ICEM/Verwaltungskostenbeitrag und -zuschuß (1 077 Tsd. DM), Auswandererpassagekosten (3 Mill. DM)	4 089	4 089	4004.302—304
	Repatriierung von Angehörigen der Ostblockstaaten, soweit der Bund die Kosten zu tragen hat	6	10	0502.315
66	**Betriebliche Altersfürsorge**			
	Zuschuß zum Ausgleich von Härten	3 500	5 000	1102.600
69	**Übrige soziale Kriegsfolgeleistungen**			
	Leistungen für Personen, die aus politischen Gründen in Gebieten außerhalb der BRD und Berlin (West) in Gewahrsam genommen wurden (Ges. v. 6. August 1955/ BGBl. I S. 498)	9 000	7 000	1110.306

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
noch: L 69				
	Zusätzliche Eingliederungsmaßnahmen	—	50	(2601.953)
	Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen (Zuschuß)	20 600	16 600	6004.641
	Betreuung deutscher Kriegsgefangener (Kostenerstattung an das Internationale Rote Kreuz)	1 250	1 250	0502.310
	Rechtsschutz von Deutschen im Ausland im Zusammenhang mit den Kriegsereignissen	900	1 200	0502.311
	Unterstützungen für ehemalige Gefangene und Aussiedler	7 000	7 500	2602.305
	Zuschuß des Bundes an das Deutsche Rote Kreuz zur Einkleidung von Heimkehrern	—	240	(2601.952)
	Maßnahmen für im ausländischen Gewahrsam befindliche Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangene, Internierte und deren Angehörige:			
	Unterstützungen ... 8 008 Tsd. DM			
	Rückführung ... — Tsd. DM			
	Kulturelle Betreuung ... 10 Tsd. DM	8 018	10 023	2602.301, 303, 304
	Summe L 69 ...	46 768	43 863	
	Summe L 6	1 663 909	2 138 147	
	Summe L	11 921 094	12 188 613	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (siehe A 3)	(10 095)	(9 663)	1101.100—299 (ohne 223), 300, 850, 870
	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (siehe A 3)	(4 631)	(4 447)	2601.100—299, 850, 870 2602.300
M	**Gesundheit, Sport und Jugendpflege**			
M 1	**Gesundheit**			
11	**Gesundheitsdienst**			
	Bundesgesundheitsamt einschl. Laboratorien und Ausstattung	11 473	12 049	0611
19	**Einzelne Förderungsmaßnahmen**			
	Blutspendewesen (Zuschüsse)	500	530	0602.650
	Volksgesundheitliche Bestrebungen, Bekämpfung menschlicher Krankheiten, Bekämpfung der Suchtgefahren	1 150	1 060	0602.646 (a—i)
	Erfahrungsaustausch über gemeingefährliche und übertragbare Krankheiten	50	50	0602.658
	Kosten der laufenden Unterhaltung des Hospitals in Korea (Zuschuß an DRK)	—	3 600	(0502.320)
	IV. Internationale Konferenz für Gesundheitserziehung	40	—	0602.966
	3. Weltkongreß der Gehörlosen	40	—	0602.975
	Beiträge:			
	Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose	100	100	0602.646 (k)
	Weltgesundheitsorganisation	2 453	2 195	0602.675 d
	Kosten der internationalen Rauschgiftkontrolle	110	110	0602.675 e
	Zur Erfüllung von Aufgaben des internationalen Gesundheitswesens	45	55	0602.659
	Kosten der Studienreise des Internationalen Krankenhausverbandes im Jahre 1958 in der Bundesrepublik Deutschland	—	30	(0602.963)
	Kosten des Internationalen Diabetes-Kongresses 1958 in Düsseldorf	—	20	(0602.964)
	Summe M 1	15 961	19 799	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
M 2	**Sport und Leibesübungen**			
	Zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet des Sports und der Leibesübungen, Spitzenfinanzierung von Turn- und Sportstätten	6 800	6 800	0602.617, 973
	Förderung motorsportlicher und luftsportlicher Veranstaltungen	5	8	1202.301
	Zuschüsse an Nürburgring-G. m. b. H. (100 Tsd. DM) und Deutschen Aero-Club (135 Tsd. DM)	235	385	1202.616, 618
	Summe M 2	7 040	7 193	
M 3	**Jugendpflege**			
31	**Prüfung jugendgefährdender Schriften**			
	Bundesprüfstelle	81	81	0631
	Mitarbeit der Bewertungsstelle der Vereinigten Leihbuchhändler bei der Vorprüfung von Büchern	10	—	0602.310
39	**Einzelne Maßnahmen**			
	Zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet der Jugendwohlfahrt:			
	a) im Rahmen des Bundesjugendplanes	40 000	50 300	2901.571
	b) für Ferienerholung für Kinder und Jugendliche	4 500	4 500	
	c) Darlehen und Beihilfen an jugendliche SBZ-Flüchtlinge	7 500	7 500	
	Durchführung des Bundesjugendplanes in Berlin	2 900	2 900	2701.600 teilw.
	Errichtung eines Jugendgästehauses in Berlin	650	1 000	2701.711
	Summe M 3	55 641	66 281	
	Summe M	78 642	93 273	
N	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**			
N 1	**Ernährung und Landwirtschaft**			
11	**Allgemeine Förderung der Landwirtschaft**			
	(Förderungszuschüsse/Darlehen)			
	Förderung der Landtechnik und des landwirtschaftlichen Bauwesens	2 711	2 700	1002.603 (I, 2—4)
	Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung	180	180	1002.600
	Förderung des Gemüse-, Obst- und Gartenbaues Darunter 1958: 3 Mill. DM Grüner Plan	300*)	3 300	1002.580 b 1
	Verbesserung von Qualität und Absatz von Obst, Gemüse und Kartoffeln, Prämien für Rodungsaktionen (Grüner Plan)			
	Darlehen	· *)	—	(1002.580 a)
	Zuschüsse	· *)	12 500	(1002.580 b 2)
	Förderung des Weinbaues (einschl. Grüner Plan)	1 000*)	4 000	1002.607
	Förderung von Qualität und Absatz von Getreide und von Schlachtgeflügel (Grüner Plan)	· *)	43 225	(1002.629)
	Förderung der Milchwirtschaft (Grüner Plan)			
	Verbesserung der Molkereiwirtschaft	· *)	15 000	(1002.630 b 1)
	Milchleistungsprüfungen	· *)	5 000	(1002.630 b 3)
	Kühl- und Melkeinrichtungen	· *)	10 000	(1002.630 b2)
	Schulmilchspeisungen	· *)	6 000	(1002.630 c)

*) Der »Grüne Plan« ist global veranschlagt und wird erst später aufgeteilt. Ein Vergleich der Abschnittssummen ist somit zunächst nicht möglich.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
noch: N 11				
	Bekämpfung der pflanzlichen und tierischen Schädlinge	2 000	2 250	1002.614
	Förderung des Einsatzes von Maschinen und technischen Anlagen (Grüner Plan)			
	Darlehen	· *)	—	(1002.578 a)
	Zuschüsse	· *)	25 000	(1002.578 b 1)
	Erprobung und Beschaffung von Maschinen und Geräten (Grüner Plan)	· *)	300	(1002.578 b 2 b)
	Erstattung der für bestimmte Niederungsgebiete zu erlassenden Lastenausgleichsabgaben an den LAF (Grüner Plan)	· *)	16 000	(1002.963)
	Maßnahmen zur Milderung der Ernte-, Frost- und Hochwasserschäden	2 050	10 010	1002.970, 980, 981
	Summe N 11	8 241*)	155 465	
	Hinweis:			
	Ausbau der Wirtschaftswege (siehe R 4)	· *)	(50 000)	A 1002.574
	Förderung agrarsoziologischer und agrarsozialer Maßnahmen (siehe J 3)	· *)	(295)	1002.664
12	**Einrichtungen zur Förderung der Landwirtschaft**			
	Sortenschutz, Bundesamt für —	2 021	2 172	1004
	Förderung des Außenhandels für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft (Außenhandelsstellen)	5 037	4 870	1003
14	**Vorratshaltung**	290 523	333 867	1002.620, 621
15	**Grüner Plan** (Globalansatz)	1 341 000*)	·	1002.990
17	**Gutsbezirke und Domänen (Zuschüsse)**	323	829	2403.602—606, 901
18	**Subventionen**			
	Preisausgleich für eingeführtes Getreide und Zucker, Gewährung einer Lieferprämie für Roggen (einschl. Grüner Plan)	· *)	30 000	(1002.951)
	Erstattung von Ausgleichsbeträgen für Einfuhrgüter der Land- und Ernährungswirtschaft (Importausgleichsgesetz)	—	—	(1002.960)
	Aufrechterhaltung eines angemessenen Preisstandes für angelieferte Milch (gedeckt aus Abgaben)	4 000	4 000	1002.665
	Erhöhung des Auszahlungspreises für Qualitätsmilch (Grüner Plan)	· *)	400 000	(1002.961)
	Durchführung eines übergebietlichen Ausgleichs in der Milchwirtschaft (gedeckt aus den Abgaben des Milch- und Fettgesetzes)	15 000	15 000	1002.631
	Ausgleichsbeträge zur Förderung der deutschen Eierwirtschaft	48 000	19 500	1002.958
	Verbilligung der Handelsdüngeranwendung (Grüner Plan)	· *)	316 000	(1002.962)
	Stützung der inländischen Flachs- und Hanfpreise	500	1 000	1002.954
	Zinsverbilligungszuschüsse für			
	Konsolidierung umschuldungsbedürftiger, kurzfristiger Verbindlichkeiten (Grüner Plan)	3 000	5 000	1002.956 c
	Darlehen zur Förderung agrar- und ernährungswirtschaftlicher Maßnahmen (einschl. Grüner Plan)	85 900*)	76 890	1002.956 a (ohne 7), b, d
	Betriebsbeihilfen zur Verbilligung von Dieselkraftstoff			
	a) nach dem Verkehrsfinanzgesetz vom 6. April 1955	105 628	99 275	1002.953 a
	b) nach dem Grünen Plan 1956	50 328	50 600	1002.953 b
	Förderung des Saatgutwesens (Vermehrungsanbau von Saatgut)	3 330	2 926	1002.609
	Prämien für Lieferung von stärkereichen Kartoffeln an Kartoffelstärkefabriken (Grüner Plan)	· *)	3 000	(1002.610)
	Verbilligung von stärkereichem Kartoffelsaatgut (Grüner Plan)	· *)	—	(1002.609 b)

*) Der »Grüne Plan« ist global veranschlagt und wird erst später aufgeteilt. Ein Vergleich der Abschnittssummen ist somit zunächst nicht möglich.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
noch: N 18				
	Einkaufsbeihilfen für landwirtschaftliche Maschinen an gewerblich-landwirtschaftliche Lohnunternehmen (Grüner Plan)	· *)	14 700	(1002.578 b 2 a)
	Verbilligung der Verwertung von Magermilchpulver und Nährkasein	1 000	4 000	1002.950
	Festigung der Mehlpreise	—	2 150	(1002.966)
	Erstattung der Getreidepreiserhöhung auf Grund des Getreidepreisgesetzes 1957/58	—	1 120	(1002.967)
	Summe N 18	316 686*)	1 045 161	
19	**Maschinenprüfung, Fachausbildung, Organisationen u. a.**			
	Landmaschinenprüfung			
	Errichtung der Landmaschinenprüfstelle der DLG (Zuschuß)	—	45	(1002.959)
	Ausbildungswesen			
	Ausbildung von Fachkräften auf dem Gebiete der tropischen und subtropischen Landwirtschaft (Zuschuß)	100	100	1002.601 (I, 8)
	Berufs- und Fachausbildung auf dem Lande (Zuschüsse)	8 460*)	24 990	1002.603
	Darunter 1958: 17 Mill. DM Grüner Plan			
	Verbrauchsberatung, Absatzförderung			
	Unterrichtung der breiten Öffentlichkeit, insbesondere der Verbraucher, über allgemeine Marktfragen	500	350	0902.615
	Hauswirtschaftliche Aufklärung und Beratung (Zuschuß)	50	50	0902.608
	Verbraucherberatung, Ernährungsaufklärung, Absatzförderung	750	750	1002.650
	Ausstellungen, Lehrschauen, Kongresse	1 844	1 140	1002.652 (1)
	Ausfuhrwerbung	506	610	1002.652 (2)
	Land- und Hauswirtschaftlicher Informationsdienst	1 750	1 750	1002.601 (I, 1)
	Beiträge an internationale Organisationen (Weizenrat, Zuckerrat, Kommission der Ernährungsindustrie, Weinamt, Milchwirtschaftsverband, Vereinigung für Samenkontrolle, Europ. Pflanzenschutzorganisation, Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO (FAO), Vereinigung für hauswirtschaftlichen Unterricht)	2 111	2 109	1002.675 (1—3, 5, 8, 9, 11, 14, 18)
	Sonstiges			
	Darlehen zum Ausbau einer Raffinationsanlage für Margarinerohstoffe und zur Errichtung einer Tankanlage für Pflanzenöle in Berlin	—	2 100	(1002.531)
	Kosten der deutschen Verbindungsstelle zur FAO	70	60	1001.305
	Nachrichten- und Pressedienst	25	25	1001.300
	Wissenschaftliche Veröffentlichungen	90	90	1001.301
	Marktberichterstattung	175	160	1002.601 (II, 1)
	Erhebungen auf dem Gebiet der Land- und Ernährungswirtschaft (Feststellungen zur Ertragslage, Berichterstatterdienst)	2 810	2 810	1002.670
	Untersuchung der Kosten- und Ertragslage der Zuckerfabriken	—	250	(1002.964)
	Summe N 19	19 241*)	37 389	
	Summe N 1	1 983 072*)	1 579 753	

*) Der »Grüne Plan« ist global veranschlagt und wird erst später aufgeteilt. Ein Vergleich der Abschnittssummen ist somit zunächst nicht möglich.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
N 2	**Tierzucht**			
21	**Allgemeine Förderung der Tierzucht und Tiergesundheit** (ohne Pferdezucht)			
	Förderung der Bienenzucht	500	500	1002.611
	Tierseuchenbekämpfung			
	Bekämpfung der Rindertuberkulose (Zuschüsse) (einschl. Grüner Plan)	9 410*)	19 410	1002.615 a, c
	Bekämpfung der Brucellose bei Rindern und Schafen (Grüner Plan)	*)	10 000	(1002.615 d)
	Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft der Virusgewinnungsanlagen	300	110	1002.615 b 1
	Vorratshaltung von Impfstoffen zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche	—	360	(1002.615 b 2)
	Tierseuchenberichterstattung	18	18	1001.302
	Summe N 21	10 228*)	30 398	
22	**Pferdezucht**			
	Förderung der Zucht des Warmblutpferdes Trakehner Abstammung (Zuschüsse)	98	98	1002.613
29	**Beiträge und Zuschüsse**			
	an den Deutschen Tierschutzbund	20	20	1002.600 (I, 6)
	zum Internationalen Tierseuchenamt	17	17	1002.675 (4)
	zur Europäischen Vereinigung für Tierzucht/Rom und zur Internationalen tierärztlichen Föderation für Tierzucht/Paris	5	5	1002.675 (10, 15)
	Summe N 2	10 368*)	30 538	
N 3	**Forsten**			
31	**Förderung der Forst- und Holzwirtschaft**	344	282	1002.600 (III)
37	**Staatsforsten**			
	Verwaltung und Betrieb	9 122	9 668	2403.420, 421, 0804.733 (5, 6), 737 (3), 738 (4), 742 (5)
	Summe N 3	9 466	9 950	
N 4	**Jagd und Fischerei**			
41	**Allgemeine Förderung der Fischerei**			
	Förderung der Fischerei			
	Darlehen	950	1 300	1002.585 a
	Zuschüsse	800	500	1002.585 b 1 b
47	**Fischereischutzboote**			
	Betrieb der Fischereischutzboote	1 899	1 947	1001.400
	Anschaffung und Inneneinrichtung eines dritten Fischereischutzbootes	—	32	(1001.951)
48	**Subventionen**			
	Betriebsbeihilfen für die Fischerei zur Verbilligung von Dieselkraftstoff, Beihilfe zur Förderung der Wirtschaftlichkeit	4 480	3 750	1002.952
	Zur Verbilligung von Kapitalmarktmitteln für die Hochseefischerei	600	1 350	1002.956 a 7
	Marktstützung und Förderung des Fischabsatzes (gedeckt aus Abgaben gemäß Fischgesetz vom 31. August 1955)	5 000	5 000	1002.677
49	**Jagd- und Fischereikosten u. a.**			
	Ablösung der Fischereirechte an der Donau im Kachletstauraum	60	60	1203.765

*) Der »Grüne Plan« ist global veranschlagt und wird erst später aufgeteilt. Ein Vergleich der Abschnittssummen ist somit zunächst nicht möglich.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
noch: N 49				
	Beiträge zum Internationalen Jagdrat, zur Internationalen Überfischungskonvention und zur Nordwestatlantischen Fischereikonvention	17	14	1002.675 (7, 12, 16)
	Darlehen an die Fischereigesellschaft Edersee mbH zur Bestreitung der Kosten der Hochwasserschäden 1956 an der Fischzuchtanstalt in Niederwerbe	—	—	(1203.530)
	Summe N 4	13 806	13 953	
N 5	**Ländliches Siedlungswesen**			
51	**Förderung der ländlichen Siedlung**			
	Darlehen	150 000	141 000	A 1002.571 a
	Beihilfen	95 100	74 000	1002.571 b
	Seßhaftmachung von verheirateten Landarbeitern (Grüner Plan)	. *)	25 000	(1002.965)
	Summe N 5	245 100*)	240 000	
	Hinweis:			
	Ablösung von Flüchtlingssiedlungskrediten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms 1949/50 (Darlehen an die Kreditanstalt für Wiederaufbau) (siehe P 7)	(150)	(150)	6002.550
N 6	**Agrarstrukturelle Maßnahmen, Flurbereinigung**			
61	**Umlegung, Erschließungsprogramme**			
	Förderung der Umlegung			
	Darlehen	. *)	—	(1002.572 a)
	Zuschüsse	. *)	97 000	(1002.572 b)
	Darunter 60 Mill. DM (Grüner Plan)			
	Durchführung eines landwirtschaftlichen Erschließungsprogramms im Landesteil Schleswig (Nordprogramm)			
	Darlehen	.	12 000	(6002 572 a teilw.)
	Zuschüsse	.	10 000	(6002 572 b teilw.)
	Aufstockung und Aussiedlung landwirtschaftlicher Betriebe, agrarstrukturelle Maßnahmen (Grüner Plan)			
	Darlehen	. *)	100 000	(1002.573 a)
	Zuschüsse	. *)	75 000	(1002.573 b)
69	**Unternehmen**			
	Schleswig-Holsteinische Landgewinnungs- und Erschließungs G. m. b. H. (Verwaltungskostenbeitrag an —)	10	10	6002.623
	Summe N 6	10*)	294 010	
	Summe N	2 261 822*)	2 168 204	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (siehe A 3)	(14 088)	(12 423)	1001.100—299, 850, 870, 872
O	**Wasser- und Kulturbau, Wasserversorgung**			
O 1	**Allgemeine wasserwirtschaftliche Maßnahmen**			
	Wasserwirtschaftliche und landeskulturelle Maßnahmen im norddeutschen Niederungsgebiet und in Süddeutschland			
	Darlehen	—	—	(1002.575 a)
	Zuschüsse	40 200	40 200	1002.575 b 1
	Grüner Plan	. *)	38 000	(1002.575 b 2)
	Förderung besonderer Vorhaben auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft und Landeskultur im Küstengebiet (Zuschüsse)	29 000	26 000	1002.619
	Summe O 1	69 200*)	104 200	

*) Der »Grüne Plan« ist global veranschlagt und wird erst später aufgeteilt. Ein Vergleich der Abschnittssummen ist somit zunächst nicht möglich.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
O 2	**Erschließung des Emslandes**			
	Darlehen	600	600	1002.570 a
	Zuschüsse	30 000	25 000	1002.570 b
	Summe O 2	30 600	25 600	
O 6	**Talsperren**	—	—	
O 7	**Wasserversorgung**			
71	**Ländliche Wasserversorgung, Kanalisation, Abwässerbeseitigung und -verwertung** (Grüner Plan)			
	Darlehen	· *)	—	1002.576 a
	Zuschüsse	· *)	30 000	1002.576 b
77	**Unternehmen**			
	Wasserwerk Klötzin (Zuschuß)	—	37	(2403.500)
	Summe O 7	· *)	30 037	
O 8	**Küstenschutz, Dünenwesen**			
	Grundinstandsetzung der Dünenschutzwerke auf Borkum	400	500	1203.816
O 9	**Sonstige Aufgaben**			
	Beitrag zur internationalen Kommission für Be- und Entwässerung	1	1	1002.675 (13)
	Aufklärungsschriften zur Bekämpfung der Ölverschmutzung der deutschen Küste	2	2	1202.300 e
	Summe O 9	3	3	
	Summe O	100 203*)	160 340	
P	**Wirtschaft**			
P 1	**Allgemeine Förderung**			
12	**Notstands- und Grenzgebiete, wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen im Inland**			
	Regionale Hilfsmaßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftskraft			
	Darlehen	60 000	70 000	6002.571 a
	Zuschüsse	40 000	30 000	6002.571 b
	Zur Steigerung der Wirtschaftskraft und wirtschaftsfördernde öffentliche Investitionen in den Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen			
	Darlehen	—	103 000	(6002.572 a, A 6002.531)
	Zuschüsse	20 000	15 000	6002.572 b
	Zuschuß an die Stadt Salzgitter zur Beseitigung kommunalpolitischer Notstände	—	4 500	(6002.620)
16	**Wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen im Ausland**			
	Förderung von entwicklungsfähigen Ländern	50 000	50 000	0501.962
	Beteiligung an dem technischen Beistandsprogramm der UNO für wirtschaftlich unterentwickelte Länder	7 000	4 000	0502.669
	Förderung der jugoslawischen Wirtschaft	50 000	50 000	3209.530
	Beitrag zum Entwicklungsfonds für die überseeischen Länder	139 650	84 000	6006.622

*) Der »Grüne Plan« ist global veranschlagt und wird erst später aufgeteilt. Ein Vergleich der Abschnittssummen ist somit zunächst nicht möglich.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan Regierungsentwurf 1959	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
19	**Europäische Zusammenarbeit und Wirtschaftsrat u. a.**			
	Maßnahmen im Rahmen der amerikanischen Wirtschaftshilfe und der europäischen Zusammenarbeit (Veröffentlichungen, Erfahrungsaustausch, Einfuhrkontrolle)	704	762	0901.306—308
	Erhaltung des deutschen Auslandsvermögens	300	400	0501.964
	Für Informationen über ausländische Wirtschaftsgesetze	80	90	0901.301
	Beitrag zum Verwaltungshaushalt der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	10 000	4 000	6006.620
	Beitrag für den Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC)	4 470	4 524	6006.625
	Beitrag an die Europäische Wirtschaftskommission (ECE)	390	390	0502.611
	Veröffentlichungsverpflichtungen im Rahmen der amerikanischen Wirtschaftshilfe	150	220	2402.300
	Kosten des deutschen Mitgliedes des Direktoriums der Europäischen Zahlungs-Union	50	—	0901.309
	Summe P 1	382 794	420 886	
P 2	**Bergbau**			
21	**Aufschlußarbeiten, Uranabbau u. a.**			
	Untersuchungs- und Aufschlußarbeiten im Eisenerzbergbau (Zuschuß)	1 200	1 500	0902.611
	Förderung des Abbaues und der Aufbereitung von Uranvorkommen (siehe auch J 34)	3 500	3 500	3102.611
27	**Unternehmen**			
	Finanzierung der Saarbergwerke Aktiengesellschaft in Saarbrücken	74 000	59 000	2402.891
	Übernahme von Darlehensforderungen der Französischen Republik gegenüber der Saarbergwerke Aktiengesellschaft Saarbrücken	44 621	—	A 2402.980
	Erhöhung des Grundkapitals der AG für Berg- und Hüttenbetriebe, Salzgitter	—	—	(A 6003.890)
	Betrieb und Verlegung der Versuchsgrube Tremonia (Zuschuß)	600	1 120	0902.600, 956
28	**Subventionen**			
	Erstattungen von Teilen des Arbeitgeberbeitrages an Unternehmen des Steinkohlen- und Pechkohlenbergbaues	—	—	(1113.950)
29	**Einzelne Förderungsmaßnahmen**			
	Darlehen an das Saarland zum Erwerb einer Beteiligung an den Saarbergwerken und für Investitionen der Saarbergwerke	—	26 000	(A 6002.530)
	Zeitschrift für Bergrecht und Bergwesen (Kostenzuschuß)	25	20	0901.302
	Summe P 2	123 946	91 140	
P 3	**Elektrizitätsversorgung**			
	Verstärkung der elektrischen Stromversorgung und Durchführung der Restelektrifizierung (Grüner Plan)			
	Darlehen	. *)	—	(1002.577 a)
	Zuschüsse	. *)	5 000	(1002.577 b)
	Summe P 3	. *)	5 000	
P 4	**Gasversorgung**	—	—	
P 5	**Atomkraft**			
	Kosten für die Erstausstattung des Reaktors in Karlsruhe mit Kernbrennstoffen und schwerem Wasser	—	12 000	(3102.959)

*) Der »Grüne Plan« ist global veranschlagt und wird erst später aufgeteilt. Ein Vergleich der Abschnittssummen ist somit zunächst nicht möglich.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
noch: P 5				
	Förderung und Beteiligung an der Errichtung von Kernreaktoren und Beteiligung an den Betriebskosten	16 800	17 000	3102.640, 890—892
	Beitrag zum Verwaltungshaushalt der Europäischen Atomgemeinschaft	8 000	4 000	6006.623
	Beitrag zum Forschungs- und Investitionshaushalt der Europäischen Atomgemeinschaft	65 000	35 000	6006.624
	Kapitalanteil der Bundesrepublik an der Versorgungsagentur der Europäischen Atomgemeinschaft (Einzahlung auf den —)	—	2 000	(A 6006.891)
	Kapitalanteil der Bundesrepublik an der Eurochemic (Einzahlung)	2 100	2 480	A 6006.892
	Teilnahme an der 2. Konferenz für die friedliche Verwendung der Atomenergie in Genf	—	135	(3101.960)
	Zuschuß zu den Kosten der abwassertechnischen Ausstellung in Essen	100	—	3101.961
	Summe P 5	92 000	72 615	
P 6	**Gewerbe und Handel**			
62	**Einrichtungen zur Gewerbeförderung**			
	Patentwesen (Deutsches Patentamt)	30 463	31 218	0705
	Physikalisch-technische Prüfungen (Bundesanstalt)	16 951	18 040	0903
	Durchführung von Rechtsvorschriften für die gewerbliche Wirtschaft (Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft)	5 614	5 431	0905
	Außenhandelsinformation (Bundesstelle für —)	2 710	2 765	0906
	Materialprüfung (Bundesanstalt für —)	6 750	7 680	0907
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222)	— 567	— 508	
	Kartellwesen (Kartellamt)	3 128	2 726	0908
	Summe P 62	65 049	67 352	
63	**Handwerk und Kleingewerbe**			
	Getränkeschankanlagen (Prüfstelle für —)	27	23	0902.306
	Förderung des Handwerks	6 000	6 000	0902.601
64	**Handel, Export und einzelne Gewerbezweige**			
	Förderung des Handels, Hotel- und Gaststättengewerbes	2 000	2 000	0902.610
	Förderung des Exports	1 400	1 600	0902.606
	Prüfung der Kostenlage im Speditions- und Lagereigewerbe	10	20	1202.306
	Prüfung der Lage des gesamten unselbständigen Mittelstandes und der geistig schaffenden freien Berufe	—	320	(1101.310)
	Berufliches Förderungsprogramm (Zuschüsse und Darlehen) für den unselbständigen Mittelstand	5 000	—	1102.610
67	**Unternehmen**			
	Bundesdruckerei (Zuweisung zur Kapitalausstattung aus dem Gewinn)	2 330	784	1303.901
	Nachträgliche Versteuerung eines Teils des Gewinns der Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerks AG.	—	1 361	(2402.950)
68	**Subventionen**			
	Betriebsbeihilfen für versteuertes Gasöl an gewerbliche und sonstige Betriebe der Wirtschaft	11 000	11 000	0902.952
	Zinsverbilligung bei der Umschuldung von Krediten von Kriegssachgeschädigten-Betrieben	300	—	0902.957
69	**Rationalisierung, Messen, Beiträge u. a.**			
	Förderung der Rationalisierung, Normung und Formgebung	1 000	1 000	0902.604
	Zuwendung für die Errichtung von 5 Windkanälen für Zwecke der Luftfahrtindustrie	5 300	5 000	0902.958

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
noch: P 69				
	Messen			
	Förderung des deutschen Messewesens	180	180	0902.603
	Beteiligung an ausländischen Messen (Kostenbeitrag)	4 500	4 500	0902.602
	Beteiligung an der Weltausstellung 1958 in Brüssel	—	5 212	(0902.951)
	Einrichtung von Informationsständen bei in- und ausländischen Messen und Ausstellungen	170	120	3101.301(2)
	Beiträge an			
	West-Ost-Handelssekretariat	5	6	0502.679
	Internationale Organisationen	308	287	0902.675
	Beschaffung wirtschaftlichen Materials zu Außenhandelszwecken	300	300	0502.300
	Betriebsprüfungen im Auftrage Dritter (Ausgaben für —)	80	200	0901.300
	Berufungskammer in Börsengerichtssachen	3	3	0901.303
	Summe P 69 ...	11 846	16 808	
	Summe P 6	104 962	107 268	
P 7	**Bank- und Kreditwesen**			
75	**Wertpapierbereinigung**			
	Wertpapierbereinigung (Bundesamt für —)	1 564	1 598	0807.100—299, 300—303, 306, 850
	Bereinigungsverfahren, Börseneinführungskosten und Kommissionssteuern für Auslandsbonds, Kosten für Maßnahmen zur Einsparung von Wertpapierbereinigung, Entschädigungen für Auskünfte und Beschaffung von Beweisunterlagen bei der Aufklärung verdächtiger Anmeldungen	260	260	3203.302
77	**Unternehmen**			
	Zahlungen an die Weltbank	—	90 640	(A 6004.892)
	Bezüge des stellvertretenden Direktors der Weltbank	66	58	0901.305
	Kapitalanteil der Bundesrepublik bei der Europäischen Investitionsbank (Einzahlung auf den —)	126 060	63 000	A 6006.890
79	**Kreditablösungen u. a.**			
	Kosten für die Abwicklung von Ansprüchen aus Hinterlegungen bei Berliner Hinterlegungsstellen	—	285	(0902.955)
	Kosten der Umstellung von Reichsmark-Uraltkonten auf Deutsche Mark	—	990	(0901.951)
	Darlehen an die Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Ablösung von Flüchtlingssiedlungskrediten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms 1949/50	150	150	6002.550
	Bearbeitungsgebühr an die Kreditanstalt für Wiederaufbau für die Mitwirkung beim Ankauf usw. der Anteile der Hugo Stinnes Corporation	152	152	6002.304
	Darlehen an die Lastenausgleichsbank zur Refinanzierung von Krediten auf Grund des Gesetzes zur Regelung der Vorkriegsremboursverbindlichkeiten	1 000	9 000	6002.552
	Deutsch-Schweizerische Vertrauensstelle für Goldhypotheken (Kostenanteil des Bundes)	31	31	0901.304
	Summe P 7	129 283	166 164	
P 8	**Münzwesen**			
87	**Prägekosten, Materialbeschaffungskosten, Unterhaltung des Münzumlaufs, Bekämpfung der Falschmünzerei**	17 500	12 000	6002.396
	Summe P	850 485*)	875 073	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Wirtschaft (siehe A 3)	(27 066)	(25 890)	0901.100—299, 710, 712 850, 870, 880

*) Der »Grüne Plan« ist global veranschlagt und wird erst später aufgeteilt. Ein Vergleich der Abschnittssummen ist somit zunächst nicht möglich.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
Q	**Verkehr**			
Q 1	**Allgemeine Verkehrsmaßnahmen**			
11	**Sicherung des Güterverkehrs mit Berlin**	8 500	8 500	2701.604
19	**Verkehrsrat, Selbstkostenausschuß**			
	Leistungs- und Kostenermittlung sowie verkehrs- und tarifpolitische Untersuchungen	180	210	1202.305
	Förderung allgemein wirtschaftlicher Zwecke auf allen Fachgebieten der Verkehrsverwaltung	625	150	1202.620 teilw.
	Summe Q 1	9 305	8 860	
Q 2	**Straßenverkehr**			
22	**Besondere Einrichtungen**			
	Kraftfahrwesen (Kraftfahrt-Bundesamt)	10 073	8 884	1212 (ohne 954, 955)
29	**Sonstige Maßnahmen**			
	Internationaler Verband der Straßenkongresse	3	3	1202.612
	Summe Q 2	10 076	8 887	
Q 3	**Schienenverkehr**			
37	**Bundesbahn, nicht bundeseigene Eisenbahnen**			
	Anlagenfinanzierung, Beschaffung von rollendem Material nach Abschn. V des Verkehrsfinanzgesetzes	145 000	145 000	1202.510
	Liquiditätshilfe	134 000	125 000	1202.531
	Darlehen zu Investitionen	260 000	250 000	A 1202.536
	Ausgleich zur Deckung von Verpflichtungen gegenüber der Deutschen Bundesbank	34 000	34 000	1202.532
	Teilausgleich von betriebsfremden Lasten	295 000	305 000	1202.530
	Zuschuß an die Deutsche Bundesbahn für den Wiederaufbau der Eisenbahnbrücke Kehl–Straßburg und für die Höherlegung des Bahnhofs Kehl	1 000	—	1202.630
	Verbesserung der Eisenbahnsicherungsanlage an der Grünenthaler Hochbrücke	200	—	1203.826
	Vorortbahn Wilhelmshaven (Zuschuß)	1 159	975	2403.501
	Darlehen an nicht bundeseigene Eisenbahnen zur Verbesserung von Verkehrsanlagen, Beschaffung von Material	10 000	10 000	1202.533
	Summe Q 37	880 359	869 975	
38	**Subventionen**			
	Betriebsbeihilfen für Verkehrsbetriebe zur Verbilligung von Gasöl zum Betrieb schienengebundener Fahrzeuge	17 900	13 900	1202.954
39	**Einzelne Förderungsmaßnahmen**			
	Beitrag an das Zentralamt für den internationalen Eisenbahnverkehr	91	91	1202.611
	Summe Q 3	898 350	883 966	
Q 4	**Schiffahrt**			
42	**Besondere Einrichtungen**			
	Schiffsvermessung (Bundesamt für —)	513	468	1208
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222)	— 10	— 10	
	Sicherung der Schiffahrtswege (Deutsches Hydrographisches Institut)	8 328	8 205	1209

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
43	**Wasser- und Schiffbau**			
	Versuchsanstalt für Wasser- und Schiffbau (Zuschuß)	125	125	1202.621
	Darlehen zum Bau und Erwerb von Fahrgastschiffen ..	16 500	16 500	1202.534
47	**Unternehmen**			
	Bundesschleppbetrieb	—	—	(1205.500)
	Werft Brake, Wiederaufbau von Anlagen	—	—	(1203.809)
	Staatswerft Rendsburg-Saatsee, Durchführung außerordentlicher Instandsetzungsarbeiten	—	—	(1203.901)
	Lübecker Hafengesellschaft mbH. (Betriebszuschuß) ...	500	500	1202.602
48	**Subventionen**			
	Betriebsbeihilfen für die Hochsee-, Küsten- und Binnenschiffahrt zur Verbilligung von Dieselkraftstoff	28 500	30 000	1202.952
	Zinszuschüsse für private Darlehen zum Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte	1 000	—	1202.950
49	**Lotsen, technische Förderung, Ausbildungswesen u. a.**			
	Freie Lotsen	14 400	14 400	1202.307
	Übernahme von Lotseinrichtungen auf den Bund	—	—	(1203.882)
	Erprobung technischer Einrichtungen	170	170	1202.622
	Seenotdienst	1	1	1203.309
	Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger Beihilfen	—	—	(1202.604)
	Betrieb eines internationalen Eiswachdienstes im Nordatlantik (Beitrag)	108	108	1202.615
	Kosten für Ausführung des Seeunfall- und Untersuchungsgesetzes	50	50	1202.304
	Zuschuß zu den Kosten eines Versuchs der Stationierung eines Fahrzeuges für den Wetter- und Rettungsdienst in der mittleren Nordsee	30	32	1202.629
	Seemannskartei, Durchführung der Schiffssicherheitsvorschriften (Beitrag an die Seeberufsgenossenschaft)	425	421	1202.606
	Maßnahmen zur Berufsausbildung der Seeleute	805	805	1202.614
	Zuschuß an den Schiffsbautechnischen Ausschuß beim Zentralverein für die deutsche Binnenschiffahrt	6	6	1202.600 a
	Verkehrswerbung Nordostseekanal	28	58	1202.300 d
	Beiträge an			
	Zentralverein für die deutsche Binnenschiffahrt (200 DM)	0	0	1202.675 (teilw.)
	Zentralkommission für die Rheinschiffahrt	72	62	1202.610
	Internationalen ständigen Verband der Schiffahrtskongresse	10	10	1202.613
	Internationalen Verband für das Seezeichenwesen ..	3	3	
	Veröffentlichungen und Entscheidungen des Bundesoberseeamtes und der Seeämter	4	4	1202.300 c
	Beihilfen für die Errichtung und Unterhaltung deutscher Seemannsheime im Ausland	130	130	0502.313
	Beitrag der Bundesrepublik an die Vereinigung der Suezkanalbenutzer	—	23	0502.672
	Summe Q 49	16 242	16 283	
	Summe Q 4	71 698	72 071	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
Q 5	**Luftfahrt**			
52	**Besondere Einrichtungen**			
	Flugsicherung (Bundesanstalt für —)	35 373	33 574	1215
	Zulassungs- und Prüfungswesen (Luftfahrtbundesamt)	916	920	1216
57	**Lufthansa, Flughäfen**			
	Deutsche Lufthansa AG			
	Beteiligung am Grundkapital	30 400	15 000	A 1202.892, 893
	Betriebszuschüsse	19 000	15 000	1202.625
	Darlehen	—	10 000	1202.627
	Flughafengesellschaften			
	Betriebszuschüsse	726	561	1202.570 c
	Investitionszuschüsse	2 232	2 609	1202.570 b
	Darlehen	3 591	3 880	1202.570 a
59	**Funkortung, Ausbildung**			
	Ausschuß für Funkortung	48	48	1202.628
	Atlantischer Flugsicherungsdienst (Beitrag)	1 685	1 469	1202.631
	Verkehrsfliegerschule (Zuschuß)	3 467	3 467	1202.632
	Arbeitsgemeinschaft deutscher Flughäfen (Zuschuß)	25	30	1202.607 a
	Internationale Civil Aviation-Organisation (Beitrag)	1 082	738	1202.619
	Kosten aus Anlaß der achten Konferenz der Leiter der Zivilluftfahrt-Verwaltungen der europäischen Staaten in der Bundesrepublik Deutschland	15	—	1202.957
	Summe Q 5	98 560	87 296	
Q 6	**Post- und Fernmeldewesen**			
	Übernahme der Kosten sowie der Zinsen und der Tilgung für eine 200-Millionen-DM-Anleihe zur Verbesserung der Kapitalstruktur der Deutschen Bundespost	14 000	—	3205.689
Q 7	**Fremdenverkehr**			
	Förderung des Reiseverkehrs	5 300	5 300	1202.601
Q 9	**Sonstige Aufgaben**			
	Arbeitsgemeinschaft Leichtbau der Verkehrsflugzeuge	2	1	1202.608 (7)
	Studiengesellschaft für Behälterverkehr (Beitrag)	30	30	1202.609
	Fachwissenschaftliche Beiträge zur internationalen technischen Organisation und für sonstige technische Veranstaltungen	6	7	1202.300 b, 675 teilw.
	Veröffentlichungen auf allen Gebieten der Verkehrsverwaltung	12	12	1202.300 a
	Summe Q 9	50	50	
	Summe Q	1 107 339	1 066 430	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Verkehr (siehe A 3)	(18 524)	(17 596)	1201/1202.710, 955
	Bundesministerium für Post- und Fernmeldewesen, Bezüge des Ministers (siehe A 3)	(74)	(75)	1301
R	**Bau- und Wohnungswesen**			
R 1	**Allgemeine Maßnahmen des Bauwesens**			
12	**Versuchsbauten**			
	Förderung der Bauausführung von Versuchs- und Vergleichsbauten; Entwicklung neuer Baustoffe, Baugeräte und Bauarten			
	Darlehen	25 000	10 500	2503.570 a
	Zuschüsse	1 200	1 200	2503.570 b
	Durchführung von Freilandversuchen in Holzkirchen	60	100	2503.604

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
19	**Einzelne Förderungsmaßnahmen, Zuschüsse und Beiträge**			
	Zuschüsse und andere Zuweisungen zur Durchführung und Auswertung besonderer Erhebungen über die Einhaltung der Gütevorschriften im sozialen Wohnungsbau	40	40	2503.605
	Förderung des Wohnungs- und Siedlungswesens im zentralen Aufgabenbereich (Zuschüsse)	270	270	2502.612
	Förderung des Kleingarten- und Kleinsiedlungswesens im zentralen Aufgabenbereich (Zuschüsse)	45	50	2502.610
	Internationale Bauausstellung 1957 in Berlin (Kostenzuschuß)	—	—	(2502.950)
	Zuschüsse an das deutsche Volksheimstättenwerk e. V., den deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau- und Raumplanung und die deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung	105	105	2502.614
	Darlehen an das Deutsche Bauzentrum e. V., Köln, zur Errichtung eines Büro- und Ausstellungsgebäudes in Köln	—	—	(2502.960)
	Durchführung von Studienreisen (Zuschüsse)	12	12	2502.615
	Beiträge an			
	das Deutsche Bauzentrum e. V.	150	250	2502.613
	Vereine, Verbände, Ausschüsse und Gesellschaften	7	8	1202.608 teilw.
	internationalen Verband für Wohnungswesen und Städtebau	6	6	2502.675 (2)
	Summe R 19 ...	635	741	
	Summe R 1	26 895	12 541	
R 2	**Bauverwaltung**			
	Bundesbaudirektion	5 741	6 042	2404
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222)	— 1 363	— 1 195	
R 3	**Vermessung und Landesplanung**	—	—	
R 4	**Straßenwesen**			
41	**Straßenverwaltung**	882	709	1211
43	**Bundesautobahnen, Bundesstraßen**			
	Bundesautobahnen			
	Unterhaltung, einfacher Um- und Ausbau der Bundesautobahnen	48 334	44 480	1210.310 (120)
	Um-, Aus- und Neubauten von Bundesautobahnen	344 084	226 360	1210/A 1210.310 (121, 122, 1911), 827, 828
	Um-, Aus- und Neubau von Hochbauten an Bundesautobahnen	1 531	1 106	1210/A 1210.310 (123)
	Beseitigung von Kriegsschäden	6 400	9 648	1210/A 1210.310 (1901)
	Grunderwerb und Ersatzwohnraumbeschaffung	500	2 500	1210.310 (124)
	Anteil an den Kosten des Weiterbaues der Autobahn Mannheim—Saarbrücken—französische Grenze	15 000	30 000	1210.310 (126)
	Betriebskosten für die Verstärker- und Fernwahleinrichtungen	100	100	1210.310 (125)
	Um- und Ausbau von Zubringerstraßen fremder Baulastträger	7 716	9 925	1210.310 (1072)

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
noch: R 43				
	Bundesstraßen			
	Unterhaltung, einfacher Um- und Ausbau der Bundesstraßen	180 962	181 296	1210.310 (100)
	Um-, Aus- und Neubau von Bundesstraßen	275 188	330 675	1210/A 1210.310 (101, 102, 1910)
	Beseitigung von Kriegsschäden	2 350	9 422	1210.310 (1900)
	Um-, Aus- und Neubau von Hochbauten an Bundesstraßen	965	847	1210/A 1210.310 (103)
	Ausbau von Ortsdurchfahrten in Gemeinden bis 9 000 Einwohner	7 370	11 072	1210/A 1210.310 (105)
	Zuschüsse an Gemeinden von mehr als 9000 Einwohnern zum Um- und Ausbau von Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen	28 512	41 324	1210.310 (1071)
	Grunderwerb und Ersatzwohnraumbeschaffung	10 020	13 020	1210.310 (104)
	Höhengleiche Bahnübergänge (Beseitigung, Änderung)	16 000	16 000	1210.310 (108)
	Bau von Umgehungsstraßen	113 746	117 338	1210/A 1210.310 (106)
	Bau- und Wiederherstellung von Straßenbrücken an fremde Baulastträger (Zuschüsse)	5 564	9 270	1210.310 (1070)
	Summe R 43	1 064 342	1 054 383	
44/45	**Landstraßen I. und II. Ordnung**	—	—	
46	**Sonstige Straßen, Brücken**			
	Verlegung der südlichen Uferstraße und Sicherung des Südufers des Küstenkanals von Kilometer 3 bis Kilometer 8, 3. Teilbetrag	—	610	(1203.716)
	Anteil des Bundes für Straßenbaumaßnahmen im Saarland	10 000	20 000	1210.310 (109)
	Unterhaltung, Um- und Ausbau der Roßfeldstraße bei Berchtesgaden	160	120	1210.310 (18)
	Beteiligung am Ausbau der Ederseerandstraße zwischen Niederwerbe und Café Seeblick	314	300	1203.723
	Umbau der Brücke Nr. 308 im Zuge der Bundesstraße B 65 über das Oberhaupt der Schleuse Anderten (Vorarbeiten)	30	—	1203.727
	Beiträge zu den Kosten der Wiederherstellung kriegszerstörter Brücken fremder Baulastträger mit Bundesverkehrsinteressen	400	224	1203.955
	Ausbau der Wirtschaftswege (Grüner Plan)			
	Darlehen	· *)	—	(1002.574 a)
	Zuschüsse	· *)	50 000	(1002.574 b)
	Entschädigungen an die Gemeinden aus Anlaß der Übernahme der Baulast für ehemalige Privatstraßen des Bundes	2 000	3 000	2403.467
	Summe R 46	12 904*)	74 254	
49	**Einzelne Maßnahmen**			
	Veröffentlichungen, Beschaffung technischen und wissenschaftlichen Materials auf dem Gebiet des Straßenwesens	48	48	1210.310 (141)
	Summe R 4	1 078 176*)	1 129 394	
R 5	**Bundeswasserstraßen, Häfen**			
51	**Wasserstraßenverwaltung**	64 588	58 748	1203.101—111, 200—299, 779, 850, 870
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222)	— 1 979	— 2 154	

*) Der »Grüne Plan« ist global veranschlagt und wird erst später aufgeteilt. Ein Vergleich der Abschnittssummen ist somit zunächst nicht möglich.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
52	**Besondere Einrichtungen**			
	Wasserbau			
	Bundesanstalt für —	1 377	1 157	1206
	Gewässerkunde			
	Bundesanstalt für —	941	917	1207
	Unterhaltung, Betrieb, Ausbau			
54	Unterhaltung und Betrieb			
	Binnenwasserstraßen	55 800	58 800	1203.300
	Seewasserstraßen	62 700	55 700	1203.301
	Westberliner Wasserstraßen (Zuschuß an das Land Berlin)	2 344	2 344	1203.600
	Stromregulierung, Instandhaltung und Ausbau der Strombau- und Uferschutzwerke, Beseitigung von Stauschäden	30 898	36 600	1203.712, 713, 720—722, 731, 732, 733, 750—752, 754, 756, 761, 763, 772, 773, 785, 786, 793—796, 798, 806, 807, 808, 809, 812, 814, 817, 818
	Nordostseekanal			
	Wiederherstellung der planmäßigen Wassertiefe, Ergänzungen, Tunnelbau, Verstärkung der Leitwerke, Sicherung der Kaimauer im Binnenhafen Kiel-Holtenau	6 180	18 100	1203.788, 789, 791, 792 821, 825
	Sonstige Kanäle			
	Ausbau und Sicherungsarbeiten, Bau eines Pumpwerkes, Schleusenbeleuchtung, Beseitigung von Bergschäden	31 705	26 809	1203.715, 717, 725, 726, 730, 735, 738—740, 743, 748, 749, 828
	Maßnahmen und Aufwendungen zur Erfüllung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Ausbau des Oberrheins zwischen Basel und Straßburg	3 500	—	1203.755
	Bau eines Schutzhafens in Regensburg, Teilbetrag	500	600	1203.764
	Bau- und Finanzierungskosten einer Staustufe bei Geesthacht	2 500	600	1203.714
	Außergewöhnliche Fahrwasserbaggerungen in der Unterelbe	10 000	—	1203.799
	Ablösung von Unterhaltungslasten im Bereich der Staustufe Petershagen einschließlich restlicher Vollendungsarbeiten	400	400	1203.728
	Umlegungsverfahren an Kanälen	250	45	1203.737
	Hochwasserschädenbeseitigung			
	Sturmflutschäden	1 300	1 500	1203.711
	Räumung der Wasserläufe	6 000	8 687	1203.954/A 1203.710
	Betriebsanlagen der Wasserstraßen (Freileitungen, Kabel, Anlagen)	500	670	1203.871
	Schiffahrtssicherung (UKW-Fernsprechgeräte, Radaranlagen u. a., Richtfeuerpaare)	2 572	3 800	1203.980, 981, 982
	Eisbrechdienst, Abwendung von Eis- und Hochwassergefahr	410	410	1203.304
	Ersatz schwimmender Geräte	3 505	3 457	1203.305, 852, 859
	Ersatz für den abgängigen Leuchtturm »Rotersand«	500	—	1203.983
	Schiffsbauten			
	(Eisbrecher, Motorschlepper, Tonnenleger u. a.)	7 656	8 554	1203.857, 858, 861, 863, 864, 867
	Summe R 54	229 220	227 076	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
57	**Unternehmen**			
	Beteiligung an Bauvorhaben (Darlehen)			
	Mittelweser-AG	8 500	8 000	A 1203.724
	Rhein-Main-Donau-AG	6 300	8 800	A 1203.760
	Neckar-AG	9 000	9 000	A 1203.770
	Verstärkung der Eigenmittel der Rhein-Main-Donau-AG.	4 900	4 900	A 1203.890, 891
	Anteil am Stammkapital der Internationalen Mosel-GmbH.	17 300	6 000	A 1203.757
	Summe R 57	46 000	36 700	
59	**Einzelne Maßnahmen**			
	Ausbildungsstätten für Nachwuchsschulung, Lehrkurse	30	30	1203.302
	Erstattung von Befahrungsabgaben an Dritte	200	313	1203.320
	Untersuchungen über eine Vertiefungsmöglichkeit der deutschen Seewasserstraßen	- -	53	(1203.781)
	Aufstellung eines Entwurfs für den Bau einer Staustufe im Mainbecken 76,0 (Kleinostheim)	200	—	1203.767
	Abwicklung des Planfeststellungsverfahrens für die vor 1945 durchgeführten Ausbauten der Unterweser	500	500	1203.805
	Überarbeitung von Wasserstraßenplänen	20	20	1203.950
	Vermessungsarbeiten, Anfertigung von Bestandszeichnungen, Brückenbüchern und Bauunterlagen	250	217	1203.951
	Aufbau eines Versuchsfeldes für Schiffahrtszeichen und Signale	—	153	(1203.963)
	Ersatzleistungen infolge von Schiffsunfällen	80	80	1203.303
	Kosten der Besichtigungen und Beschickung von Ausstellungen	18	18	1203.307
	Summe R 59	1 298	1 384	
	Summe R 5	341 445	323 828	
R 6	**Wohnungsbau**			
61	**Sozialer Wohnungsbau**			
	Darlehen			
	für den mit öffentlichen Mitteln geförderten sozialen Wohnungsbau zugunsten der Umsiedlung von Land zu Land	10 000	35 000	A 2503.535
	für den mit öffentlichen Mitteln geförderten sozialen Wohnungsbau	596 000	668 000	A 2503.530
	an die Länder zur Finanzierung des Wohnungsbaues zugunsten der Flüchtlinge aus der sowjetischen Zone und Berlin sowie der ihnen gleichgestellten Personen	632 000	304 403	A 2503.532
	zur sonstigen Förderung von Maßnahmen zugunsten des sozialen Wohnungsbaues	42 754	39 113	2503.533
	Überweisung des Aufkommens aus der Kohlenabgabe an die Treuhandgesellschaft	175 000	265 000	2503.510
	Verbilligung der nachstelligen Finanzierung gewerblicher Räume des Mittelstandes bei Baumaßnahmen des sozialen Wohnungsbaues (Zuschüsse)	—	—	(2503.603)
	Summe R 61	1 455 754	1 311 516	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
62	**Besondere Maßnahmen auf dem Gebiet des Wohnungsbaues**			
	Prämien nach dem Wohnungsbauprämiengesetz	100 000	100 000	2503.620
	Darlehen zur Schaffung von Wohnraum für Verwaltungsangehörige des Bundes (ausgenommen für die Bundesbahn, Bundespost, die Bundeswehr und Bundeswehrverwaltung)	35 900	33 199	2503.830/A 2503.830
	Förderung von Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden			
	Darlehen	50 000	—	A 2503.531
	Zuschüsse	2 258	—	2503.608
	Bundeseigener Wohnungsbau für Angehörige der Bundesverwaltung	—	—	(A 2503.832)
	Zuschüsse als Hilfsmaßnahme zur Förderung des Familienheimbaues für bauwillige junge Eheleute	5 000	—	2503.606
	Wohnungsbau zugunsten der Bewohner von Wohnbaracken und Wohnlagern	10 000	—	A 2503.536
	Darlehen zur Schaffung von Wohnraum für Abgeordnete des Deutschen Bundestages sowie für Angehörige der inländischen Presse	—	—	(A 2503.833)
	Darlehen an die Länder zur Finanzierung des Wohnungsbaus zugunsten der Evakuierten	20 000	20 000	A 2503.534
	Summe R 62	223 158	153 199	
67	**Wohnungswirtschaftliche Unternehmen**			
	Erwerb von Beteiligungen	1 800	6 000	2502.895
	Erwerb von Beteiligungen an wohnungswirtschaftlichen Unternehmen in der Form von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (§ 88 Abs. 3 RHO.)	—	8 000	(2502.890)
	Darlehen an die Gemeinnützige Deutsche Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Dahlem	3 000	5 000	2502.962
69	**Sonstige Maßnahmen**			
	Zuschuß an die Bau- und Grundstücks AG für die Beseitigung von Kriegsschäden an von ihr verwalteten Gebäuden	—	—	(0804.601)
	Summe R 6	1 683 712	1 483 715	
	Hinweis:			
	Unterbringung von nichtkasernierten Angehörigen der Bundeswehr und von Angehörigen der Bundeswehrverwaltung (siehe C 16)	(201 400)	(114 320)	1412.830
R 8	**Wiederaufbau, Kriegsschädenbeseitigung**			
81	**Wiederaufbau der Insel Helgoland**			
	Wiederaufbau der Anlagen	2 500	3 150	1203.787
	Weitere Aufbauvorhaben (Versorgungsanlagen, Wohnungsbau u. a.)			
	Darlehen	—	3 000	(6002.573 a)
	Zuschüsse	3 000	1 350	6002.573 b
87	**Unternehmen**			
	Helgoland-Aufbau G. m. b. H. (Verwaltungskostenbeitrag an —)	17	15	6002.622
	Summe R 8	5 517	7 515	
R 9	**Sonstige Baumaßnahmen**			
	Wiederherstellung des Reichstagsgebäudes in Berlin	3 500	4 000	2403.712
	Instandsetzung des Rundfunkhauses Berlin	642	4 033	2403.714
	Einrichtung von Bundesorganen in Berlin	1 657	2 000	2403.718, 719
	Summe R 9	5 799	10 033	
	Summe R	3 145 922*)	2 971 873	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Wohnungsbau (siehe A 3)	(5 180)	(4 908)	2501

*) Der »Grüne Plan« ist global veranschlagt und wird erst später aufgeteilt. Ein Vergleich der Abschnittssummen ist somit zunächst nicht möglich.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
S	**Allgemeines Finanzwesen**			
S 1	**Steuern, Zölle, Monopole, Finanzzuweisungen**			
11	**Steuern**			
	Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten	14 500	16 500	2502.600
	Abführung der Ausgleichsabgaben an den LA-Fonds ..	1 910 000	1 933 000	4005.300
12	**Zölle und Monopole**			
	Gewinnanteile der Svenska - Tändsticks - Aktiebolaget, Schweden, aus dem Zündwarenmonopol	4 500	4 500	6002.301
13	**Finanzzuweisungen, Allgemeine —**			
	Zuschuß an den Landeshaushalt Berlin, Zuschuß zum Aufbauplan, Bundesdarlehen	940 000	1 060 000	6005.570/A 6005.571
	Finanzhilfe an das Saarland			
	Darlehen	65 000	65 000	A 6002.574 a
	vgl. ferner P 27, S 54			
19	**Sonstige Leistungen**			
	Ausgleichszahlungen an die Svenska-Tändsticks-Aktiebolaget, Schweden	—	—	(6004.301)
	Summe S 1	2 934 000	3 079 000	
S 2	**Versorgung**			
	Versorgung der Bundesbeamten	63 599	51 149	3303
	Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Überleitungsgesetz vom 24. August 1951 (BGBl. I S. 774) vom Bund übernommen worden sind	77 375	90 350	3306
	Summe S 2	140 974	141 499	
	Hinweis:			
	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr (siehe C 1)	(79 633)	(14 497)	3304
S 3	**Schuldendienst**			
31/32	**Verzinsung und Tilgung**			
	Inlandsschulden			
	Verzinsung der Anleihen des Bundes (einschl. der laufenden jährlichen Tilgung)	905 199	753 468	3205.680
	Bedienung der verbrieften Reichsschuldentitel	111 000	218 000	3205.683
	Gewährung von Entschädigungen für Gewinne auf verspätet vorgelegte Prämienschatzanweisungen ..	70	80	3205.682
	Verzinsung der zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Bundeshauptkasse aufgenommenen Mittel	50 000	—	3205.681
	Einlösung der Bundesanleihe	—	—	(3205.687)
	Erstattung der Zinsen und Tilgungsleistungen für Ausgleichsforderungen aus der Umstellung überörtlicher Berliner Uraltguthaben	3 960	3 960	3209.685
	Erstattung der Aufwendungen für die Ausgleichsforderungen der verlagerten Deutschen Pfandbriefanstalt an die Länder	1 186	1 186	3209.683
	Bedienung der Altsparerentschädigung auf die Anleihen und verzinslichen Schatzanweisungen des Deutschen Reiches und des ehemaligen Landes Preußen	40 000	—	3205.690
	Zusammen	1 111 415	976 694	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
noch: S 31/32				
	Auslandsschulden			
	Tilgung der durch das Londoner Schuldenabkommen und im Zusammenhang damit entstandenen Verbindlichkeiten	112 326	136 391	3205.685
	Leistungen des Bundes nach dem Gesetz zur Ausführung des Abkommens vom 27. Januar 1953 über deutsche Auslandsschulden	—	3 100	(3209.683) (3209.682)
	Verzinsung und Tilgung der durch das Abkommen mit der Schweiz vom 26. August 1952 geregelten Verbindlichkeiten (ohne Verbindlichkeiten für Investitionszwecke)	24 700	48 715	3209.680
	Tilgung der durch das Abkommen mit der Schweiz vom 26. August 1952 geregelten Verbindlichkeiten für Investitionszwecke	—	21 500	(3209.682)
	Zahlungen an die USA auf Grund der Verbindlichkeiten aus der Lieferung von Überschußgütern	168 000	168 000	3205.686
	Erstattung von Zahlungen an die Konversionskasse	25 000	40 000	3209.684
	Zusammen	330 026	417 706	
	Summe S 31/32	1 441 441	1 394 400	
33	**Rückkauf**			
	Rückkauf von Schuldurkunden des Bundes	850	1 300	3207.300
	Ankauf von Schuldurkunden des Bundes und vom Bund verbürgter Schuldurkunden	20 000	1 000	3207.301
34	**Inanspruchnahme von Bürgschaften**			
	Inanspruchnahme aus Bürgschafts-, Gewähr- oder anderen ähnlichen Zwecken dienenden Verträgen (einschl. der anfallenden Kosten)	220 000	200 000	3208.525
	Summe S 3	1 682 291	1 596 700	
	Hinweis:			
	Bundesschuldenverwaltung (siehe G 2)	(177 881)	(107 922)	3203.100—299, 300, 301, 303, 304
S 4	**Vermögen**			
42	**Allgemeines Grund- und Sachvermögen**			
	Ausgaben aus Anlaß der Übergabe von Liegenschaften an den Bund	700	400	2403.468
	Unterhaltung der Gebäude des allgemeinen Sachvermögens	31 000	31 000	2403.400
	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie Erwerb von Haus- und Baugrundstücken des allgemeinen Sachvermögens	6 500	7 000	2403.401
	Bewirtschaftung von Grundstücken des allgemeinen Sachvermögens	27 500	28 000	2403.402
	Vermischte Ausgaben für das allgemeine Sachvermögen (ohne Forsten)	350	350	2403.469

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
noch: S 42				
	Erstattung von Investierungen Dritter, Ablösung von Hypotheken	6 300	8 640	2403.951
	Erwerb von Grundstücken für das allgemeine Sachvermögen	2 900	5 000	2403.706
	Durchführung vom Reich vor dem Zusammenbruch eingeleiteter Grunderwerbsgeschäfte	—	—	(0804.705)
	Unterhaltung überregionaler Einrichtungen des ehem. Reichs	593	610	0804.600
	Instandsetzung, Beseitigung von Kriegsschäden und Umbauten von Grundstücken	13 825	7 250	2403.710, 711, 713, 715, 717, 720—788, 820
	Beseitigung militärischer Anlagen des Westwalls	2 000	4 000	2403.960
	Ruinengelände Berlin, Oranienstr. 100–109 Kosten bei der Bergung von Schrott und Altmaterial	70	80	2403.405
	Vermögensabgabe nach dem Gesetz über den Kostenausgleich für das ehemalige Reichsvermögen	7 500	7 500	2403.223
	Wiederaufbau (Sondervermögensverwaltung Berlin)	—	6 435	(2403.740—747, 765—769, 780—783)
	Erfassung, Verwaltung und Verwertung des beschlagnahmten KPD-Vermögens	100	200	0601.309
	Abwicklung von Siedlungsvorhaben	400	500	2403.952
43	**Sondervermögen**	—	—	
	Summe S 4	99 738	106 965	
S 5	**Besondere Kriegsfolgelasten**			
53	**Wiedergutmachung**			
	Innere Restitutionen (Verwaltungsamt für —)	269	294	0810
	Bundesergänzungsgesetz (BEG), Leistungen des Bundes zur Entschädigung für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung	1 300 000	1 300 000	6004.311
	Allgemeines Kriegsfolgengesetz, Leistungen des Bundes	120 000	168 000	6004.315/A 6004.315
	Sonstige Entschädigungsleistungen			
	Leistungen auf Grund des Bundesrückerstattungsgesetzes	250 000	250 000	6004.350
	Betreuung überlebender Opfer von Menschenversuchen	200	200	0802.300
	Entschädigung von ehemaligen Bediensteten jüdischer Gemeinden	24 000	26 000	0615.609
	Zahlungen gemäß §§ 21 a und 22 b BWGöD	2 300	1 800	6004.140
	Summe S 53	1 696 769	1 746 294	
54	**Leistungen auf Grund von Staatsverträgen**			
	Wiedergutmachung an Israel	250 000	250 000	3209.681
	Leistungen des Bundes nach dem Abkommen mit Irland vom 25. Juli 1954	—	192	(3209.684)
	Zahlung an Portugal (Deutsch-portugiesisches Vermögensabkommen)	—	11 000	(6004.955)
	Deutsch-belgischer Vertrag über die Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze	—	6 200	(6004.956)
	Leistungen an die Französische Republik nach dem Saarvertrag	680 000	—	A 6002.535

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
noch: S 54				
	Übernahme eines von Frankreich dem Saarland gewährten Darlehens	75 886	—	A 6002.534
	Abgeltung niederländischer Ansprüche auf Restitution von RM-Obligationen	8 500	4 500	6004.300
	Zahlungen auf Grund des Abkommens über die Liquidation des früheren deutsch-schweizerischen Verrechnungsverkehrs vom 16. Juli 1956	—	—	(6004.951)
	Summe S 54	1 014 386	271 892	
59	**Kriegsgräberfürsorge, Suchdienst, Beiträge u. a.**			
	Aufwendungen für Kriegsgräber	8 437	9 123	0615.302
	Kosten der Erhaltung deutscher Kriegsgräber im Ausland sowie von Personen, die infolge nationalsozialistischer Verfolgung ausgewandert und verstorben sind	—	6 500	(0502.630)
	Beteiligung an der Wiederherstellung jüdischer Friedhöfe	500	475	0602.643
	Zuschuß für die Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht	6 950	6 750	0602.601
	Zuwendungen für die Erfüllung von Suchdienstaufgaben und die dokumentarische Erfassung der deutschen Kriegsgefangenen, der Wehrmachtsvermißten, der Zivilverschleppten und der vermißten Heimatvertriebenen	7 602	8 010	2602.302, 306, 602
	Finanzierung des Internationalen Suchdienstes Arolsen	1 960	1 960	2602.675
	Summe S 59	25 449	32 818	
	Summe S 5	2 736 604	2 051 004	
S 6	**Allgemeine Rücklagen**			
	Betriebsmittelrücklage	—	—	(6002.520)
S 7	**Nicht aufteilbare Posten**			
71	**Verstärkungsmittel**			
	Verstärkung der Mittel für Personalausgaben des Bundes	—	—	(6002.199)
72	**Globalabstriche**			
	Minderausgabe im Bundeshaushalt	– 2 000 000	– 688 200	(6002.699)
S 8	**Abwicklung der Vorjahre**			
	Zur Deckung von Fehlbeträgen aus den Vorjahren	—	—	(6002.999)
S 9	**Beitrag an den außerordentlichen Haushalt**	—	—	
	Summe S	5 593 607	6 286 968	
	Gesamtausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts	39 121 826	38 723 743	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1959 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1958	Fundstelle im Haushaltsplan 1959
		— 1 000 DM —		
	Nachrichtlich: Bundesregierung			
	(Aufgliederung der Kennziffer A 31)			
	Bundeskanzler und Bundeskanzlei	3 638	3 501	0401.100—299, 301, 850, 870, 880
	Auswärtiges Amt	31 032	31 684	0501.100—299, 850, 870—872, 951
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222)	— 43	— 39	
	Bundesministerium für Verteidigung	56 323	54 096	1401.100—299, 302—304, 306, 310, 719, 720, 850, 870, 871
	Bundesministerium des Innern	15 007	15 045	0601.100—299, 850, 870, 880
	Bundesministerium der Justiz	6 214	6 064	0701.100—299, 850, 870—872, 880
	Bundesministerium der Finanzen	31 037	30 896	0801
	Bundesministerium für Wirtschaft	28 191	26 652	0901.100—299, 712, 850, 870, 880
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222)	— 1 125	— 762	
	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	14 083	12 423	1001.100—299, 850, 870
	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	10 095	9 663	1101.100—299 (ohne 223), 300, 850, 870
	Bundesministerium für Verkehr	18 863	17 935	1201 1202.710, 955
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222)	— 339	— 339	
	Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen	74	75	1301
	Bundesministerium für wirtschaftl. Besitz des Bundes	6 281	6 033	2401
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222)	— 1 866	— 1 382	
	Bundesministerium für Wohnungsbau	5 375	5 000	2501
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222)	— 195	— 92	
	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	4 631	4 447	2601.100—299, 850, 870 2602.300
	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen	5 059	4 925	2701.100—299, 850—871, 880
	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates	706	733	2801
	Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen	2 104	1 641	2901.100—299, 300, 712, 850, 870, 880
	Bundesministerium für Atomfragen	4 249	3 685	3101.100—299 (ohne 225 [1]), 301 (1), 850, 870—872, 880
	Summe A 31	239 399	231 884	

Haushaltsquerschnitt

(Einnahmen und Ausgaben des Bundes für das Rechnungsjahr 1959)

Aufgabenbereiche des Funktionenplans	Einnahmen					
	Fortdauernde Einnahmen					
	Verwaltungseinnahmen	Betriebseinnahmen	Gewinne aus Unternehmen, Einnahmen aus Sondervermögen	Zinsen und Tilgung	Zuweisungen von Gebietskörperschaften/ LAF/SV (Z) Zuschüsse	Steuern (St) / Sonstige Einnahmen
Titel	1—14	15—24	25—44	45—60	61—65	St, 66—69
	1	2	3	4	5	6
Ordentlicher Haushalt						
A. Bundespräsident, Gesetzgebung, Bundesregierung	2,8	0,1	0,3	0,5	—	0,7
B. Auswärtige Angelegenheiten	3,4	—	—	—	—	0,2
C. Verteidigung (einschl. zivile Verteidigung)	26,2	—	—	24,4	(Z) 0,0 11,0	25,8
D. Öffentliche Sicherheit	0,4	—	—	0,2	—	0,2
E. Rechtsschutz	2,3	—	—	—	—	0,0
F. Inn. Verwaltung u. allgem. Staatsaufgaben	0,2	0,2	—	0,0	—	0,0
G. Finanzverwaltung	28,4	—	—	1,7	—	2,2
H. Schulen	—	—	—	—	—	—
J. Wissenschaft und Forschung	3,6	1,1	0,1	1,3	(Z) 0,0 0,4	0,1
K. Kunst, Volksbildung usw.	0,0	0,0	—	—	0,0	—
L. Soziale Sicherung	52,3	0,0	—	170,9	(Z) 0,6 6,1	5,6
M. Gesundheit, Sport, Jugendpflege	0,0	0,3	—	2,0	—	0,0
N. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5,6	12,7	0,0	21,2	(Z) 24,0	390,6
O. Wasser- und Kulturbau, Wasserversorgung	—	—	—	2,7	—	—
P. Wirtschaft	42,8	—	112,8	34,2	0,4	0,0
Q. Verkehr	28,0	—	329,5	108,8	—	0,0
R. Bau- und Wohnungswesen	64,9	—	2,2	115,3	—	2,4
darunter: *Wohnungsbau*	—	—	*1,9*	*107,1*	—	—
Straßenwesen	*5,4*	—	*0,3*	*4,8*	—	*2,1*
S. Allgemeines Finanzwesen	—	112,9	—	66,2	—	(St) 32 232,0 52,5
Ordentlicher Haushalt zusammen	260,9	127,3	444,8	[8]) 549,5	(Z) 24,6 17,9	(St) 32 232,0 480,2
Außerordentlicher Haushalt						
C. Verteidigung (einschl. zivile Verteidigung)	—	—	—	—	—	—
N. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	—	—	—	—	—	—
P. Wirtschaft	—	—	—	—	—	—
Q. Verkehr	—	—	—	—	—	—
R. Bau- und Wohnungswesen	—	—	—	—	—	—
darunter: *Wohnungswesen*	—	—	—	—	—	—
Straßenwesen	—	—	—	—	—	—
S. Allgemeines Finanzwesen	—	—	—	—	—	—
Außerordentlicher Haushalt zusammen	—	—	—	—	—	—
Gesamtsumme	260,9	127,3	444,8	[8]) 549,5	(Z) 24,6 17,9	(St) 32 232,0 480,2
darunter: *Durchlaufende Mittel*	—	—	—	*15,0*	—	*(St) 2 070,0*

*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — [1]) Einschl. 231,5 Mill. DM Erstattungen (1402/222). — [2]) Darunter 15,7 Mill. DM an Sozialversicherungsträger. — [3]) Abweichend von der Veranschlagung im Haushaltsplan sind hier Bauten und Grund-

Haushaltsquerschnitt

Einnahmen und Ausgaben des Bundes für das Rechnungsjahr 1959

Vorläufiges Haushalts-Soll (Regierungsentwurf) Millionen DM*)

Einnahmen: Einmalige Einnahmen – Anleihen (A)	Einnahmen: Insgesamt	Ausgaben: Personalausgaben – Versorgung (V)	Ausgaben: Sachausgaben	Ausgaben: Allgemeine Ausgaben: Zuweisungen an Gebietskörpersch./LAF/SV (Z) – Zuschüsse, Beihilfen	Ausgaben: Allgemeine Ausgaben: Renten, Unterstützungen (R) – Sonstige Ausgaben	Ausgaben: Allgemeine Ausgaben: Betriebsausgaben	Ausgaben: Allgemeine Ausgaben: Zuschüsse an Unternehmen, Ausgaben an Sondervermögen, Rücklagen – Bürgschaften (B)	Ausgaben: Allgemeine Ausgaben: Darlehen an Gebietskörperschaften/LAF/Sozialversicherung	Ausgaben: Allgemeine Ausgaben: Sonstige Darlehen	Ausgaben: Allgemeine Ausgaben: Zuweisungen an Gebietskörperschaften/LAF/Sozialversicherung	Ausgaben: Allgemeine Ausgaben: Zuschüsse und Beihilfen	Ausgaben: Allgemeine Ausgaben: Schuldendienst (Sch) – Übrige Ausgaben	Ausgaben: Allgemeine Ausgaben: Zusammen	Ausgaben: Einmalige Ausgaben: Erwerb von Grundstücken	Ausgaben: Einmalige Ausgaben: Neu-, Um- und Erweiterungsbauten – Darlehen (D)	Ausgaben: Einmalige Ausgaben: Anschaffung von Fahrzeugen, Einrichtungsgegenständen u. dgl.	Ausgaben: Einmalige Ausgaben: Erwerb von Beteiligungen	Ausgaben: Einmalige Ausgaben: Subventionen (S) – Sonstige einmalige Ausgaben	Ausgaben: Einmalige Ausgaben: Zusammen	Ausgaben: Insgesamt	Aufgabenbereiche
70—99	1—99	100—199	200—299	300—399		400—499	500—529	530—569, 570a—599a		570b—599b, 600—679		680—699	300—699	700—709	710—849	850—889	890—900	901—999	700—999	100—999	
7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	
0,1	4,5	202,7	43,8	—	28,0	—	—	—	—	—	0,5	—	28,5	—	(D) 0,8 / 0,1	2,1	—	1,0	3,9	279,0	A.
0,3	3,8	125,9	19,4	0,2	34,9	—	—	—	—	—	3,4	—	38,5	—	6,0	3,3	—	0,9	10,2	194,0	B.
2,4	89,8	(V) 1 763,6 / 79,6	[1]) 482,8	(Z) 35,0 / 31,6	(R) 0,1 / 5 390,0	1,8	—	12,2	12,0	63,1	66,8	—	5 612,6	81,0	(D) 79,9 / 1,4	1 360,3	51,5	1 812,2	3 386,3	11 324,9	C.
0,1	0,8	118,0	15,5	0,5	40,6	—	—	—	—	—	2,1	—	43,2	—	99,5	33,8	—	—	133,4	310,1	D.
0,1	2,4	20,3	2,4	—	1,5	—	—	—	—	—	0,1	—	1,6	—	1,1	0,5	—	1,0	2,6	27,0	E.
—	0,4	30,0	– 1,8	—	84,2	—	—	—	—	—	2,9	—	87,0	—	0,1	0,4	—	3,1	3,6	118,8	F.
5,0	37,3	376,9	[5]) 160,6	—	(R) 0,2 / 209,6	—	—	—	0,2	—	0,2	—	210,2	0,5	(D) 10,8 / 3,0	6,0	—	—	20,3	768,0	G.
—	—	—	—	33,6	—	—	—	—	—	2,4	9,6	—	45.6	—	—	—	—	3,0	3,0	48,6	H.
0,0	6,7	46,5	– 5,3	(Z) 0,0 / 2,1	15,2	0,8	—	—	—	0,0	321,7	—	339,9	1,0	6,8	2,3	15,0	57,2	82,3	463,4	J.
—	0,0	0,1	0,0	—	0,0	—	—	—	—	—	27,7	—	27,7	—	1,0	—	—	—	1,0	28,8	K.
1,5	237,0	(V) 15,1 / 1 512,9	2,2	(Z)[2]) 854,9 / 17,0	(R) 3 665,4 / 37,5	—	—	8,8	53,8	[4]) 406,0 / (SV) 5 199,1	135,5	—	10 378,0	—	1,5	0,0	—	11,4	12,9	11 921,1	L.
0,0	2,3	5,4	1,1	—	1,0	—	—	—	—	—	61,3	—	62,3	—	3,8	0,9	—	5,2	9,8	78,6	M.
0,0	454,1	4,4	1,8	—	1,0	10,4	—	—	1,0	44,3	405,7	—	462,3	—	0,8	0,1	—	(S) 251,4 / 1 391,1	1 643,4	2 111,9	N.
—	2,7	—	—	—	0,0	—	—	0,6	—	69.2	30,0	—	99,8	—	0,4	—	—	—	0,4	100,2	O.
50,1	240,2	45,9	7,2	0,0	27,6	—	—	—	111,2	60,0	266,0	—	464,8	—	2,4	3,1	85,0	(S) 11,0 / 58,3	159,8	677,7	P.
0,0	466,4	30,4	4,6	—	(R) 0,1 / 24,9	1,2	145,0	26,5	466,6	—	48,6	14,0	727,0	—	1,4	6,1	—	(S) 46,4 / 1,1	55,0	816,9	Q.
0,8	185,5	61,0	[6]) 6,9	(Z) 41,8	[3]) 378,1	2,0	175,0	67,8	—	104,6	9,9	—	779,2	[3]) 10,5	[3]) 647,0 / (D) 8,9	8,8	1,8	[9]) 7,7	684,8	1 531,9	R.
0,0	*109,0*	—	—	—	—	—	*175,0*	*42,8*	—	*102,3*	*5,0*	—	*325,0*	—	*(D) 8,9*	—	*1,8*	*[9]) 3,0*	*13,7*	*338,7*	.
0,5	*13,1*	*0,6*	*0,1*	(Z) *41,8*	*255,6*	*2,0*	—	—	—	—	—	—	*299,4*	*[3]) 10,5*	*[3]) 549,1*	*0,0*	—	*0,4*	*560,0*	*860,2*	.
1 226,3	33 689,8	(V) 2,5 / 141,0	7,5	(Z) 3 218,4	– 1 579,0	—	(B) 220,0	—	—	854,5	40,9	(Sch) 1 416,4 / 275,0	4 446,3	2,9	13,8	—	—	8,7	25,4	4 622,7	S.
1 286,6	35 423,8	(V) 2 848,8 / 1 733,5	[7]) 748,9	(Z)[2]) 4 150,1 / 85,0	(R) 3 665,8 / [3]) 4 695,2	16,2	(B) 320,0 / 220,0	115,8	644,7	[4]) 1 604,1 / (SV) 5 199,1	1 432,8	(Sch) 1 416,4 / 289,0	[8]) 23 854,4	95,9	(D) 877,2 / 13,4	1 427,6	153,3	(S) 308,8 / [9]) 3 362,0	[3]) 6 237,8	35 423,8	
—	—	—	—	—	300,0	—	—	—	—	—	—	—	300,0	—	(D) 200,0	—	—	—	200,0	500,0	C.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	150,0	—	—	—	150,0	—	—	—	—	—	—	150,0	N.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	128,2	44,6	172,8	172,8	P.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	260,0	—	—	—	260,0	—	—	—	30,4	—	30,4	290,4	Q.
—	—	—	—	—	—	—	—	1 318,0	—	—	—	—	1 318,0	—	[3]) 248,8 / (D) 42,3	—	4,9	—	296,0	1 614,0	R.
—	—	—	—	—	—	—	—	*1 318,0*	—	—	—	—	*1 318,0*	—	*(D) 27,0*	—	—	—	*(D) 27,0*	*1 345,0*	.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	*[3]) 218,0*	—	—	—	*218,0*	*218,0*	.
(A) 3 698,1	3 698,1	—	—	—	50,0	—	—	100,0	820,9	—	—	—	970,9	—	—	—	—	—	—	970,9	S.
(A) 3 698,1	3 698,1	—	—	—	350,0	—	—	1 418,0	1 230,9	—	—	—	[8]) 2 998,9	—	248,8 / (D) 242,3	—	163,5	44,6	[3]) 699,2	3 698,1	
1 286,6 / (A) 3 698,1	39 121,8	(V) 2 848,8 / 1 733,5	748,9	(Z)[2]) 4 150,1 / 85,0	(R) 3 665,8 / [3]) 5 045,2	16,2	(B) 320,0 / 220,0	1 533,8	1 875,6	[4]) 1 604,1 / (SV) 5 199,1	1 432,8	(Sch) 1 416,4 / 289,0	[8]) 26 853,3	95,9	1 126,0 / (D) 255,7	1 427,6	316,8	(S) 308,8 / [9]) 3 406,6	[8]) 6 937,0	39 121,8	
—	*2 085,0*	—	—	(Z) *1 910,0*	—	—	*175,0*	—	—	—	—	—	*2 085,0*	—	—	—	—	—	—	*2 085,0*	

erwerb für Bundesfernstraßen nicht in Spalte 12, sondern in den Spalten 21 und 22 nachgewiesen. — [4]) Darunter 387,2 Mill. DM an Lastenausgleichsfonds. — [5]) Darunter 160,2 Mill. DM Erstattung von Verwaltungskosten an Gebietskörperschaften. — [6]) Darunter 0,9 Mill. DM Erstattung von Verwaltungskosten an Gebietskörperschaften. — [7]) Darunter 161,1 Mill. DM Erstattung von Verwaltungskosten an Gebietskörperschaften. — [8]) Davon: 146,7 Mill. DM Zinsen und 402,8 Mill. DM Tilgung. — [9]) Darunter 3,0 Mill. DM Darlehen.

Anlage 2

Änderungsvorschläge und Bemerkungen des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung zu den Änderungsvorschlägen und Bemerkungen des Bundesrates

A. Haushaltsgesetz 1959

Zu § 1

Die in § 1 des Haushaltsgesetzes aufgeführten Beträge sind den Änderungsvorschlägen unter C (Bemerkungen zu den Einzelplänen) entsprechend zu ändern.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

B. Allgemeine Bemerkungen

In den Allgemeinen Bemerkungen zum Bundeshaushalt 1958 hatte der Bundesrat auf die große Zahl von Stellenhebungen und Mehrstellen hingewiesen und dem Bundestag empfohlen, den Personalhaushalt aus dem Vorjahr im wesentlichen unverändert zu übernehmen. Der Bundesrat hat aus den weiteren parlamentarischen Verhandlungen mit Befriedigung entnommen, daß sich der Bundestag von gleichen Erwägungen leiten ließ. Der Entwurf des Haushalts 1959 sieht jedoch erneut Personalveränderungen vor, darunter solche, die der Bundestag 1958 abgelehnt hat. Insgesamt werden (ohne Verteidigungshaushalt) nahezu 2000 Dienstkräfte mehr angefordert. Da eine auf Einschränkungen des Personalbestandes gerichtete Politik nur zum Ziele führen kann, wenn sie längere Zeit hindurch folgerichtig durchgeführt wird, empfiehlt der Bundesrat dem Bundestag erneut, den bisherigen Personalhaushalt unverändert zu belassen, soweit nicht in besonderen Fällen Ausnahmen geboten sind.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Mehrforderungen für Personal betragen ohne Wehrverwaltung nicht 2000 Stellen, sondern 1484; davon 157 Beamte, 1246 Angestellte und 81 Arbeiter. Von den Angestellten entfallen rund 1000 auf den Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr, davon 250 auf Flugsicherung, 650 auf die tarifliche Umgruppierung von Arbeitern, die bisher bei den Betriebs- und Unterhaltungstiteln ausgewiesen waren. Im übrigen hat die Bundesregierung entsprechend der Entschließung des Deutschen Bundestages zum Haushaltsgesetz 1958 neue Stellen nur bewilligt, soweit der Mehrbedarf eine unvermeidliche Folge weiterer Belastungen aus der Erfüllung gesetzlicher Aufgaben ist und durch personelle Umbesetzungen nicht gedeckt werden kann.

C. Bemerkungen zu den Einzelplänen

Einzelplan 05 — Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts —

Kap. 05 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 303 — Förderung des deutschen Schulwesens im Ausland und Pflege der Beziehungen zum Ausland auf dem Gebiet des Schul- und Erziehungswesens —

Der Bundesrat hält es für angebracht, daß die im Ausland tätigen deutschen Lehrkräfte künftig analog den vergleichbaren Bediensteten der Bundesrepublik im Ausland behandelt werden.

Die an deutsche Auslandsschulen entsandten Lehrkräfte werden von ihren Dienstherren ohne Weitergewährung ihrer Dienstbezüge beurlaubt. Sie treten in ein privates Dienstverhältnis zu den jeweiligen Schulträgern im Ausland. Durch die Gewährung von Ausgleichszulagen durch den Bund, auf die ein Rechtsanspruch nicht besteht, wird nunmehr

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung
	sichergestellt, daß alle in das Ausland entsandten deutschen Lehrer — ohne Rücksicht auf die von den Schulträgern gezahlten unterschiedlichen Vergütungen — nach einheitlichen Grundsätzen abgefunden werden und daß sie dadurch (unter gleichzeitiger Berücksichtgung des jeweiligen Kaufkraftunterschiedes zwischen In- und Ausland) mindestens wirtschaftlich so gestellt werden wie vergleichbare Bundesbeamte im Inland. Die ab Rechnungsjahr 1959 vorgesehene Regelung stellt eine erhebliche Verbesserung der Bezüge der deutschen Lehrer im Ausland dar. Sie geht in den meisten Fällen nicht unwesentlich über die Abfindung der Inlandslehrer hinaus und trägt damit den Erfordernissen in ausreichendem Umfange Rechnung. Eine weitergehende Anpassung der Bezüge der deutschen Auslandslehrkräfte an die Bezüge der im Ausland verwendeten Beamten und Angestellten des Bundes ist aus finanziellen Gründen sowie auch aus anderen Gesichtspunkten zur Zeit nicht möglich.

Tit. 600 — Zuschuß an die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde —

Tit. 601 — Zuschuß an die Süosteuropa-Gesellschaft —

Die Bundesregierung wird gebeten, zu prüfen, ob nicht die unterschiedlich in den Haushalten des Auswärtigen Amts und des Bundesministers des Innern ausgewiesenen Ansätze für Zuschüsse an mit Fragen der Osteuropaforschung befaßte Stellen, nämlich Einzelplan 05 — Kap. 05 02 — Tit. 600: Zuschuß an die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde und Tit. 601: Zuschuß an die Südosteuropa-Gesellschaft sowie Einzelplan 06 — Kap. 06 02 — aus Tit. 614 b) die in den Erläuterungen Nr. 4 aufgeführten a) Osteuropa-Institut in München b) Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin c) Südost-Institut in München d) Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung Tübingen e) Kommission zur Erforschung der Agrar- und Wirtschaftsverhältnisse des europäischen Ostens e. V. im Interesse einer Koordinierung zweckmäßig in einem Haushalt untergebracht werden sollten.	Die Bundesregierung wird prüfen, ob dem Vorschlag des Bundesrates gefolgt werden kann.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung

Einzelplan 06 — Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern —

Kap. 06 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 570 — Aufwendungen für Fürsorgezwecke —

a) Leistungen auf Grund rechtlicher Verpflichtungen des Bundes

Der Bundesrat hat zum Tbc-Hilfegesetz eine Änderung des § 36 Abs. 1 vorgeschlagen. Dieser Änderungsvorschlag zielt darauf ab, auch die den Landesfürsorgeverbänden entstehenden Heilbehandlungskosten zwischen Bund und Ländern zu teilen. Der Bundesrat setzt voraus, daß durch den bei Tit. 570 Abschnitt a) veranschlagten Anteil des Bundes von 30 Mio DM an den Aufwendungen der Landesfürsorgeverbände als Träger der Tuberkulosehilfe die Entscheidung über § 36 Abs. 1 des Tbc-Hilfegesetzentwurfs nicht präjudiziert wird.	Die Bundesregierung geht davon aus, daß der Ansatz dem Bedürfnis entspricht.

Tit. 614 — Förderung der Wissenschaft —

b) Förderung von wissenschaftlichen Institutionen von überregionaler Bedeutung

Der Bund hat bei Tit. 614 b) Zuschußmittel an die Max-Planck-Gesellschaft in Göttingen in Höhe von 8 315 000 DM und Mittel zur Förderung von Forschungsinstituten von überregionaler Bedeutung im Rahmen des Königsteiner Abkommens in Höhe von 25 000 000 DM veranschlagt. Es wird unterstellt, daß hierdurch der Beschluß der Ministerpräsidenten in der Konferenz am 16./17. Oktober 1958 über Maßnahmen des Bundes und der Länder zur Förderung kultureller Aufgaben nicht berührt wird.	Die Bundesregierung nimmt von der Bemerkung des Bundesrates Kenntnis.

Tit. 614 — Förderung der Wissenschaft —

c) Förderung von gesamtdeutschen und internationalen Aufgaben der wissenschaftlichen Hochschulen

Die in den Erläuterungen unter Nr. 1 angegebene Bezeichnung ist durch die Bezeichnung „Förderung von gesamtdeutschen Aufgaben an wissenschaftlichen Hochschulen" zu ersetzen. Die Änderung dient der Klarstellung.	Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlage des Bundesrates zu.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung
Tit. 615 — Studentenförderung —	
a) für Studienbeihilfen	
Der Ansatz von 45 297 000 DM ist um 6 Mio DM auf 51 297 000 DM zu erhöhen.	Die Bundesregierung hält an der Regierungsvorlage fest.
Bei der Veranschlagung der Förderungsmittel für die Durchführung des Honnefer Modells ist nicht die erhebliche Steigerung der Studentenzahlen auf Grund der starken Geburtsjahrgänge 1938 ff. berücksichtigt worden, die für das Rechnungsjahr 1958 mit rund 11 v. H. angenommen werden kann (vgl. Bulletin der Bundesregierung Nr. 202 vom 30. Oktober 1958 S. 2012). Eine gleiche Steigerung muß für das Rechnungsjahr 1959 erwartet werden. Entsprechend dürfte sich der Anteil der Studenten erhöhen, welche die Voraussetzungen für eine Förderung nach dem Honnefer Modell erfüllen. Dieser Anteil liegt nach den Erfahrungen der Länder ohnehin bereits höher als der Prozentsatz, welcher von der Bundesregierung dem vorgesehenen Förderungsansatz zugrunde gelegt wird. Eine weitere Erhöhung der Studentenzahlen ergibt sich schließlich noch daraus, daß von verschiedenen Ländern ein Hochschulstudium zur Voraussetzung für die Ausbildung zum Volksschullehramt vorgeschrieben wird.	
(*Deckungsvorschlag:* siehe Empfehlung zu Einzelplan 32 Kap. 32 05 Tit. 681)	
Kap. 06 16 — Institut für Angewandte Geodäsie in Frankfurt (Main) und Außenstelle Berlin —	
Der Bundesrat behält sich seine endgültige Stellungnahme zu Kap. 06 16 vor. Das von dem Beauftragten für Wirtschaftlichkeit in seiner gutachtlichen Äußerung vom 8. August 1958 in Aussicht gestellte Organisationsgutachten soll abgewartet werden.	Die Bundesregierung nimmt von der Bemerkung des Bundesrates Kenntnis.
Kap. 06 29 — Deutsches Archäologisches Institut in Berlin —	
Der Bundesrat weist darauf hin, daß die am 27. November 1953 mit Ermächtigung des Bundesministers des Innern vom 12. Oktober 1953 vom Präsidenten des Deutschen Archäologischen Instituts erlassene neue Satzung des Deutschen Archäologischen Instituts keine Rechtswirksamkeit erlangen konnte, da die nach § 30 des Statuts für das Archäologische Institut des Deutschen Reichs von 1887 zu jeder Satzungsänderung erforderliche Zustimmung des Bundesrates nicht eingeholt worden ist. Die von den nach der „Satzung" von 1953 bestellten Organen des Deutschen Archäologischen Instituts vorgenommenen Rechtsgeschäfte einschließlich der abgeschlossenen Anstellungsverträge müssen als von Vertretern ohne Vertretungsmacht vorgenommene Rechtsgeschäfte angesehen werden. Es muß darauf hingewiesen werden, daß hieraus Schadensersatzverpflichtungen des Bundes entstehen können.	Die Bundesregierung teilt die Auffassung des Bundesrates nicht.

Stellungnahme des Bundesrates | Stellungnahme der Bundesregierung

Einzelplan 08 — Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen —

Kap. 08 04 — Bundesfinanzverwaltung —

Tit. 101 — Dienstbezüge, Zulagen und Zuwendungen für planmäßige Beamte (einschließlich der in Planstellen angestellten Beamten auf Probe) —

a) In der Zweckbestimmung zu den Besoldungsgruppen sind zu streichen

1 Stelle der Besoldungsgruppe A 14

2 Stellen der Besoldungsgruppe A 13

4 Stellen der Besoldungsgruppe A 12

2 Stellen der Besoldungsgruppe A 11

1 Stelle der Besoldungsgruppe A 7

Die Zentrale Bundesbetriebsprüfungsstelle soll gegenüber dem Haushalt 1958 zehn neue Planstellen erhalten. Der Bundesrat widerspricht dieser Stellenvermehrung. Nach seiner Ansicht ist die Zentrale Bundesbetriebsprüfungsstelle bereits ausreichend besetzt. Eine hinreichende Begründung für den beabsichtigten Zugang ist nicht gegeben worden.

Zu a)

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Nach dem Zweiten Gesetz über die Bundesfinanzverwaltung vom 15. Mai 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 293) ist der Bundesminister der Finanzen berechtigt, durch Bundesbedienstete an Betriebsprüfungen teilzunehmen, die durch Landesfinanzbehörden durchgeführt werden.

Das vorhandene Personal reicht jedoch nicht aus, um an diesen Betriebsprüfungen in dem erforderlichen Umfang teilzunehmen; die Verstärkung um zehn Kräfte ist dringend erforderlich, um die Bundesbetriebsprüfung in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben wahrzunehmen.

b) In der Zweckbestimmung zu Bes.-Gr. A 16 — Finanzpräsidenten, Leitende Regierungsdirektoren — ist die Stellenzahl „24" durch die Zahl „16" zu ersetzen. Die Erläuterungen zu den Besoldungsgruppen A 16 und A 15 sind entsprechend zu ändern.

Der Bundesrat hat die Hebung dieser Stellen bereits in den Stellungnahmen zum Bundeshaushalt 1957 und 1958 abgelehnt; der Bundestag ist ihnen jeweils gefolgt. Es besteht für den Bundesrat keine Veranlassung, von seinen bisherigen Stellungnahmen abzuweichen. Die Hebung könnte erhebliche Auswirkungen auf die Stellenpläne der Länder haben.

Zu b)

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Aufgaben und Belastungen der Bundesvermögens- und Bauabteilungen sind so bedeutend, daß die Stellenhebungen erforderlich sind. Ein Vergleich mit den Landesdienststellen ist nicht möglich, weil

1. die Aufgabenstellung der Bundesvermögens- und Bauabteilung eine wesentlich andere ist (z. B. Grunderwerb für die Bundeswehr und die Stationierungsstreitkräfte, Unterbringung der Bundeswehr und ihrer Bediensteten sowie der Stationierungsstreitkräfte, Durchführung des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes, des Bundesrückerstattungsgesetzes und des Besatzungsschädenabgeltungsgesetzes);
2. der Arbeitsumfang größer ist als der der Landesvermögensabteilungen;
3. die Befürchtungen des Bundesrates unbegründet sind, da bereits fünf Landesvermögens- und Bauabteilungen von Beamten der Besoldungsgruppe A 16 geleitet werden;
4. bei den Wehrbereichsverwaltungen je ein Beamter der Bes.-Gr. A 16 als Abteilungsleiter mit Aufgaben der Liegenschaftsverwaltung betraut ist, obgleich dieser nur ein Teilgebiet der Aufgaben der Leiter der Bundesvermögens- und Bauabteilungen bei den Oberfinanzdirektionen wahrzunehmen hat.

Stellungnahme des Bundesrates | Stellungnahme der Bundesregierung

Einzelplan 09 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft —

Kap. 09 08 — Bundeskartellamt in Berlin —

Tit. 101 — Dienstbezüge, Zulagen und Zuwendungen für planmäßige Beamte (einschließlich der in Planstellen angestellten Beamten auf Probe) —

Die „ku"-Vermerke sind zu streichen.

Die Besetzung des Bundeskartellamtes mit qualifizierten Kräften bereitet bekanntermaßen große Schwierigkeiten. Ein Grund für diese Schwierigkeiten ist u. a. in der Tatsache zu suchen, daß die Aufstiegsmöglichkeiten durch die Ausbringung von „ku"-Vermerken für Beförderungsstellen erheblich eingeschränkt werden. Im übrigen wird verwiesen auf den Beschluß des Bundesrates vom 28. März 1958 (BT-Drucksache 300, Anlage 2 S. 121) nach dem der Bundesrat eine Höherbewertung der in Rede stehenden Stellen für notwendig erachtet hat.

Die Tatsache, daß beim Bundeskartellamt die Dotierung insbesondere der Spitzenstellen im Vergleich zu anderen Bundesbehörden sehr hoch ist, läßt es nicht zu, die „ku"-Vermerke zu streichen. Nur im Hinblick darauf, daß es im Anfang schwierig ist, für das im Aufbau befindliche Bundeskartellamt geeignete Kräfte zu bekommen, ist für die erstmalige Besetzung eine Höherbewertung, insbesondere der Spitzenstellen für notwendig erachtet worden.

Einzelplan 10 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten —

Kap. 10 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 571 — Förderung der ländlichen Siedlung

Es ist nicht möglich, einen Teil der vom Bund zur Verfügung zu stellenden Mittel dadurch zu ersetzen, daß von den Ländern mehr Wohnungsbaumittel als seither zur Ergänzung der Siedlungsfinanzierung auf Landesebene aufgebracht werden. Eine derartige Forderung oder Erwartung des Bundes ist weder im Hinblick auf den dringlichen Wohnungsbedarf der nichtlandwirtschaftlichen Vertriebenen noch der seit langem wohnungsuchenden einheimischen Bevölkerung gerechtfertigt. Die Nebenerwerbssiedlung darf nicht aus Mitteln des allgemeinen sozialen Wohnungsbaues gefördert werden.

In dem Entwurf des Bundeshaushaltsplanes 1959 ist eine diesbezügliche Forderung oder Erwartung nicht zum Ausdruck gebracht.

Allerdings strebt das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an, Mittel des sozialen Wohnungsbaues stärker als bisher für die Erstellung des Wohnteiles der ländlichen Siedlungen heranzuziehen, und zwar bevorzugt für den Personenkreis, der durch die Vertreibung besonders hart getroffen ist. Damit wird keine neue Forderung erhoben, sondern es soll lediglich eine seit 1951 bestehende Regelung aktiviert werden, da die Bereitstellung von Wohnungsbaumitteln zur Finanzierung des Wohnteiles der ländlichen Siedlung bisher von den Ländern sehr unterschiedlich gewesen ist.

Im übrigen wird auf die Richtlinien für den Einsatz der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau 1958 vom 9. Dezember 1957 Abschnitt I 1. (2) hingewiesen, wonach bei dem Einsatz der Bundesmittel der Wohnungsbau auf dem Lande in angemessenem Umfange zu berücksichtigen ist.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 572 — Förderung der Flurbereinigung (Grüner Plan 1958) —

Die Zweckbestimmung und der Ansatz sind wie folgt zu ändern:

	Ansatz 1959
„Förderung der Flurbereinigung	
a) Darlehen	—
Die Mittel können bis zur Höhe der bei b) erzielten Einsparungen überschritten werden.	
b) Zuschüsse	
1. Bisherige Maßnahmen	37 Mio DM
Die Mittel können bis zur Höhe der bei Abschnitt 2 veranschlagten Beträge überschritten werden.	
2. Verstärkung der Mittel zu 1. auf Grund des „Grünen Planes 1959"	—
Ausgaben sind nur bei Abschnitt 1 zu buchen. Die Mittel sind übertragbar."	

Die Förderung der Flurbereinigung muß auch unabhängig von den Maßnahmen des „Grünen Planes" durchgeführt werden. Daher ist der bisher schon im normalen oder klassischen Haushalt in Höhe von 37 Mio DM ausgebrachte Betrag erneut einzustellen. Dies entspricht u. a. auch dem Verfahren bei Tit. 575 und 615.

(*Deckungsvorschlag:* Der Ansatz in Kap. 10 02 Tit. 990 ist um 37 Mio DM zu kürzen.)

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Tit. 585 — Förderung der Fischerei —

b) Zuschüsse

Der Ansatz ist von 950 000 DM um 2 200 000 DM auf 3 150 000 DM zu erhöhen.

In den Erläuterungen zu Tit. 585 b) ist der Betrag unter Nr. 2 entsprechend zu erhöhen.

Aus den in den Erläuterungen dargelegten Gründen ist ein umfangreiches Versuchsfahrtenprogramm für die Seefischerei erforderlich. Der Haushaltsansatz erscheint nicht ausreichend.

(*Deckungsvorschlag:* Siehe Empfehlung zu Einzelplan 32 Kap. 32 05 Tit. 681.)

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung
Tit. 956 — Zuschüsse zur Verbilligung von Zinsen für Darlehen zur Förderung vordringlicher agrar- und ernährungswirtschaftlicher Maßnahmen —	
a) In Absatz 3 Nr. 2 der Erläuterungen sind die Worte „ ... und Gartenbau ..." durch die Worte „ ..., Gartenbau und Weinbau ..." zu ersetzen. Die Einbeziehung des Weinbaues in die Zinsverbilligungsaktion ist mit Rücksicht auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Weinbaues im Hinblick auf den EWG-Vertrag erforderlich.	Zu a) An der Regierungsvorlage wird festgehalten. Die Bundesregierung hatte bereits im Vorjahr zu dem gleichen Antrag bemerkt, daß der Weinbau zur landwirtschaftlichen Urproduktion gehört und insoweit an den Zinsverbilligungsmaßnahmen teilnimmt. Der vorgeschlagenen Ergänzung bedarf es daher nicht.
b) In Absatz 3 unter Nr. 7 a) der Erläuterungen ist die Klammerdefinition wie folgt zu fassen: „(Neubau von Kuttern, Loggern, Fischdampfern sowie kombinierten Fang- und Fabrikschiffen)" Nach den Erläuterungen sind Zinszuschüsse nur für den Neubau von Kuttern und Loggern und von kombinierten Fang- und Fabrikschiffen vorgesehen. Da die zweckmäßige Bauart der Fang- und Fabrikschiffe noch umstritten ist, sollte die gleiche Vergünstigung zunächst auch für den Neubau von Fischdampfern gewährt werden.	Zu b) An der Regierungsvorlage wird — aus demselben Grunde wie im Vorjahr anläßlich des gleichen Antrags — festgehalten.
Tit. 990 — Für Maßnahmen zur Durchführung des „Grünen Planes 1959" —	
Der Ansatz von 1 341 000 000 DM ist um 37 000 000 DM auf 1 304 000 000 DM zu kürzen. Folge der Empfehlung zu Kap. 10 02 Tit. 572.	Vgl. Stellungnahme zu Tit. 572.
Entschließungen	
a) Die Regierungsvorlage enthält zwar hinsichtlich der Mittel für den „Grünen Plan 1959" den Gesamtbetrag, die Vorlage läßt aber die Einzelbeträge nicht erkennen, die für die Zweckbestimmungen des „Grünen Planes" in Aussicht genommen werden. Der Bundesrat erwartet daher, daß er Gelegenheit hat, zu den haushaltsmäßigen Auswirkungen des „Grünen Plans 1959" in der für Haushaltsvorlagen üblichen Form (Ergänzungs- oder Nachtragshaushalt) Stellung nehmen zu können, zumal auch das Landwirtschaftsgesetz die Bundesregierung nicht zu haushaltsrechtlichen Abweichungen auf diesem Gebiet insoweit ermächtigt. Auf die entsprechende grundsätzliche Entschließung des Bundesrates zur Behandlung des „Grünen Planes 1957" (BR-Drucks. Nr. 420/56 — Beschluß — IV Nr. 1) wird verwiesen.	Zu a) Die Bundesregierung wird bemüht sein, die haushaltsmäßigen Auswirkungen des „Grünen Berichts 1959" in der für Haushaltsvorlagen üblichen Form darzustellen.
b) Der Bundesrat stellt fest, daß auch im Bundeshaushalt 1959 eine Summe von 2,35 Milliarden DM für die Förderung der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden soll. Diese Mittel dienen teilweise einer Verbesserung der landwirtschaftlichen Struktur, teilweise handelt es sich um ausgesprochene Subventionen. Der Bundesrat bittet zu prüfen, ob nicht das Schwergewicht in verstärktem Maße auf eine Verbesserung der Agrarstruktur gelegt werden sollte.	Zu b) Die Bundesregierung nimmt von der Entschließung Kenntnis.

Stellungnahme des Bundesrates | Stellungnahme der Bundesregierung

Einzelplan 11 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung —

Kap. 11 10 — Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen —

Tit. 300 — Versorgungsbezüge —

(Erläuterungen zu Tit. 300 Nr. 6 — Kapitalabfindungen —)

Es wird im Hinblick auf die große Zahl von Anträgen auf Kapitalabfindung für erforderlich gehalten, daß aus den Minderausgaben unter Nr. 1 bis 5 nicht 20, sondern 30 Mio DM zusätzlich für Kapitalabfindungen zur Verfügung gestellt werden. Um entsprechende Berücksichtigungen im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens wird gebeten.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Für das Rechnungsjahr 1959 sind für die Gewährung von Kapitalabfindungen Mittel in gleicher Höhe wie im Rechnungsjahr 1958 vorgesehen. Die veranschlagten Beträge für Versorgungsbezüge sind scharf kalkuliert worden, so daß nicht damit gerechnet werden kann, daß am Schluß des Rechnungsjahres 1959 Minderausgaben von mehr als 20 Mio DM eintreten werden.

Im übrigen konnten mit Hilfe der für das Rechnungsjahr 1958 zur Verfügung stehenden Mittel die bisher unbearbeitet gebliebenen Anträge auf Rentenkapitalisierung bereits zum größten Teil aufgearbeitet werden. Darüber hinaus zeigt die Zahl der Neuanträge nach den vorgelegten Übersichten eine rückläufige Tendenz, so daß die Notwendigkeit einer Erhöhung der Mittel für Kapitalabfindungen nicht bejaht werden kann.

Tit. 302 — Einmalige Unterstützungen —

Die Bundesregierung wird gebeten, im Verlauf des weiteren Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, ob nicht wenigstens der für 1958 veranschlagte Betrag von 11 Mio DM für das Haushaltsjahr 1959 beibehalten werden kann, da die Erfahrungen in den Ländern gezeigt haben, daß bereits die in den vergangenen Jahren vorgesehenen Beträge für einmalige Unterstützungen nicht ausreichten.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Bei der Senkung des Ansatzes von 11 Mio DM (1958) auf 10 Mio DM (1959) wurde im wesentlichen der Rückgang der Empfängerzahlen (6,5 v. H.) berücksichtigt. Die Kürzung der Mittel um 1 Mio DM ergab sich außerdem aus der Erhöhung der Renten auf Grund der Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetze und aus der allgemeinen Erhöhung der Versorgungsbezüge auf Grund der 6. Novelle zum Bundesversorgungsgesetz.

Tit. 303 — Kosten der Heilbehandlung —

Nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 des Vierten Überleitungsgesetzes vom 27. April 1955 (BGBl. I S. 189) trägt der Bund die Kosten der Heilbehandlung. Er hat daher den Ländern die für die Heilbehandlung in versorgungseigenen Krankenanstalten und Heilstätten entstehenden Kosten nach näherer Bestimmung einer Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, zu ersetzen. Diese Rechtsverordnung ist bisher nicht ergangen. Obwohl der Bund auf die künftigen Abrechnungen Abschläge zahlt, müssen die Länder mit erheblichen Beträgen in Vorlage treten, weil die vom Bund vorläufig erstatteten Beträge unter den von den Ländern errechneten Selbstkosten liegen.

In der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialpolitik des Bundesrates am 13. November 1958 hat der Vertreter des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung erklärt, daß die Verhandlungen mit den beteiligten Ressorts, insbesondere mit dem Bundesrechnungshof noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnten. Über den bisher vorliegenden Entwurf der Rechtsverordnung konnte auch mit den Ländern eine Einigung über die Abgrenzung der unbedingt notwendigen Selbstkosten, die als „Aufwendungen" vom Bund zu erstatten sind, noch nicht erzielt werden. Es ist aber demnächst mit einer weiteren Unterrichtung der Länder und Übersendung eines neuen Verordnungsentwurfs zu rechnen.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung
Der Bundesrat bittet die Bundesregierung daher, die Rechtsverordnung baldmöglichst vorzulegen, damit diese nun schon seit Jahren schwebende Angelegenheit alsbald zum Abschluß gebracht werden kann.	

Tit. 652 — Zuschüsse zur fachlichen Fortbildung der Beamten und Angestellten einschließlich Schrifttum und Reisekosten —

Tit. 653 — Zuschüsse zur fachlichen Fortbildung der im Versorgungswesen tätigen Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und des ärztlichen Hilfspersonals einschließlich Schrifttum und Reisekosten —

In Anbetracht der besonderen Bedeutung der Zuschüsse zur fachlichen Fortbildung der Beamten, Angestellten und Ärzte der Versorgungsverwaltung wird die Beibehaltung der Haushaltsansätze für 1958 auch in den kommenden Jahren für erforderlich gehalten. Es wird daher gebeten, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens eine Erhöhung der Ansätze auf den für 1958 veranschlagten Betrag zu prüfen und in den Erläuterungen das Wort „letztmalig" zu streichen.	An der Regierungsvorlage wird festgehalten. Um die im Rechnungsjahr 1950 angelaufenen Fortbildungsmaßnahmen sicherzustellen, wurden auch nach dem am 1. April 1955 in Kraft getretenen Vierten Überleitungsgesetz Zuschüsse gewährt, die insbesondere den Ländern Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen für Zwecke der dort errichteten Schulungsheime zugute kamen. Im Hinblick auf die Haushaltslage des Bundes mußten die Mittel für das Rechnungsjahr 1959 von 350 000 DM im Rechnungsjahr 1958 auf 200 000 DM gekürzt werden. Aus dem gleichen Grunde besteht die Notwendigkeit, daß die Aufwendungen für die fachliche Fortbildung der Bediensteten der Versorgungsverwaltung als Verwaltungskosten von den Ländern künftig allein getragen werden.

Kap. 11 11 — Arbeitslosenhilfe —

Tit. 530 — Darlehen als Grund- und verstärkte Förderung für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Empfänger von Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe an Gebietskörperschaften —

Tit. 531 — Darlehen als Grund- und verstärkte Förderung für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Empfänger von Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe an Unternehmen in der Form von juristischen Personen des öffentlichen Rechts, an deren Kapital oder Gewinn der Bund beteiligt ist (§§ 88 Abs. 3, 117 RHO) —

Tit. 532 — Darlehen als Grund- und verstärkte Förderung für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Empfänger von Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe an Unternehmen des privaten Rechts, an deren Kapital oder Gewinn der Bund beteiligt ist (§§ 48, 110, 117 RHO) —

Tit. 533 — Darlehen als Grund- und verstärkte Förderung für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Empfänger von Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe an sonstige Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts —

Tit. 610 — Zuschüsse als verstärkte Förderung für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Empfänger von Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe an Gebietskörperschaften —

Stellungnahme des Bundesrates | Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 611 — Zuschüsse als verstärkte Förderung für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Empfänger von Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe an Unternehmen in der Form von juristischen Personen des öffentlichen Rechts, an deren Kapital oder Gewinn der Bund beteiligt ist (§§ 88 Abs. 3, 117 RHO) —

Tit. 612 — Zuschüsse als verstärkte Förderung für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Empfänger von Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe an Unternehmen des privaten Rechts, an deren Kapital oder Gewinn der Bund beteiligt ist (§§ 48, 110, 117 RHO) —

Tit. 613 — Zuschüsse als verstärkte Förderung für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Empfänger von Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe an sonstige Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts —

Der Bundesrat hält es für notwendig, daß die für die verstärkte Förderung für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Haushaltsplan bisher eingesetzten Mittel nur in einem angemessenen Verhältnis zum Rückgang der Hauptbetragsempfänger gekürzt werden.

Die Bundesmittel für die verstärkte Förderung werden nur für Empfänger von Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe gewährt. Die Zahl dieser Unterstützungsempfänger ist seit 1953 von 727 000 auf 166 000, also auf rund ein Viertel der früheren Zahl abgesunken. Damit rechtfertigt sich jetzt auch die Herabsetzung des Ansatzes für die verstärkte Förderung.

Der für 1959 eingesetzte Betrag ist nach dem erwarteten Bedarf errechnet.

Einzelplan 12 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr —

Kap. 12 03 — Bundeswasser- und Schiffahrtsverwaltung, Bundeswasserstraßen —

Tit. 101 — Dienstbezüge, Zulagen und Zuwendungen für planmäßige Beamte (einschließlich der in Planstellen eingestellten Beamten auf Probe) —

In Besoldungsgruppe A 14 ist die Zahl „87" durch die Zahl „88" und in Besoldungsgruppe A 13 ist die Zahl „233" durch die Zahl „232" zu ersetzen. Die Erläuterungen sind entsprechend zu ändern.

Nach einem Gutachten des Bundesbeauftragten für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung ist die Hebung der Stelle des technischen Hochrhein-Dezernenten in der Wasser- und Schiffahrtsdirektion Freiburg im Breisgau gerechtfertigt.

(Vgl. auch Beschluß des Bundesrates vom 28. März 1958 (BT-Drucksache, Anlage 2 S. 127).

Die Bundesregierung hält an der Regierungsvorlage fest.

Das Gutachten des Bundesbeauftragten für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung vom 31. Oktober 1958 bedarf zunächst noch einer Erörterung zwischen dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für Verkehr und dem Bundesbeauftragten für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung.

Tit. 807 — Sicherung des Fahrwassers der Außenweser, 6. Teilbetrag —

Der Ansatz ist von 1 500 000 DM um 1 000 000 DM auf 2 500 000 zu erhöhen.

Die beschleunigte Durchführung der restlichen Sicherungsmaßnahmen ist eine seeverkehrspolitische Notwendigkeit, um die bisherige Stellung der Seehäfen an der Weser im internationalen Wettbewerb zu behaupten. Überdies gebietet die Rücksicht auf eine wirtschaftliche Ausführung der Arbeiten, daß die Sicherungsmaßnahmen zügig durchgeführt und hierfür ausreichende Jahresraten bereitgestellt werden.

(*Deckungsvorschlag:* Siehe Empfehlung zu Einzelplan 32 Kap. 32 05 Tit. 681.)

An der Regierungsvorlage wird festgehalten. Eine Deckung für die Mehrausgabe ist nicht vorhanden. Dem Deckungsvorschlag des Bundesrates zu Kap. 32 05 Tit. 681 kann nicht gefolgt werden (vergleiche Stellungnahme zu Kap. 32 05 Tit. 681). Es darf außerdem darauf verwiesen werden, daß der Ansatz für die Sicherung des Fahrwassers der Außenweser im Haushalt 1957 bereits um 500 000 DM erhöht worden ist. Diese Erhöhung ist auch in den Rechnungsjahren 1958 und 1959 beibehalten worden.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung

Kap. A 12 03 — Bundeswasser- und Schiffahrtsverwaltung —

Tit. 760 — Beteiligung an den Bauvorhaben der Rhein-Main-Donau-AG. durch Gewährung von Darlehen, 13. Teilbetrag —

Der Ansatz wird von 6 300 000 DM um 2 500 000 DM auf den Vorjahresansatz von 8 800 000 DM erhöht.

Die Kürzung der Mittel würde die programmäßige Fortsetzung der Kanalisierung des Mains bis Bamberg, die 1961 erreicht werden soll, verzögern und damit auch verteuern. Der beschleunigte Ausbau der Großschiffahrtsstraße Rhein-Main-Donau ist nicht nur verkehrspolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch von besonderer überregionaler Bedeutung. Die Großschiffahrtsstraße dient dem Ausgleich der Standortnachteile von revierfernen Bezirken Bayerns, die überwiegend zugleich im Zonengrenzgebiet liegen.

(*Deckungsvorschlag:* Siehe Empfehlung zu Einzelplan 32 Kap. A 32 01 Tit. 91.)

An der Regierungsvorlage wird festgehalten. Die Zweckbestimmung befindet sich im a. o. Haushalt. Zur Deckung des Ansatzes müßte der Bund den Kapitalmarkt in Anspruch nehmen. Die gleiche Möglichkeit hat aber auch die Rhein-Main-Donau-AG. Es ist unerwünscht, den Weg zum Kapitalmarkt über den Umweg des Bundeshaushalts zu gehen. In Verbindung mit Kapitalmarktmitteln ermöglicht der von der Bundesregierung beschlossene Ansatz, das Ziel Bamberg bis 1961 zu erreichen. Es ist daher nicht erforderlich, die Anleihe (Kap. 32 01 Tit. 91) zu erhöhen.

Einzelplan 25 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungsbau —

Kap. 25 03 — Förderung des Wohnungsbaues —

Tit. 510 — Überweisung des Aufkommens aus der Kohlenabgabe, der Tilgungsbeträge und Zinsen aus den Darlehen, die zur Förderung des Bergarbeiterwohnungsbaues aus der Kohlenabgabe gewährt worden sind, sowie der Zinserträge aus Konten und sonstigen Anlagen des Treuhandvermögens an die Treuhandstellen —

In der Zweckbestimmung ist der Satz „Eine angemessene Selbstbeteiligung der Länder kann zur Auflage gemacht werden." zu streichen.

Die Einfügung neuer Dotationsauflagen ist mit dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern über diesen Fragenkomplex nicht vereinbar. Vor allem aber würde die Festlegung einer derartigen angemessenen Selbstbeteiligung die Länder in der Disposition über die Wohnungsbauprogramme und die Wohnungsbauförderungsmittel in einer Weise einengen, die es unmöglich machen würde, die Aufgaben des Zweiten Wohnungsbaugesetzes zu erfüllen.

Die Bundesregierung ist einverstanden.

Da der Bund sich lediglich an der Finanzierung des Wohnungsbaues beteiligt, erwartet die Bundesregierung, daß die Länder entsprechend der ihnen obliegenden Verpflichtung zur Durchführung des Wohnungsbaues wie bisher auch im Rechnungsjahr 1959 eigene Mittel bereitstellen. Es ist vorgesehen, die Frage der Selbstbeteiligung der Länder im Bundeshaushaltsplan 1960 bei den in Betracht kommenden Zweckbestimmungen zu berücksichtigen.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung
Tit. 533 — Darlehen zur sonstigen Förderung von Maßnahmen zugunsten des sozialen Wohnungsbaues —	
a) In der Zweckbestimmung ist der Satz „Eine angemessene Selbstbeteiligung der Länder kann zur Auflage gemacht werden." zu streichen. Siehe Begründung zu Kap. 25 03 Tit. 510.	Zu a) Die Bundesregierung ist einverstanden. Im übrigen wird auf die Ausführungen zu Kap. 25 03 Tit. 510 Bezug genommen.
b) Der Ansatz von 42 754 100 DM ist um 10 000 000 DM auf 32 754 100 DM herabzusetzen. Siehe Begründung zu Kap. 25 03 Tit. 538 (neu).	Zu b) Dem Vorschlag auf Herabsetzung des Ansatzes vermag die Bundesregierung nicht zu entsprechen. Der Ansatz bei Tit. 533 wird aus Rückflüssen der Darlehen gedeckt, die zur Förderung des Wohnungsbaues gewährt worden sind. Diese Rückflüsse sind nach § 20 Abs. 1 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes laufend zur Förderung von Maßnahmen zugunsten des sozialen Wohnungsbaues zu verwenden. Ziel des Antrages des Bundesrates ist, die bei Tit. 533 einzusparenden 10 Mio DM zur Deckung für den vom Bundesrat vorgeschlagenen neuen Tit. 538 — Zuschüsse an die Länder zur Gewährung von Beihilfen im Sinne von § 42 Abs. 6 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes — zu verwenden. Bei einem kumulativen Einsatz der Rückflußmittel für Aufwendungsbeihilfen usw. im Sinne von § 42 Abs. 6 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes würden in einigen Jahren Mittel zur Förderung der in § 20 Abs. 1 a. a. O. genannten Maßnahmen nicht mehr zur Verfügung stehen. Im übrigen wird auf die Stellungnahme zu Kap. 25 03 Tit. 538 Bezug genommen.
Tit. 537 — Darlehen an die Länder zur Finanzierung des Wohnungsbaues zugunsten von Flüchtlingen aus Ungarn, mit Ausnahme der Aussiedler —	
In der Zweckbestimmung ist der Satz „Eine angemessene Selbstbeteiligung der Länder kann zur Auflage gemacht werden." zu streichen. Siehe Begründung zu Kap. 25 03 Tit. 510.	Die Bundesregierung ist einverstanden. Im übrigen wird auf die Ausführungen zu Kap. 25 03 Tit. 510 Bezug genommen.
Folgender neuer Tit. 538 ist einzufügen: „Tit. 538 Zuschüsse an die Länder zur Gewährung von Beihilfen im Sinne von § 42 Abs. 6 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes. 10 000 000 DM"	Die Bundesregierung vermag dem Vorschlag auf Ausbringung eines neuen Tit. 538 und seiner Deckung aus Rückflußmitteln nicht zu entsprechen.
Erläuterungen Zu Tit. 538 Zur Umstellung von Förderungsmaßnahmen in den Ländern wird der Bund ermächtigt, bis zur Höhe von jährlich 30 000 000 DM Zuschüsse im Rechnungsjahr 1959 zu übernehmen. Damit sollen für einen Zeitraum von 5 Jahren Zuschüsse zur Gewährung von Beihilfen im Sinne des § 42 Abs. 6 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes gewährt werden. Der im Rechnungsjahr 1959 auftretende Bedarf an Kassenmitteln wird auf 10 000 000 DM geschätzt. Die Degression der Bundesmittel zwingt dazu, nach neuen Förderungsmethoden zu suchen. Der der-	Die Bundesregierung ist mit den Ländern der Auffassung, daß die Mittel des Kapitalmarktes stärker als bisher zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues herangezogen werden sollen. Sie erwägt Maßnahmen, die im Rahmen des Volumens des Einzelplans 25 vom Rechnungsjahr 1959 ab eine Beteiligung an der Gewährung von Beihilfen im Sinne des § 42 Abs. 6 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes ermöglichen sollen. Die Bundesregierung wird dem Bundestag geeignete Vorschläge hierzu nach Abstimmung mit den beteiligten Ressorts unterbreiten. Die bei Kap. 25 03 Tit. 533 veranschlagten Mittel können für diese Zwecke aus den in der Stellungnahme zu Tit. 533 genannten Gründen nicht herangezogen werden.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung
zeitige flüssige Kapitalmarkt erlaubt eine höhere Inanspruchnahme von Kapitalmarktmitteln. Dies ist im sozialen Wohnungsbau aber nur möglich, wenn durch die Gewährung von mindestens fünfjährigen Beihilfen im Sinne des § 42 Abs. 6 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes die Mieten und Lasten tragbar gestaltet werden.	
Tit. 570 — Zur Förderung der Bauausführung von Versuchs- und Vergleichsbauten sowie von Demonstrativbauten und zur Entwicklung neuer Baustoffe (insbesondere neuer Kunststoffe), Bauarten, Bauverfahren und Baugeräte für den Wohnungsbau einschließlich der an Bauten und an Baustoffen durchzuführenden Untersuchungen — **a) Darlehen** **b) Zuschüsse und andere Zuweisungen**	
In der Zweckbestimmung ist der Satz „Eine angemessene Selbstbeteiligung der Länder kann zur Auflage gemacht werden." zu streichen. Siehe Begründung zu Kap. 25 03 Tit. 510	Die Bundesregierung ist einverstanden. Im übrigen wird auf die Ausführungen zu Kap. 25 03 Tit. 510 Bezug genommen.
Tit. 606 — Zuschüsse als Hilfsmaßnahme zur Förderung des Familienheimbaues für bauwillige junge Eheleute —	
Die Zweckbestimmung des Tit. 606 erhält folgende neue Fassung: „Zuschüsse als Hilfsmaßnahme zur Förderung des Wohnungsbaues für junge Eheleute." Bei den Erläuterungen zu Tit. 606 ist hinter den Worten „. . . als Ersatz fehlenden Eigenkapitals am Kapitalmarkt" einzufügen „oder als Mieterdarlehen zur Beschaffung einer Wohnung . . .". Die an sich sehr wünschenswerte Maßnahme sollte diejenigen jungen Eheleute von der staatlichen Hilfe für Wohnungsbeschaffung nicht ausschließen, die ein Familienheim sich nicht schaffen können.	Die Bundesregierung vermag dem Vorschlag, diese Maßnahme auf eine Förderung von Mieterdarlehen zur Beschaffung von Mietwohnungen auszuweiten, nicht zu entsprechen, weil dies weder mit den wohnungspolitischen Zielsetzungen des Wohnungsbau- und Familienheimgesetzes vereinbar wäre, noch mit der kreditpolitischen Absicht, die vorgesehene Maßnahme vor allem auf die Gewinnung von Personaldarlehen abzustellen, für die keine besonderen Bürgschaften benötigt werden.
Kap. A 25 03 — Förderung des Wohnungsbaues —	
Tit. 532 — Darlehen an die Länder zur Finanzierung des Wohnungsbaues zugunsten von Flüchtlingen aus der sowjetisch besetzten Zone und dem sowjetisch besetzten Sektor Berlins sowie der ihnen gleichgestellten Personen —	
a) In der Zweckbestimmung ist der Satz „Eine angemessene Selbstbeteiligung der Länder kann zur Auflage gemacht werden." zu streichen. Siehe Begründung zu Kap. 25 03 Tit. 510.	Zu a) Die Bundesregierung ist einverstanden. Im übrigen wird auf die Ausführungen zu Kap. 25 03 Tit. 510 Bezug genommen.
b) Änderungen in den Erläuterungen: 1. In Absatz 1 wird Buchstabe b wie folgt neu gefaßt:	Zu b) Zu 1. Gegen die Änderung des Absatzes 1 Buchstabe b der Erläuterungen bestehen keine Bedenken.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung
„b) die Flüchtlinge, die auf Grund des Art. 11 Abs. 2 des Grundgesetzes aufgenommen wurden, soweit sie nicht wegen ihrer ungesicherten wohnraummäßigen Versorgung ebenfalls auf die Länder verteilt worden sind," Dient der Klarstellung.	
2. In Absatz 2 werden die Sätze 2 und 3 folgendermaßen gefaßt: „Die zu berücksichtigenden Personen werden auf 180 000 Flüchtlinge und 140 000 Aussiedler geschätzt. Unter Zugrundelegung des durchschnittlichen Förderungssatzes von 3031 DM je Person ergibt sich ein Gesamtbetrag von 969 920 000 DM." Die Zahl entspricht der sich auf Grund der statistischen Unterlagen ergebenden Gesamtzahl der im ersten Halbjahr 1958 zugewanderten Flüchtlinge auf ein Jahr umgerechnet.	Zu 2. und 3. Es ist vorgesehen, der Bedarfsberechnung wie in den Vorjahren möglichst zeitnahe Zahlen der Flüchtlinge und Aussiedler zugrunde zu legen. Die Feststellungen hierzu sind noch nicht abgeschlossen. Das Ergebnis wird in der Höhe der Bindungsermächtigung für das Rechnungsjahr 1959 Ausdruck finden.
3. In Absatz 6 ist die Zahl „692 455 000" zu ersetzen durch die Zahl „737 920 000". Die veränderten Zahlen sind aus der in Absatz 2 korrigierten Zahl der Flüchtlinge zu erklären.	
4. In Absatz 7 ist vor den Worten „geltenden Regelung" die Zahl „1960" zu ersetzen durch die Zahl „1959". Die Bindungsermächtigung dient der kontinuierlichen Fortführung und Beschleunigung des Wohnungsbaues für Flüchtlinge aus dem sowjetisch besetzten Gebiet Deutschlands, Gleichgestellte und Aussiedler. Von ihr kann aber nur Gebrauch gemacht werden, wenn die Länder die Einsatzbedingungen rechtzeitig und gleichzeitig mit der Verteilung kennen.	Zu 4. Dem Vorschlag kann nicht beigetreten werden. Die Bundesregierung wird in Verhandlungen mit den Ländern die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung für das Rechnungsjahr 1960 alsbald regeln und damit eine rechtzeitige Inanspruchnahme der Bindungsermächtigung von bis zu 500 Mio DM ermöglichen.
5. In Absatz 8 ist die Zahl „692 455 000" durch die Zahl „737 920 000" sowie die Zahl „1 233 169 983" durch die Zahl „1 278 634 983" zu ersetzen. Die veränderten Zahlen sind aus der in Absatz 2 korrigierten Zahl der Flüchtlinge zu erklären.	Zu 5. Vgl. Stellungnahme zu den Nr. 2 und 3.

Tit. 534 — Darlehen an die Länder zur Finanzierung des Wohnungsbaues zugunsten von Evakuierten —

In der Zweckbestimmung ist der Satz „Eine angemessene Selbstbeteiligung der Länder kann zur Auflage gemacht werden." zu streichen. Siehe Begründung zu Kap. 25 03 Tit. 510.	Die Bundesregierung ist einverstanden. Im übrigen wird auf die Ausführungen zu Kap. 25 03 Tit. 510 Bezug genommen.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 535 — Darlehen für den mit öffentlichen Mitteln geförderten sozialen Wohnungsbau zugunsten der Umsiedlung von Land zu Land —

In der Zweckbestimmung ist der Satz „Eine angemessene Selbstbeteiligung der Länder kann zur Auflage gemacht werden." zu streichen.

Siehe Begründung zu Kap. 25 03 Tit. 510.

Die Bundesregierung ist einverstanden.

Im übrigen wird auf die Ausführungen zu Kap. 25 03 Tit. 510 Bezug genommen.

Tit. 536 — Darlehen an die Länder für den Wohnungsbau zugunsten der Bewohner von Wohnlagern und Wohnbaracken —

a) In Absatz 2 der Erläuterungen ist nach den Worten „Verpflichtungen für künftige Rechnungsjahre bis zu" die Zahl „15 000 000" zu ersetzen durch die Zahl „30 000 000".

Durch die vorgeschlagene Erhöhung der Bindungsermächtigung soll eine noch schnellere Beseitigung dieser dringlichsten Wohnungsnotstände ermöglicht werden.

Zu a)

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Nach Art. 120 GG hat der Bund Kriegsfolgelasten nur nach Maßgabe des Überleitungsgesetzes zu tragen. Dieses Gesetz hat den Bund ausdrücklich nur mit den Kosten der lagermäßigen Unterbringung von Heimkehrern, Vertriebenen, Sowjetzonenflüchtlingen und Aussiedlern belastet, den Ländern dagegen als Aufgabe die wohnungsmäßige Unterbringung belassen. Für den Bund besteht deshab keine rechtliche Verpflichtung, zusätzliche Mittel zur Durchführung der Lagerräumung bereitzustellen.

Der Bund erstattet den Ländern die Lageraufwendungen, die ab April 1955 durch Zahlung von Pauschbeträgen abgegolten werden. Diese sind für die Länder besonders günstig, weil für ihre Berechnung die Aufwendungen vom 1. Juli 1953 bis 30. Juni 1954 zugrunde gelegt wurden, die durch die Errichtung von Notunterkünften wegen des damaligen großen Zustroms von Sowjetzonenflüchtlingen besonders hoch waren. Die Länder benötigten deshalb die ihnen im Rechnungsjahr 1959 vom Bund gegebenen Pauschbeträge nicht im vollen Umfang zur Bestreitung der anfallenden Lagerkosten. Die nicht benötigten Pauschbeträge stehen zur Räumung der Lager zu Verfügung.

Seit 1952 hat der Bund den Ländern außerdem laufend für jeden neu eintreffenden Sowjetzonenflüchtling und Aussiedler Mittel für die wohnraummäßige Unterbringung in Höhe der sonst anfallenden Kosten für einen Lagerplatz bereitgestellt. Der dafür aufgewandte Betrag ist nach und nach von ursprünglich 1500 DM auf 3031 DM erhöht worden. Er liegt damit wesentlich über den Kosten der Einrichtung eines Lagerplatzes.

Erhebliche Teile der pauschalierten Kriegsfolgenhilfemittel sowie die Wohnungsbaumittel für Flüchtlinge und Aussiedler dienen demnach bereits der Entlastung und Freimachung von Lagern. Die endgültige wohnliche Unterbringung der in solchen Notunterkünften lebenden Personen ist von den Ländern außerdem im Rahmen und mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaues durchzuführen, weil gerade dieser Personenkreis zu den Wohnungsuchenden zählt, die nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz bevorrechtigt sind.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung
	Es ist deshalb nicht vertretbar, die seitens des Bundes vorgesehene zusätzliche Finanzhilfe noch zu erhöhen.
	Zu b)
b) Der letzte Absatz der Erläuterungen wird gestrichen. Dieser Teil der Erläuterungen kann zu Auslegungsschwierigkeiten führen; er kann unbedenklich gestrichen werden.	Die Bundesregierung teilt die Bedenken des Bundesrates nicht, ist aber mit folgender Fassung einverstanden: „Die Bundesmittel sind zusätzlich zu den Bereitstellungen der Länder einzusetzen."

Verwendungsplan (Seite 39 der Vorlage) zum Einzelplan 25

Verwendungsplan (Seite 39 der Vorlage) Der Verwendungsplan ist entsprechend der Änderungsvorschläge zu Kap. 25 03 Tit. 533 und Tit. 538 (neu) durch Kürzung der einzelnen Ansätze mit Ausnahme des Ansatzes „Eigentumsmaßnahmen im Facharbeiterwohnungsbau im Zonenrandgebiet" zu ändern, soweit sich nicht bereits durch Einnahmeüberschüsse ein Ausgleich ergibt. Siehe Begründung zu Kap. 25 03 Tit. 538 (neu).	Eine Änderung des Verwendungsplanes tritt nicht ein. (Vgl. Stellungnahme zu Kap. 25 03 Tit. 533 und 538.)

Entschließungen

Die Verringerung der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau nach § 18 Abs. 1 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes zwingt die Länder von Jahr zu Jahr zu steigenden eigenen Aufwendungen, um die Wohnungsnot in absehbarer Zeit zu beseitigen. Im Augenblick gibt der ergiebige Kapitalmarkt die Möglichkeit, durch elastische Finanzierungsmethoden diese Degression wenigstens teilweise abzufangen. Der Bundesrat erwartet, daß der Bund sich an diesen Finanzierungsmethoden entsprechend beteiligt. Er erwartet weiter bei einer Änderung der jetzigen Situation, daß die Bundesregierung und der Bundestag geeignete, die Länder entlastende Maßnahmen ergreifen.	Es wird auf die Ausführungen zu Kap. 25 03 Tit. 538 Bezug genommen.

Einzelplan 26 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte —

Kap. 26 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 605 — Beihilfen an ehemalige Kriegsgefangene und politische Häftlinge zur Beschaffung von Hausrat —

Der Zweckbestimmung ist folgender Vermerk anzufügen: „Die Mittel sind übertragbar." Die Auszahlung der Beihilfen an ehemalige Kriegsgefangene und politische Häftlinge zur Beschaffung von Hausrat erfolgt erst nach Ablauf der Rechtsmittelfristen. Es ist daher Sorge zu tragen, daß die Auszahlung auch nach Ablauf des Haushaltsjahres erfolgen kann.	Ein Übertragbarkeitsvermerk wird nicht für erforderlich gehalten. Die Auszahlung der Beihilfen ist auch nach Ablauf des Rechnungsjahres durch den neuen Haushaltsansatz ohne jede Verzögerung gewährleistet.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung

Einzelplan 27 — Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen —

Kap. 27 01 — Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen —

Tit. 602 — Kulturelle Maßnahmen in gefährdeten Grenzgebieten und im Zonenrandgebiet

a) Zuschüsse zur Förderung von Schulbauten

b) Förderung von kulturellen Maßnahmen gesamtdeutschen Charakters im Zonenrandgebiet

Der Ansatz unter a) ist um 680 000 DM auf 10 000 000 DM, der Ansatz zu b) um 500 000 DM auf 4 000 000 DM zu erhöhen.

Die vorgesehenen Ansätze für kulturelle Maßnahmen, insbesondere im Zonenrandgebiet, sind nach den Erfahrungen der betroffenen Länder nicht ausreichend.

(*Deckungsvorschlag:* Der Ansatz bei Kap. 27 01 Tit. 603 ist entsprechend zu kürzen.)

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Der unter b) ausgebrachte Betrag ist gegenüber dem Ansatz von 1958 bereits um 500 000 DM erhöht worden. Die für das Rechnungsjahr 1959 bei a) und b) ausgebrachten Beträge werden damit als ausreichend erachtet.

Einzelplan 31 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft —

Kap. 31 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 950 — Förderung der Atomforschung durch Zuwendungen für die Modernisierung und Erweiterung wissenschaftlicher Institute und Einrichtungen —

Der Bundesrat bedauert, daß die Mittel zur Förderung der Atomforschung durch Zuwendungen für die Modernisierung und Erweiterung wissenschaftlicher Institute und Einrichtungen gegenüber dem Vorjahr wesentlich gekürzt worden sind. Diese Maßnahme erscheint in diesem Augenblick nicht vertretbar, weil die Bundesrepublik erst unlängst die Atomforschung aufnehmen konnte und auf diesem Gebiete andere Länder bereits einen großen Vorsprung haben. Die Bundesregierung wird gebeten, dafür besorgt zu sein, daß diese Förderungsmittel in ausreichendem Maße bereitgestellt werden. Diesem Anliegen sollte spätestens im Bundeshaushalt 1960 Rechnung getragen werden, und zwar mindestens in der Höhe des Ansatzes für den Bundeshaushalt 1958.

Die Bundesregierung hält mit Rücksicht auf die hohen Ausgabereste (1957 = rd. 36,4 Mio DM; davon freigegeben 26,4 Mio DM) den Ansatz von 44 Mio DM für ausreichend. Am Schluß des Rechnungsjahres 1958 ist bei diesem Titel wiederum ein hoher Ausgaberest zu erwarten. Soweit erforderlich, können Verpflichtungen gemäß § 45 b RHO eingegangen werden. Dem BMAt ist eine entsprechende Zusage erteilt worden. Zu der Entschließung, im Bundeshaushalt 1960 Förderungsmittel bei Tit. 31 02/950 mindestens in der Höhe des Ansatzes im Bundeshaushalt 1958 bereitzustellen, kann im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht Stellung genommen werden.

Einzelplan 32 — Bundesschuld —

Kap. 32 05 — Verzinsung und Tilgung —

Tit. 681 — Verzinsung der zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Bundeshauptkasse aufgenommenen Mittel —

Der Ansatz ist um 15 000 000 DM auf 35 000 000 DM zu kürzen.

Der Ansatz ist geschätzt. In welcher Höhe und für welche Zeit von dieser Ermächtigung Gebrauch

Der vorgeschlagenen Kürzung wird widersprochen. Der außerordentliche Haushalt sieht die Begebung von Anleihen in Höhe von rund 3 Milliarden DM vor (vgl. Kap. A 32 01 Tit. 91 des außerordentlichen

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung
gemacht wird, ist im voraus nicht zu übersehen. Der Ansatz erscheint wesentlich überhöht.	Haushalts). Hierfür sind im Rechnungsjahr 1959 Zinsen nicht veranschlagt (vgl. Kap. 32 05 Tit. 680 der Ausgaben des ordentlichen Haushalts). Diese Zinsen sollen vielmehr aus den bei Kap. 32 05 Tit. 681 veranschlagten Mitteln, die mit den Mitteln des Tit. 680 gegenseitig deckungsfähig sind, gedeckt werden. Wird in der ersten Hälfte des Rechnungsjahres 1959 nur eine Anleihe in Höhe des halben veranschlagten Jahresbetrages begeben, so würde diese Anleihe bei einem Zinssatz von 5,5 v. H. jährlich einen Zinsaufwand in Höhe von 41,25 Mio DM (5,5 v. H. von 1 500 Mio DM für sechs Monate) erfordern; für die Verzinsung der schwebenden Schuld würde demgemäß nur ein Betrag von 8,75 Mio DM verbleiben. Dieser Betrag wird für die Verzinsung der jeweils aufzunehmenden Kassenkredite benötigt, so daß eine Kürzung der veranschlagten Mittel nicht möglich ist.

Tit. 690 — Bedienung der Altsparerentschädigung auf die Anleihen und verzinslichen Schatzanweisungen des Deutschen Reichs und des ehemaligen Landes Preußen —

Der Ansatz ist um 24 200 000 DM auf 15 800 000 DM zu kürzen. Der Ansatz ist geschätzt. Das Gesetz für die Altsparerentschädigung ist noch nicht verabschiedet. Der Zeitpunkt der Verabschiedung läßt sich nicht übersehen. Der hierfür vorgesehene Betrag erscheint wesentlich überhöht.	An der Vorlage der Bundesregierung wird festgehalten. Das Gesetz wird voraussichtlich noch im Dezember 1958 im Plenum des Bundestages beraten werden. Es ist damit zu rechnen, daß es noch in diesem Rechnungsjahr in Kraft treten und die Durchführung zu Beginn des Rechnungsjahres 1959 anlaufen wird. Der vorgeschlagene Betrag von 40 Millionen DM ist zwar geschätzt, die Schätzung ist jedoch nicht überhöht, weil sie auf Zahlen beruht, die sich bei der bisherigen Durchführung des Dritten Teils des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes ergeben haben. Der fragliche Betrag ist in einem Tilgungsplan auf Grund des dem Bundestag vorliegenden Gesetzentwurfs errechnet worden. Bei einer Verminderung der Mittel in der vom Finanzausschuß des Bundesrates vorgeschlagenen Höhe besteht die Gefahr, daß mindestens in der zweiten Hälfte des Haushaltsjahres zwar Entschädigungsgutschriften erteilt, jedoch weder die Zinsen bedient werden können, noch die vorgesehene Tilgung von Kleinststücken durchgeführt werden kann.

Kap. A 32 01 — Anleihe —

Tit. 91 — Einnahmen aus Anleihen —

Der Ansatz ist um 2 500 000 DM auf 3 020 567 500 DM zu erhöhen. Die Mehreinnahme aus Anleihen dient der Deckung der im Einzelplan 12 Kap. A 12 03 Tit. 760 veranschlagten Mehrausgaben.	Es wird auf die Stellungnahme zu Kap. A 12 03 Tit. 760 Bezug genommen. Danach besteht kein Bedürfnis zur Beschaffung zusätzlicher Deckungsmittel.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung

Einzelplan 33 — Versorgung —

Im Vorwort zum Einzelplan 33 ist unter Buchstabe C zu Kap. 33 04 der Hinweis enthalten, daß die Aufwendungen für die Versorgung der Soldaten der Bundeswehr aus dem Verteidigungshaushalt erstattet würden. Der Bundesrat ist der Auffassung, daß das gleiche bezüglich der Aufwendungen für die Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen (Kap. 33 08) gilt und demnach der Hinweis im Vorwort zum Einzelplan 33 unter Buchstabe F entsprechend zu ergänzen ist. Diese Ergänzung, die der Haushaltsklarheit dient, erscheint notwendig, um einen gültigen Vergleich mit den Verteidigungsausgaben der anderen NATO-Staaten anstellen zu können.

Die Bundesregierung vermag der Erstattung der Mittel für die Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen (Kap. 33 08) aus dem Einzelplan 14 nicht zuzustimmen. Der Grundsatz, daß in jedem Einzelplan nur die Mittel für die in die Ressortzuständigkeit fallenden Aufgaben zu veranschlagen sind, kann nicht zum Nachteil des Bundesministers für Verteidigung durchbrochen werden.

Einzelplan 35 — Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte —

Der Bundesrat hat davon Kenntnis genommen, daß im Rechnungsjahr 1958 von verschiedenen Partnerstaaten der Bundesrepublik erhebliche Anforderungen auf gegenseitige Hilfe (gemäß Art. 3 des NATO-Vertrages) gestellt worden sind, die der besonderen deutschen Lage nicht immer hinreichend Rechnung getragen haben. Der Bundesrat erwartet, daß die Bundesregierung im Rechnungsjahr 1959 etwaigen weiteren Forderungen dieser Art entgegentritt, soweit sie sich überwiegend auf einen Vergleich der rein militärischen Ausgaben der Bündnispartner stützen. Die Leistungen der Bundesrepublik zur Verteidigung der Freien Welt gehen weit über die rein militärischen Ausgaben hinaus (z. B. für Vertriebene und Flüchtlinge und für Berlin). Sie sind mit entsprechenden sozialen und politischen Ausgaben anderer Länder dem Umfang nach nicht vergleichbar.

Die Bundesregierung ist mit dem Bundesrat der Auffassung, daß Ersuchen von einzelnen NATO-Partnern an die Bundesrepublik um finanzielle Hilfe im Rahmen von Art. 3 des NATO-Vertrages nicht nur auf einen Vergleich der militärischen Ausgaben gestützt werden können, sondern daß darüber hinaus auch die außerordentlich hohen Kriegsfolgelasten der Bundesrepublik zu berücksichtigen sind.

Hierauf hat die Bundesregierung auch in ihrer Antwort auf den diesjährigen NATO-Fragebogen hingewiesen und erklärt, daß das Ausmaß der jährlichen Verteidigungsbelastung der Bundesrepublik nur bei gleichzeitiger Berücksichtigung ihrer finanziellen Sonderbelastungen ausreichend gewürdigt werden kann.

Einzelplan 40 — Soziale Kriegsfolgeleistungen —

Kap. 40 03 — Kriegsfolgenhilfe —

Tit. 305 — Kosten der individuellen Fürsorge für Zugewanderte aus der sowjetischen Besatzungszone und der Stadt Berlin —

Der Bund trägt aus diesem Titel bisher nur Leistungen für solche SBZ-Flüchtlinge, die entsprechend den Vorschriften des § 3 der 1. Durchf.VO zum Ersten Überleitungsgesetz vom 27. Februar 1955 (BGBl. I S. 88) am 31. Dezember 1944 bzw. am 11. Juli 1945 ihren Wohnsitz in der SBZ oder in Berlin hatten.

Die Länder sind bestrebt, in Verhandlungen mit dem Bund diese Stichtagsvoraussetzungen zu ändern.

Nach der geltenden Rechtslage reichen die eingesetzten Mittel aus. Ob, inwieweit und wann die von den Ländern beabsichtigten Verhandlungen zu dem von ihnen angestrebten Ziel führen werden, ist noch offen. Daher muß es auch einer späteren Prüfung vorbehalten bleiben, ob alsdann noch zusätzliche Mittel benötigt werden.

Stellungnahme des Bundesrates | Stellungnahme der Bundesregierung

dern oder ganz zu beseitigen. Wenn diesem berechtigten Anliegen der Länder Rechnung getragen wird, reicht der vorgesehene Ansatz bei Tit. 305 nicht aus. Die Bundesregierung wird gebeten, dies im weiteren Verlauf der Verhandlungen zu berücksichtigen und zusätzliche Mittel bereitzustellen.

Tit. 531 — Darlehen im Rahmen der Berufsfürsorge für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und ehemalige politische Häftlinge

Bei Kap. 40 03 Tit. 531 ist in dem ersten Satz der Erläuterungen der Halbsatz „wenn für das gleiche Vorhaben auch aus Landesmitteln ein Darlehen in Höhe von mindestens der Hälfte des aus Bundesmitteln gezahlten Betrages gewährt wird" zu streichen.

Es ist nicht angängig, die Länder durch das Bundeshaushaltsgesetz zu binden. Die Entscheidungsfreiheit der Länder muß sichergestellt bleiben.

Bei den aufgeführten Darlehen handelt es sich nicht um Pflichtleistungen, sondern um Solleistungen, deren Gewährung dem freien Ermessen der zuständigen Fürsorgeträger überlassen bleibt. Der Bund hat daher entsprechend dem Grundsatz, daß bei Ermessensleistungen sich die Länder mit einer Interessenquote zu beteiligen haben, die Verrechnung der Darlehen mit dem Bund von der Voraussetzung abhängig gemacht, daß die Länder ein Drittel des Darlehnsbetrages selbst aufbringen. Diese Regelung ist bereits in dem Runderlaß des Bundesministers des Innern vom 27. April 1955 — Az. 5240 B — 78/55 — getroffen worden und hat sich bewährt.

Der Halbsatz, der bereits ab Haushaltsplan 1956 in der Erläuterung zu Tit. 531 enthalten ist und bisher nicht beanstandet wurde, begründet somit keine selbständige Bindung der Länder. Es besteht kein Bedürfnis zur Änderung.

Einzelplan 60 — Allgemeine Finanzverwaltung —

Kap. 60 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 571 — Regionale Hilfsmaßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftskraft —

a) Im weiteren Gesetzgebungsverfahren ist sicherzustellen, daß die Ansätze dieses Titels entsprechend der vom Bundesfinanzministerium gegebenen Zusage um die in Kap. 60 02 Tit. 59 und Tit. 60 b) veranschlagten Zins- und Tilgungsrückflüsse erhöht werden.

Zu a)

Der Erhöhung des Ansatzes bei Tit. 571 a) um die Rückflüsse = 13,2 Mio DM wird zugestimmt.

b) In den Erläuterungen ist im Absatz 2 der letzte Satz zu streichen (siehe Änderungsvorschlag zu Tit. 572).

Zu b)

An der Regierungsvorlage wird festgehalten. Die Beteiligung des Landes Schleswig-Holstein an der Bereitstellung des Tit. 571 ist sachlich gerechtfertigt und erforderlich, da der besondere Ansatz für das Land bei Tit. 572 gegenüber dem Vorjahr verringert werden mußte.

Stellungnahme des Bundesrates | Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 572 — Steigerung der Wirtschaftskraft und wirtschaftsfördernde öffentliche Investitionen im Lande Schleswig-Holstein

a) Darlehen . . . . . 30 000 000 DM

b) Zuschüsse . . . . . 20 000 000 DM
(Regierungsvorlage!)

Die Ansätze zu a) und b) sind gegenseitig deckungsfähig.

Das Land Schleswig-Holstein hat an der Intensivierung des Länderfinanzausgleichs keinen Anteil. Es ist daher aus den Gründen, die im übrigen in den Erläuterungen zu Tit. 572 des Entwurfs bereits angeführt sind, erforderlich, dem Land Schleswig-Holstein auch im Rechnungsjahr 1959 Darlehen zu gewähren.

(*Deckungsvorschlag:* Siehe Empfehlung zu Einzelplan 32 Kap. 32 05 Tit. 681 und Tit. 690.)

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Bei den günstigen Kapitalmarktverhältnissen kann es den Ländern zugemutet werden, Darlehen zur Steigerung ihrer Wirtschaftskraft am Kapitalmarkt aufzunehmen. Die Gewährung eines Zuschusses von 20 Mio DM an Schleswig-Holstein in Verbindung mit der Beteiligung des Landes an den bei Tit. 571 bereitgestellten Mitteln ist im Hinblick auf die Finanz- und Wirtschaftskraft des Landes und im Hinblick auf die Deckungsschwierigkeiten des Haushalts 1959 als ausreichende Hilfe anzusehen.